august '70

echo der arbeit

Hüttenwerk Oberhausen AG



ThyssenKrupp Corporate Archive

echo der arbeit

august '70

echo der arbeit, Werkzeitschrift der
Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft

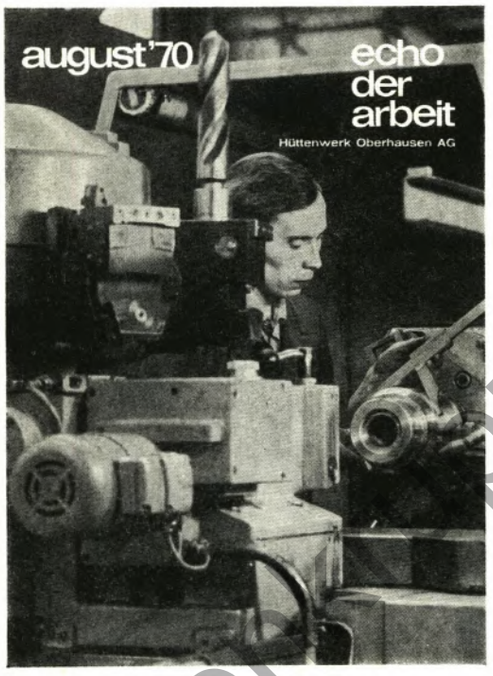
Verantwortlich: Direktor Friedrich Kübel

Redaktion: Heino Harländer

Caren Straeter (Gestaltung),
Walter Steinbrink (Fotografie)

Anschrift der Redaktion:
42 Oberhausen, Essener Straße 66,
Telefon: (0 21 32) 88 44 47 sowie die
Nebenanschlüsse 42 67 und 42 99

Druck bei Uhlending KG, Dorsten



Seit einigen Monaten arbeitet bei der HOAG eine numerisch gesteuerte Werkzeugmaschine. Diese Drehmaschine, die bei uns in den sechziger Jahren auf den Markt kam, bringt wesentliche Vorteile in der Einzel- und Kleinserienfertigung von Maschinenteilen. Wie die Maschine arbeitet und welche universellen Anwendungsmöglichkeiten sie bietet, beschreibt unser Bericht auf Seite 14.

Rücktitel: Die Luft im Revier ist besser geworden, der Staubpegel im Werksbereich der HOAG und Umgebung erheblich gesunken. Unser Rücktitel zeigt das sogenannte Bergerhoffgerät, mit dem die Staubmessungen durchgeführt werden. Lesen Sie dazu unseren Bericht auf Seite 38.

inhalt

Berufswelt im Wandel
Berufliche Mobilität zwingt zu Konsequenzen in der Bildungspolitik 3
BBZ — Entwicklung richtig gedeutet
Interview mit Arbeitsdirektor Kübel 8
Vermögenswirksam sparen
312-Mark-Gesetz bietet mehrere Möglichkeiten . . 10
Den Urlaub richtig planen 12
Personalien 13
Befehle per Lochband
Wie arbeitet die NC-Maschine? 14
Atomstrom für die Waterkant
Sonderbaustahl Welmonil im Kernkraftwerk Stade 16
Kokillen aus Stahlroheisen haben sich bewährt . . 19
Chronik des Monats
Ein Rückblick in Bildern und Berichten 20
Soziale Sicherheit lautet die Parole
Finnland strebt wirtschaftliche Stabilisierung an . 22
Mit 60 in Pension?
Flexible Altersruhegrenze soll eingeführt werden . 25
Falsche Ernährung fördert den Fernsehschlaf . . . 26
Vor dem Urlaub impfen lassen 27
Sozialpolitische Nachrichten 28
Unsere Buchbesprechungen 30
Die Stempeluhr ist bald passé
HOAG will Stempelpflicht schrittweise abbauen . . 33
Nachgedacht — besser gemacht 34
Arbeit und Rechtsprechung 36
Bessere Luft im Revier
Staubimmission ist erheblich zurückgegangen . . 38
Waffe gegen den Krebs: Vorsorgeuntersuchung
BKK sieht Krebstest als Pflichtleistung 42
Der Teutonen-Grill zieht nicht mehr
Deutsche Urlauber als Individualisten 44
Muskeltraining gegen Müdigkeit
Isometrische Kraftübungen als Beispiel 46
Hat es die berufstätige Mutter schwerer? 49
Kurz berichtet 50
Humor: Vermögensbildung 51

thyssenkrupp Corporate Archives

BERUFSWELT IM WANDEL



Die dynamische Entwicklung in der Berufs- und Arbeitswelt verlangt in zunehmendem Maße eine Anpassung unserer beruflichen Fähigkeiten. Das einmal in der Ausbildung vermittelte Wissen reicht heute mit Sicherheit nicht mehr aus, um den Anforderungen der Arbeitswelt von morgen zu genügen. Die Entwicklung weist schon jetzt den Weg von einer relativ engen Berufsausbildung zu einer breiten Grundausbildung mit vielfältigen Spezialkenntnissen. Eine umfassende Grundausbildung wird stets die besten Voraussetzungen für die laufende berufliche Fortbildung bieten. Wie eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ergab, sind völlig neue Berufe auch in einer modernen Industriegesellschaft nur für einen verhältnismäßig kleinen Teil der Berufstätigen wichtig. Bedeutender ist dabei die Strukturverschiebung zwischen traditionellen Berufen und die Wandlungen ihrer Tätigkeitsinhalte.▶

thyssenkrupp Corporate Archives

„Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr!" Opas Ausbildung reichte noch „fürs Leben". Ja, Opa konnte zu seiner Zeit noch fordern: „Schuster, bleib bei Deinem Leisten!" Leute, die früher häufig ihren Beruf wechselten, hielt man für unsolide, für Taugenichtse. Das ist vorbei. Heute fordern wir im beruflichen Dasein: Ein Leben lang lernen, berufliche Anpassung, Weiterbildung, ja, wenn es sein muß sogar Umschulung in einen anderen Beruf, all das, was der Inhalt der Forderung nach beruflicher und regionaler Mobilität ist.

Ist nun dieser radikale Wandel in der Einstellung zum Beruf Ausdruck der Unstetigkeit unserer Zeit, einer allgemeinen Verflachung, oder einer Entideologisierung der verbrämten Begriffe „Beruf" (— Beruf kommt von Berufung —) und „Arbeit" (— Arbeit adelt —)? Dieser Wandel wird ausgelöst und erzwungen durch dynamische Kräfte und unaufhaltsame Veränderungen in unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur. Halten wir uns drei Tatsachen vor Augen:

1. Aus einer Untersuchung der Stanford-Universität (USA) ist uns bekannt, daß sich das Wissen der Menschheit in immer kürzeren Zeiträumen verdoppelt; es verdoppelte sich von 1800 bis 1900, von 1900 bis 1950, von 1950 bis 1960, von 1960 bis 1966.

2. Aus der Wissensexplosion ergibt sich das Tempo der technischen Entwicklung unserer Zeit. Dafür einige Beispiele:

Für die Entwicklung einer wissenschaftlichen Erfindung bis zur Produktionsreife brauchte man

in der Fotografie
112 Jahre (1727 - 1839)
im Telefonwesen
56 Jahre (1820 - 1876)
für das Radio
35 Jahre (1867 - 1902)
für das Radar
15 Jahre (1925 - 1940)
für das Fernsehen
12 Jahre (1922 - 1934)



für die Atombombe
6 Jahre (1939 - 1945)
für die Transistoren in der Elektronik
5 Jahre (1948 - 1953)
für die integrierten Schaltkreise in der Elektronik
3 Jahre (1958 - 1961)

Erfindungen bleiben heute nicht mehr dem Zufall überlassen, sie sind eingebettet in die „Projektforschung". Als die Landung von Menschen auf dem Mond projektiert wurde, waren weder Forschung noch Technik in der Lage, alle Voraussetzungen für ein solches Unternehmen bereitzustellen. Von den Metallegierungen über die Mikroelektronik bis zur Weltraummedizin mußten erst einmal Forschungsprogramme entwickelt werden, ehe man daran denken konnte, das technische Projekt zu realisieren. Bereits die Forschung also wurde geplant, war Teil einer gezielten und klar umschriebenen Strategie.

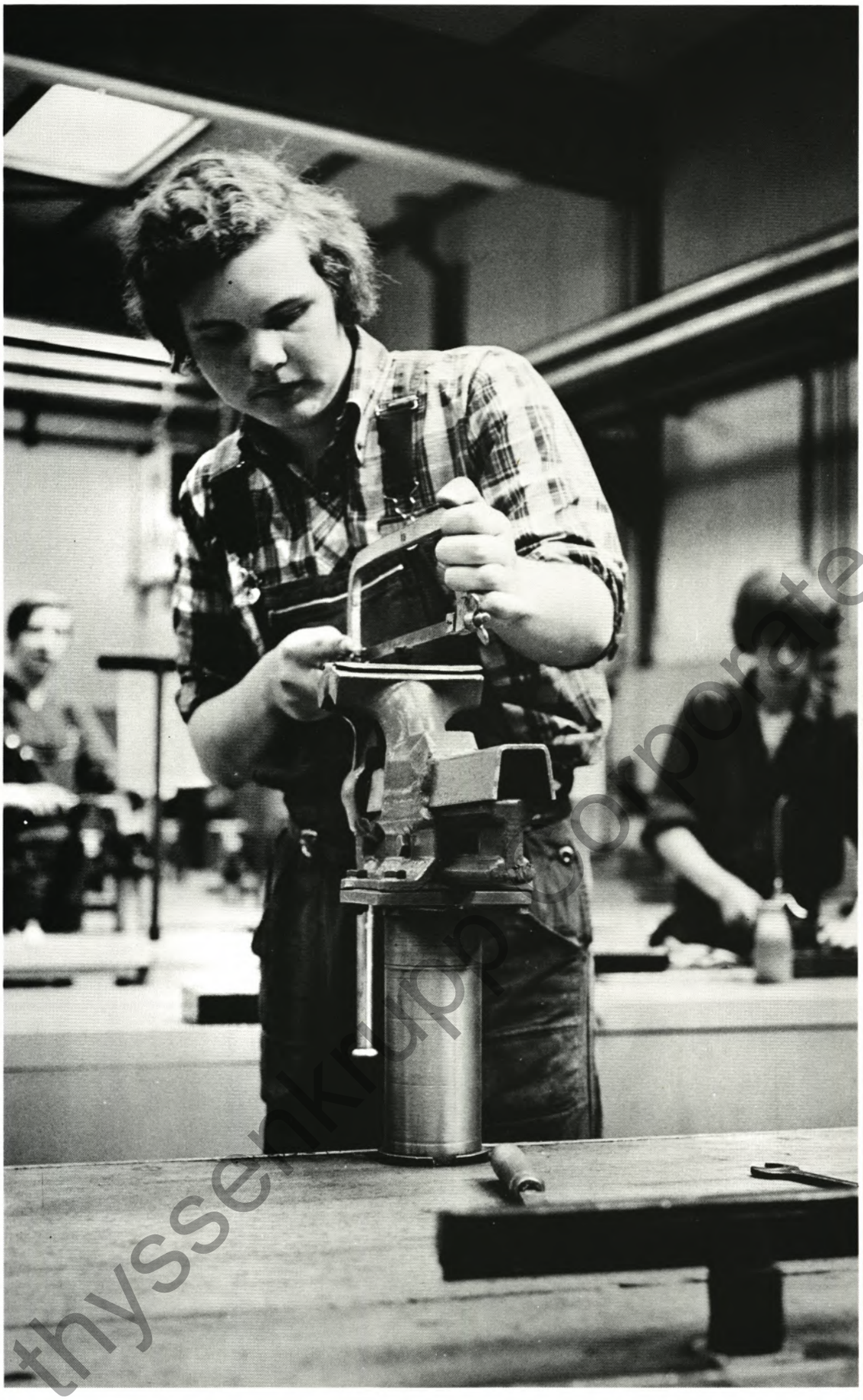
3. Der technische Fortschritt spart Arbeitskraft, Arbeitszeit und verändert die Berufs-, Wirtschafts- und schließlich die Gesellschaftsstruktur. Der französische Nationalökonom Jean Fourastié hat in seinem bekannten Buch „Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts" die Erwerbstätigen auf drei große Wirtschaftsbereiche aufgeteilt:

Land- und Forstwirtschaft (primärer Sektor), Produzierendes Gewerbe (sekundärer Sektor), Dienstleistungsbereich (tertiärer Sektor), wobei zum Dienstleistungsbereich u. a. zählen: Handel, Verkehr, Banken, Versicherungen, Gaststättengewerbe und Fremdenverkehr, Bildungswesen, Öffentlicher Dienst.

Wenn man Vergleiche im Rahmen dieser Dreiteilung anstellt, wird deutlich, daß unsere Wirtschaft mitten in einem bedeutenden Umstellungsprozeß steht. Dabei ergeben sich zwangsläufig erhebliche Auswirkungen auf die Struktur und den Inhalt der Berufe.

Die Landwirtschaft wird immer weniger Menschen beschäftigen. Gab es 1950 noch fünf Millionen Arbeitskräfte in der westdeutschen Landwirtschaft, so sind es 1970 nur noch 2,4 Millionen und diese Zahl dürfte nach einer Studie des „Prognos-Forschungsinstituts" in Basel bis 1985 unter die 1,5 Millionen Grenze zurückgehen.

thyssenkrupp Corporate Archives



Die Versorgung aus der eigenen Landwirtschaft wird trotzdem nicht schlechter werden; denn eine landwirtschaftliche Arbeitskraft, die heute in der Bundesrepublik Nahrungsmittel für fünfzehn Menschen liefert, wird 1985 dank der weiteren Intensivierung, Rationalisierung und technischen Ausstattung in der Lage sein, etwa doppelt so viele Menschen zu versorgen.

Die Abwanderung aus der Landwirtschaft wird aber im Endergebnis nicht zu einer Vermehrung der Beschäftigten in Industrie und Handwerk führen, sondern sie wird gänzlich den Dienstleistungsbereichen zugute kommen. In diesen Berufen kommt eine starke Ausweitung der Beschäftigtenzahl von 7 Millionen im Jahre 1950 auf etwa 14 Millionen im Jahre 1985 auf uns zu, eine Entwicklung, an der vor allem die Frauen qualitativ stärkeren Anteil nehmen werden. Dieses rasche Wachstum der Dienstleistungsberufe ist in allen fortgeschrittenen Industrieländern zu beobachten, allen voran die USA, die heute bereits eine Berufsgliederung haben, wie wir sie 1985 erreichen werden.

Die Bundesrepublik Deutschland ringt mit der dynamischen Wirtschaft Japans um den dritten Platz unter den großen Industrienationen der Welt. Der Beschäftigtenanteil des produzierenden Gewerbes in den USA mit 33 Prozent gegenüber 47,4 Prozent in der Bundesrepublik zeigt, wie weit uns die Wirtschaft des Spitzenreiters der Weltwirtschaft in der technischen Ausstattung voraus ist. Die insoweit auf uns zukommende Entwicklung vollzieht sich dabei keineswegs in sich geschlossen und linear.

Im produzierenden Bereich gehen von der Angebots- und Nachfrageseite Wachstumsimpulse oder -hemmnisse aus, denn nicht alle Industriezweige sind gleichmäßig am wirtschaftlichen Wachstum beteiligt. In manchen Bereichen weitet sich die Nachfrage so stark aus, daß trotz Rationali-

thyssenkrupp Corporate Archives

sierung und Mechanisierung die Zahl der Beschäftigten zunimmt. Andere Wirtschaftszweige dagegen bleiben wegen der Abnahme der Nachfrage hinter dem durchschnittlichen Wachstum zurück. Sie senken zugleich im Kampf um ihre Rentabilität durch äußerste Mechanisierung die Zahl der Arbeitskräfte. So kommt es, wie die folgende Übersicht sehr deutlich werden läßt, zu fortgesetzten Umschichtungen der Beschäftigten von den wachstumsbenachteiligten zu den wachstumsbegünstigten Wirtschaftszweigen.

Die drei aufgeführten Fakten, Wissenexplosion, Tempo der technischen Entwicklung und die daraus resultierenden Veränderungen in der Berufs- und Arbeitswelt fordern unausweichlich eine neue Einstellung zum Beruf.

Die Vorstellung, daß eine einmalige Berufsausbildung ohne Fortbildung ausreicht, daß man einen Beruf ohne jede Veränderung an einem Ort ein Leben lang ausüben kann, ist überholt, veraltet. Wer von der Entwicklung nicht überrollt werden will, muß umdenken, sich ein neues Berufsdenken aneignen.

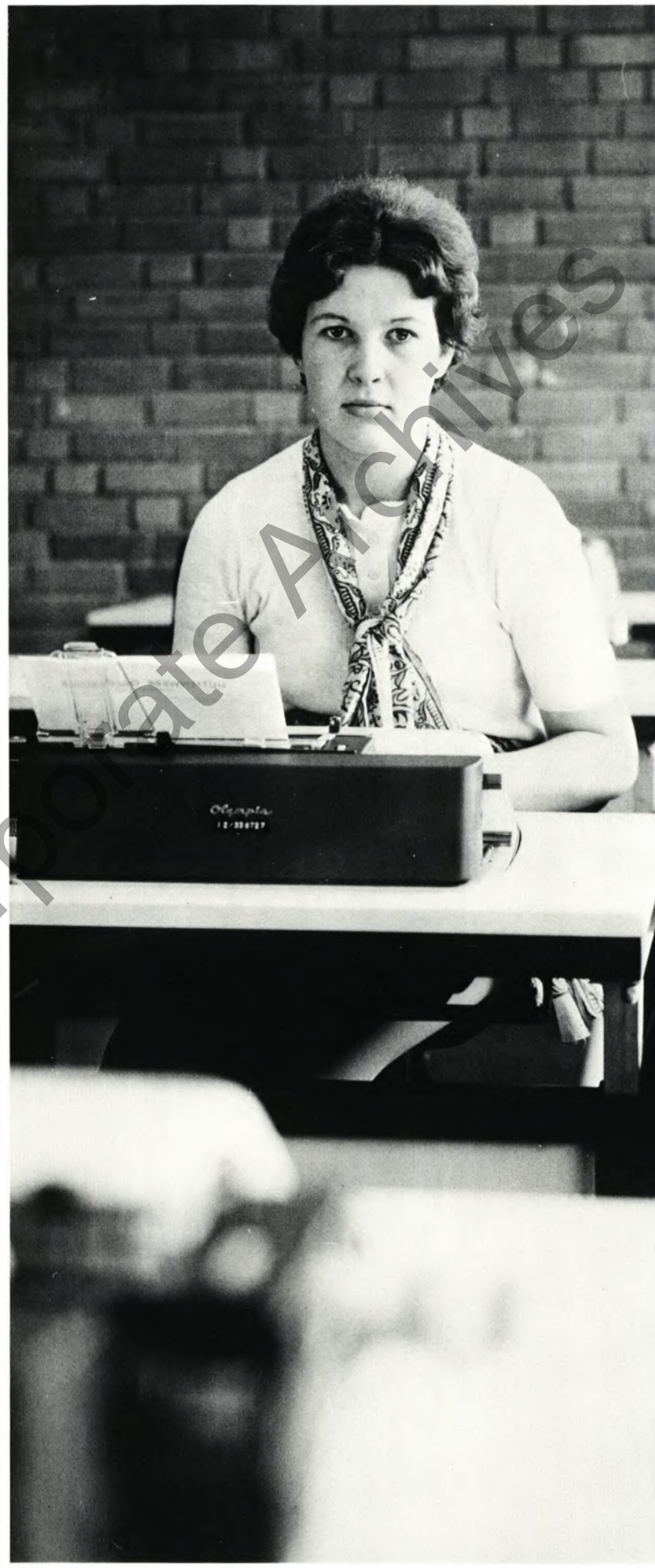
Elemente dieses neuen Berufsdenkens sind:

Von einer engen Berufsausbildung zu einer breiten Grundausbildung:
Spezialkenntnisse sind erforderlich, um beruflich zu bestehen. Aber immer rascher werden Spezialkenntnisse entwertet, neue gefordert. Darum ist eine breite, umfassende Grundausbildung notwendig, um sich immer neu spezialisieren zu können.

Von einer einmaligen, abgeschlossenen Berufsausbildung zu einer ständigen beruflichen Fortbildung:
Die Dynamik der Entwicklung in der Berufs- und Arbeitswelt verlangt eine ständige Anpassung der beruflichen Fähigkeiten. Darum reicht eine einmalige „Lehre" allein nicht mehr aus, ständige Fortbildung ist

Beschäftigte in der Industrie in der BRD 1958–1969

	Beschäftigte		
	Juni 1969	Veränderung 1958-1969	
	in 1 000	in 1 000	%
Gesamte Industrie	8 242	508	6,6
Zunahme		1 488	
Abnahme		980	
a) Größte Zunahme			
Kunststoffverarb.	152	+ 88	137,5
Fahrzeugbau	594	+ 247	71,2
Chemische Industrie	561	+ 29	27,8
Mineralölverarb.	35	+ 7	25,0
Elektrotechnik	1 006	+ 280	27,8
Maschinenbau	1 118	+ 228	25,6
Feinmech., Optik	161	+ 14	9,5
b) Größte Abnahme			
Erzbergbau	4	— 19	— 82,6
Kohlenbergbau	283	— 400	— 54,6
Tabakindustrie	32	— 34	— 51,0
Schiffbau	78	— 33	— 29,7
Textilindustrie	506	— 119	— 18,7
Schuhindustrie	91	— 10	— 9,9
Stahlbau	202	— 12	— 5,6
Eisenschaff. Industrie	326	— 8	— 2,4



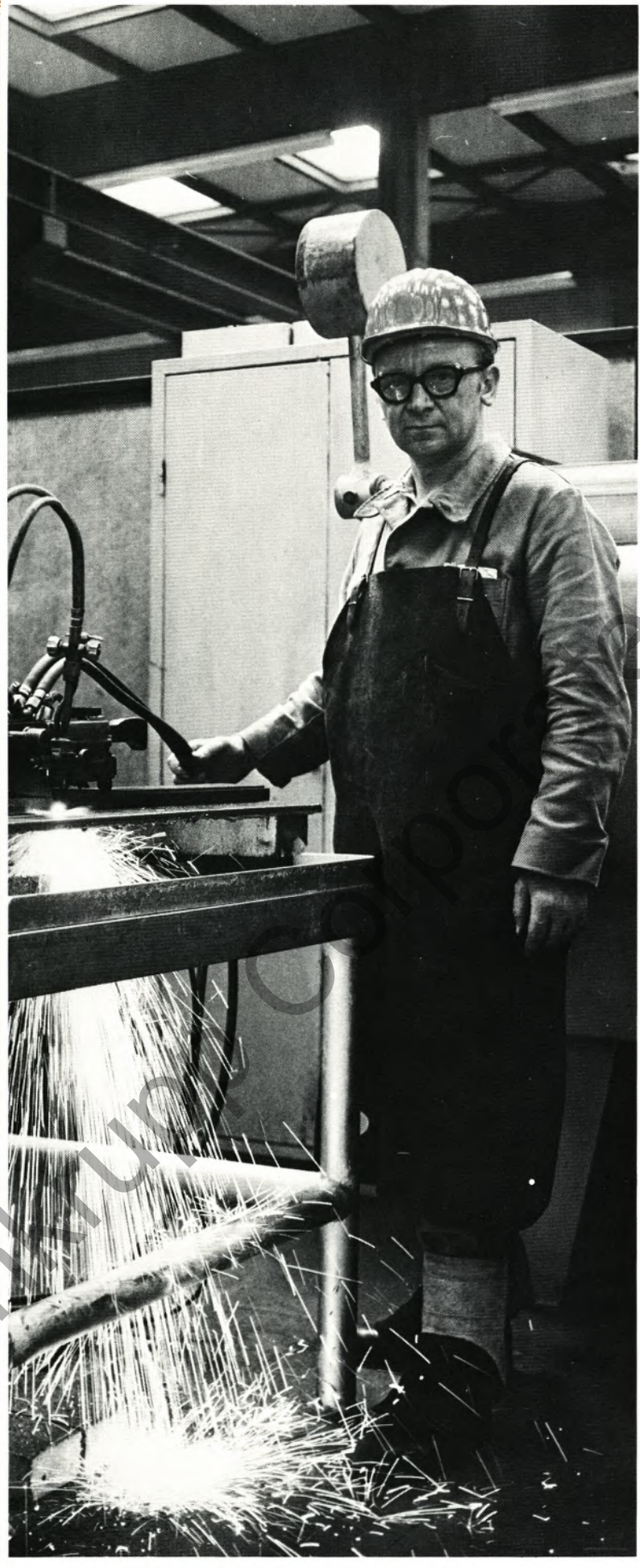
thyssenkrupp Corporate Archives

notwendig für den beruflichen Erfolg und die wirtschaftliche Sicherheit.

Vom geschlossenen zum offenen Berufsbewußtsein:
Nur über seinen eigenen und augenblicklichen Arbeitsplatz Bescheid zu wissen, ist zu wenig. Vielmehr muß man sich darüber informieren, was sich im eigenen Betrieb und in anderen Betrieben, im eigenen Beruf und in anderen Berufen, in der eigenen Branche und in anderen Branchen, am eigenen und an anderen Orten tut.

Der Umschichtungsprozeß der Wirtschaft und die Automatisierung vieler Arbeitsabläufe in Werkstatt und Büro drängen auch deshalb den einzelnen zur Qualifizierung seines beruflichen Könnens und erhöhter Beweglichkeit, weil immer weniger Hilfskräfte und immer mehr Fachkräfte mit hoher Anpassungsfähigkeit benötigt werden. Vor jedem Schritt, seine beruflichen Kenntnisse auszuweiten oder sie auf eine höhere Ebene zu bringen, erst recht vor einer völligen beruflichen Neuorientierung, sollte eine umfassende Information stehen. Nur der Voreilige fragt und überlegt nicht, sondern handelt sogleich. Doch gibt es verläßliche Berater und können sie in die Zukunft sehen?

Rund 700 000 Jungen und Mädchen werden in diesem Jahr die Schulbank verlassen und eine Berufsausbildung beginnen. Sie und die vielen im Berufsleben stehenden Menschen möchten bei den sich ständig wandelnden Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen wissen, welche Bedeutung einzelnen Berufen in der Zukunft zukommen mag, welchen Inhalt sie haben, welche Aufstiegs- und Verdienstmöglichkeiten sie bieten und — wie sicher sie sind. Die Berufsberater und Arbeitsberater bei den Arbeitsämtern verfügen über eine Fülle von Informationen und Erfahrungen. Sie können sich dabei auf umfassende berufskundliche Archive und die in die Zukunft gerichtete Arbeit des „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" der Bundesanstalt für Arbeit stützen. In der Erteilung von Auskunft und Rat sind sie — geradezu von Amts wegen — gewissenhaft und verantwortungsbewußt. Hinsichtlich der Möglichkeit, in die Zukunft gehende Aussagen zu machen, halten sie sich an Dr. Mertens, den Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Erlangen, der sagt:



„Welcher Art Prognosen aber auch immer sind — und dies gilt für Arbeitsmarktprognosen ebenso wie für Wirtschafts- oder auch Wetterprognosen —, zwei Einschränkungen werden stets gelten: Erstens: es kann sich immer nur um Angaben über Entwicklungsrichtungen handeln, und zweitens: die Zuverlässigkeit einer Voraussage ist umso geringer, je weiter sie in die Zukunft weist. Auf fünf oder vielleicht auch auf zehn Jahre voraus werden sich zunächst vertretbare Tendenzangaben für einige Dutzend Berufsfelder entwickeln lassen; Aussagen über eine Frist von mehreren Jahrzehnten werden sich vorerst dagegen wohl auf grobe Zusammenfassung von einigen größeren Beschäftigungskomplexen beschränken müssen."

Diese Aussage eines Wissenschaftlers macht deutlich, daß alle beruflichen Zukunftshoffnungen besser bei der eigenen Dynamik und Mobilität als bei Prognosen aufgehoben sind.

Es ist eine höchst persönliche Entscheidung, welche beruflichen Bildungswege der einzelne beschreiten will, ob er Möglichkeiten des eigenen Wirtschaftsunternehmens nützt oder ob er von den vielfältigen öffentlichen und privaten beruflichen Fortbildungseinrichtungen, die allen Interessenten offen stehen, Gebrauch machen will. Generalbeauftragte des Gesetzgebers für die berufliche Fortbildung und Umschulung sind nach dem neuen Arbeitsförderungsgesetz die Arbeitsämter, die Rat und finanzielle Hilfe anbieten. Das neue Gesetz befreit den Arbeitnehmer weitgehend von den bisher mit jeder beruflichen Weiterbildung oder Umschulung verbundenen finanziellen Belastungen. Den wichtigsten Einsatz allerdings, festen Willen zum Umdenken und Lernen, kann nur der Arbeitnehmer selbst leisten.

Bundesanstalt für Arbeit Archives

Berufsbildung

Die vielzitierten siebziger Jahre haben eine gesellschaftspolitische Neuorientierung eingeleitet. Die Chancengleichheit für alle soll nunmehr ernsthaft auch durch Maßnahmen der Bildungspolitik die notwendige Absicherung erfahren. Der Begriff „Bildungsinvestitionen" gilt heute nicht mehr nur als Schlagwort, sondern Bildungsinvestitionen stellen eine Bedingung für die sich abzeichnende bildungspolitische Entwicklung dar. Bei der HOAG wurde diese Entwicklung erkannt. Der Bau des Berufsbildungszentrums, die Einrichtung eines breiten Schulungs- und Weiterbildungsprogrammes schafft für unsere Belegschaftsmitglieder die Voraussetzungen, der bildungspolitischen Entwicklung zu folgen. Schon heute, nach einem Jahr seines Bestehens, ist das Berufsbildungszentrum zu einer Einrichtung geworden, die in der breiten Öffentlichkeit ein nachhaltiges Echo gefunden hat.

In einem Grußwort, das wir dem Interview mit Arbeitsdirektor Kübel voranstellen, würdigt der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Professor Fritz Holthoff, die neugeschaffene Bildungseinrichtung der HOAG.

„In einem Land, das wie das unsere gekennzeichnet ist durch einen hohen Grad an Industrialisierung, das gekennzeichnet ist durch den beschleunigten Wandel in Wissenschaft, Technik und im sozialen Bereich, ist die Realisierung der Forderung nach einem permanenten Lernen eine unabdingbare Voraussetzung unserer Existenz.

Es werden daher schulische und berufliche Erstausbildung allein nicht mehr ausreichen, um die sich ständig erneuernden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen zu bewältigen.

Neben eine Grundlagenbildung wird eine lebenslange Weiter- und Fortbildung treten. Das heißt: wir müssen einen, die ganze Gesellschaft umfassenden Lernprozeß in Gang setzen, zur Lösung der zukünftigen, aber auch der gegenwärtigen Probleme.

Alle Bestrebungen, die darauf abzielen, diese notwendigen Lernprozesse zu initiieren und zu fördern, müssen daher begrüßt werden. Den Beteiligten, die an der Errichtung des Berufs-Bildungs-Zentrums der Hüttenwerk Oberhausen AG mitgearbeitet haben, insbesondere aber auch denjenigen, für die es gedacht ist, gilt mein Glückwunsch.

Die architektonische Gestaltung und die moderne technische Ausstattung des „BBZ" sind die äußeren Voraussetzungen, um wissenschaftliche Erkenntnisse optimal in praktische Anwendbarkeit umzusetzen, die zu vermittelnden Bildungsinhalte dagegen der Kern der Bildungsintentionen.

Aus dem Programm 1969/70 des Berufs-Bildungs-Zentrums ist ablesbar, daß hier neben einer Fülle fachspezifischer Kurse der Erstausbildung, der Weiter- und Fortbildung auch der Bereich der gesellschaftlich relevanten Phänomene von namhaften Fachleuten aus Forschung und Lehre und von Vertretern anderer Institutionen dargestellt und erörtert werden.

Nur dann, so meine ich, wenn es uns gelingt, in unsere Bildungsbemühungen gleichermaßen einzubeziehen: die Vermittlung beruflicher Kenntnisse und Fertigkeiten und die Fähigkeiten, gesellschaftliche Zusammenhänge zu erkennen und zu gestalten, wird es uns möglich sein, Bildung unter dem Aspekt der Selbstverwirklichung des Menschen anzuwenden.

In diesem Sinne wünsche ich allen, die an der Arbeit des Berufs-Bildungs-Zentrums der Hüttenwerk Oberhausen AG beteiligt sind, einen vollen Erfolg." *(Minister Holthoff)*

Interview mit Arbeitsdirektor Kübel



Ein Jahr aktive Bildungsarbeit für unsere Belegschaftsmitglieder im Berufsbildungszentrum der HOAG. Welche Bilanz können wir ziehen? Dazu fragten wir den Initiator dieser Ausbildungsstätte, Arbeitsdirektor Friedrich Kübel.

Redaktion: Herr Kübel, unser Berufsbildungszentrum besteht ein Jahr. Wie sehen Sie, nachdem schon einige Erfahrungen vorliegen, den bisherigen Verlauf dieser Entwicklung?

Arbeitsdirektor Kübel: Durch den Bau des Berufsbildungszentrums und ein großzügig angelegtes Schulungsprogramm hat die HOAG für ihre Belegschaftsmitglieder grundlegende Voraussetzungen geschaffen, um sich schon heute auf Maßnahmen einzustellen, die morgen durch neue Produktionsverfahren und Arbeitstechniken auf sie zukommen werden. Der Weg, der mit den dargebotenen vielfältigen Bildungsmaßnahmen beschritten worden ist, bietet unseren Belegschaftsmitgliedern hervorragende Möglichkeiten für das berufliche Fortkommen. Schon jetzt können wir sagen, daß wir die bildungspolitische Entwicklung unserer Zeit richtig gedeutet haben. Unser Ziel muß es sein, zu einer systematischen Planung aller beruflichen Möglichkeiten und damit zu einer Verzahnung aller Bildungsstufen zu kommen. Dabei ist es wichtig, daß wir unser derzeitiges Bildungsprogramm ständig den neuesten Erkenntnissen anpassen und auf die industrielle Realität abstimmen.

Redaktion: Welche Akzente wollen Sie der Weiterbildung unserer Mitarbeiter geben?

Arbeitsdirektor Kübel: Grundsätzlich streben wir eine Weiterbildung auf allen Ebenen an. Das heißt, mit unseren Bildungsmaßnahmen wollen wir den ungelernten Arbeiter genauso ansprechen wie etwa die Vertreter unserer Führungs-

thyssenkrupp Corporate Archives

szentrum— die Entwicklung richtig gedeutet

schicht. Aus diesem Grunde haben wir das „Kuratorium für Erwachsenenbildung" gegründet, mit dem Ziel, die bisherige Bildungsarbeit bei der HOAG auf eine breitere Basis zu stellen. Damit ist gemeint, daß die Mitglieder dieses Kuratoriums sämtliche Bildungsmaßnahmen in den verschiedenen Bereichen erarbeiten.

Redaktion: Das Kuratorium sucht also nach einer vernünftigen Synthese, um alle Mitarbeiter der HOAG für das vielfältige Bildungsangebot zu interessieren?

Arbeitsdirektor Kübel: Ja, das ist richtig, denn es darf nicht sein, daß wir unsere Bildungsmöglichkeiten einseitig ausrichten. Da ist zum Beispiel die Ausbildung unserer künftigen Hüttenfacharbeiter, an diesem Lehrgang nehmen gegenwärtig 21 Mitarbeiter teil. Für uns ist es außerordentlich wichtig, daß diese Ausbildung auch bei den Mitarbeitern, die noch im „zweiten Glied" stehen, einen Anreiz bietet, sich ausbilden zu lassen. Unsere werksinternen Weiterbildungsmaßnahmen umfassen aber auch Wochenendlehrgänge für angelernte Schlosser, die zu Betriebsschlossern ausgebildet werden sollen. Zur Zeit bereiten sich hier 24 Teilnehmer auf die Facharbeiterprüfung zum Betriebsschlosser vor.

Redaktion: Im Berufsbildungszentrum werden doch aber nicht nur ungelernte Mitarbeiter zu Facharbeitern ausgebildet?

Arbeitsdirektor Kübel: Natürlich müssen wir auch unseren Facharbeitern Chancen geben, sich in Kursen gezielt weiterzubilden, um so nicht den Anschluß an die technische Entwicklung zu verlieren. Zu diesen Maßnahmen können wir auch unsere turnusmäßigen Meisterseminare zählen, in denen aktuelle Führungsfragen erörtert werden. Ebenso gehört auch die Weiterbildung unserer Vertrauensleute dazu. Hierbei geht es nicht zuletzt darum, das richtige Verhältnis zu gesellschaftspolitischen Problemen unserer Zeit zu finden und im positiven Sinne aufklärend zu wirken. Nur so, meine ich, sind wir imstande, etwaige Interessenkonflikte im Betrieb alternativ zu lösen.

Redaktion: Sie wollen also nicht nur fachliche sondern auch gesellschaftspolitische Bildung unserer Mitarbeiter?

Arbeitsdirektor Kübel: Ja natürlich, deshalb sind in unserem Bildungsprogramm unter anderem eine Reihe von Vorträgen vorgesehen, die in jeder Weise dazu angetan sind, aufklärend zu wirken. Hier sollte auch der Arbeitskreis „Interessenkonflikte in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft" nicht unerwähnt bleiben. Daneben läuft ein Seminar „Einführung in wirtschaftliche Zusammenhänge", das sich aus 40 Teilnehmern zusammensetzt. Allein die unterschiedliche Thematik verrät schon unser Interesse, den Mitarbeiter an zeitnahe Probleme heranzuführen. Probleme also, die jeden angehen müssen, der sich nicht den Konflikten in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft verschließt.

Redaktion: Der Mitarbeiter von heute soll also mehr denn je auf seine gesellschaftspolitische Funktion von morgen hingewiesen werden, und nach Ihrer Meinung wird er dieser Funktion nur gerecht, wenn wir in verstärktem Maße seine geistige Mobilität fördern?

Arbeitsdirektor Kübel: Ich bin der Uberzeugung, daß dieses nicht nur der vernünftigste sondern auch der einzig gangbare Weg ist, die Mitarbeiter gesellschaftspolitisch aufzuwecken. Vielleicht ist die Kooperation mit der Volkshochschule Oberhausen, die bisher sehr glücklich verlief, ein erster Schritt auf dem langen Weg, den wir noch vor uns haben. Es hat sich gezeigt, daß diese Initiativen von außen unsere internen Bildungsarbeiten hervorragend bereichern können.

Redaktion: Herr Kübel, gestatten Sie uns noch eine abschließende Frage. Unser Ausbildungsprogramm muß sich ständig der dynamischen Entwicklung in der Berufs- und Arbeitswelt anpassen. Wie beurteilen Sie in dieser Hinsicht die Ausbildungsmethoden in unserem Berufsbildungszentrum?

Arbeitsdirektor Kübel: In der Industriegesellschaft von morgen kann der Arbeitnehmer nur bestehen, wenn wir ihm eine solide Grundausbildung angedeihen lassen, die in ihrer Vielfalt und Methodik sehr differenziert angeboten werden muß. Deshalb ist das Medium Fernsehen in unserem Berufsbildungszentrum zu einem Bildungselement allererster Ordnung aufgerückt. Mit seiner Hilfe ist es möglich, den lernenden Mitarbeiter schneller als bisher an das Unterrichtsfach heranzuführen. Das gleiche gilt selbstverständlich auch für die Hilfsmittel der programmierten Unterweisung. Unsere Sprachkurse zum Beispiel sind neben dem Deutschunterricht nur ein bescheidener Anfang, der uns jedoch einen guten Einblick in die vielseitigen Anwendungsmöglichkeiten der programmierten Unterweisung gibt. Sicher ist, daß wir unser Bildungsprogramm diesen modernen Ausbildungsmethoden weiter anpassen werden, um unseren Mitarbeitern die Voraussetzung für optimales Lernen zu schaffen.

thyssenkrupp Corporate Archives

Vermögenswirksam

Das Thema Vermögensbildung macht in diesen Wochen immer wieder Schlagzeilen. Politische Parteien, Gewerkschaften und Arbeitgeber sind sich darüber einig, daß die Arbeitnehmer stärker als bisher an der Vermögensbildung beteiligt werden müssen. Als ein „gesellschaftspolitisch wichtiger Schritt" und ein „entscheidender Durchbruch" ist deshalb von vielen Seiten der neue Tarifvertrag gewertet worden, nachdem die rund vier Millionen Beschäftigten der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie vom 1. Juli an vermögenswirksame Leistungen erhalten. Ein gleichlautendes Abkommen gilt vom selben Tage an auch für die Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens. „echo der arbeit" möchte mit diesem Bericht zeigen, was der neue Vertrag für die Belegschaft der HOAG bedeutet.

Zusätzlich zu ihrem Lohn oder Gehalt erhalten alle Arbeiter und Tarifangestellten monatlich 26 Mark vermögenswirksame Leistungen, jeder Auszubildende bekommt 13 Mark im Monat. Voraussetzung für diese Zahlung ist eine Betriebszugehörigkeit von sechs Monaten. Teilzeitbeschäftigte haben Anspruch auf eine anteilige Leistung, die nach dem Verhältnis ihrer Arbeitszeit zur tariflichen Arbeitszeit errechnet wird. Der Vertrag enthält außerdem eine Klausel, nach der die vermögenswirksame Leistung nur für jeden Monat gezahlt wird, für den mindestens zwei Wochen Anspruch auf Lohn, Gehalt oder Ausbildungsvergütung besteht. Bei Krankheit bedeutet das also unter Umständen, daß die Zahlung ausgesetzt wird.

Der Arbeitnehmer kann im Rahmen des 2. Vermögensbildungsgesetzes — des sogenannten 312-Mark-Gesetzes — frei wählen, wie er die 26 Mark im Monat anlegen will. Auf das Lohn- und Gehaltskonto kann man sich das Geld allerdings nicht überweisen lassen, denn es ist ja eine vermögenswirksame Leistung. Ebenso ist eine Barauszahlung ausgeschlossen.



thyssenkrupp Corporate Archives



Das 2. Vermögensbildungsgesetz sieht fünf Anlagemöglichkeiten vor:

Anlage nach dem Sparprämiengesetz

Anlage nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz

Verwendung zum Wohnungsbau oder Entschuldung

Erwerb von Belegschaftsaktien zu einem Vorzugskurs

Darlehen an den Arbeitgeber

Die gebräuchlichsten und in den meisten Fällen auch die finanziell günstigsten Anlageformen sind ohne Zweifel das Prämiensparen und das Bausparen. Deshalb soll hier näher auf diese Arten eingegangen werden. Beim Prämiensparen kann der Arbeitnehmer zwischen dem Allgemeinen Sparvertrag, dem Ratensparvertrag und dem Wertpapier-Sparvertrag wählen. Bei einem Allgemeinen Sparvertrag leistet der Arbeitnehmer aufgrund eines Vertrages mit einem Kreditinstitut einen einmaligen Sparbeitrag, bei dem Ratensparvertrag zahlt er für die Dauer von sechs Jahren monatlich oder vierteljährlich gleichbleibende Sparraten, und bei Wertpapier-Sparverträgen werden die Einzahlungen in Wertpapieren festgelegt.

Da die Zahlungen der Vermögensbildung dienen sollen, kann der Arbeitnehmer erst nach mehreren Jahren über sein Geld verfügen. Die Festlegungsfrist beträgt z. B. für Allgemeine Sparverträge sechs Jahre und für Ratensparverträge sieben Jahre. Der Staat belohnt diese Sparsamkeit reichlich. Für vermögenswirksame Leistungen werden nach dem 312-Mark-Gesetz keine Steuern und keine Sozialabgaben gezahlt. Außerdem gibt es Prämien von 20 bis 30 Prozent je nach Familienstand sowie Zusatzprämien für Bezieher niedrigerer Einkommen in Höhe von 40 Prozent der Grundprämie und natürlich Zinsen. Da die gesetzlichen Bestimmungen sehr kompliziert sind, sollte sich jeder Arbeitnehmer bei einem Kreditinstitut oder einer Bausparkasse ausführlich über die für ihn beste Sparform informieren.

Ein Beispiel zeigt, wie sich monatliche Einzahlungen von 26 Mark auf einen Ratensparvertrag im Laufe der Jahre zu einem beachtlichen Betrag summieren. Der Ratensparvertrag wird übrigens von vielen Bankfachleuten als eine günstige Anlageform angesehen, weil er mit seinen regelmäßigen Sparraten weitgehend dem Tarifvertrag entspricht, der auch monatliche regelmäßige Zahlungen des Arbeitgebers vorsieht. Das folgende Beispiel gilt für einen verheirateten Arbeitnehmer mit ein oder zwei Kindern und mit einem Anspruch auf die Zusatzprämie:

Sparleistung in sechs Jahren	1 872,— DM
Zinsen und Zinseszinsen (bei einem Zinssatz von 6 1/2 Prozent)	567,— DM
Sparprämien einschließlich Zinsen	474,— DM
Zusatzprämien	190,— DM
Ergebnis nach 7 Jahren	3 103,— DM

Für einen Ledigen oder Verheirateten ohne Kinder wären nach dieser Rechnung am Ende der Festlegungsfrist etwa 3 042 Mark auf dem Sparkonto. Geringfügige Änderungen können sich z. B. durch andere Zinssätze ergeben.

Einen Anspruch auf eine Zusatzprämie haben nach dem Gesetz „Bezieher niedrigerer Einkommen". Danach darf beispielsweise ein Alleinstehender unter 50 Jahren bis zu 8 400 Mark brutto im Jahr verdienen, um die Zusatzprämie zu bekommen. Bei Verheirateten ohne Kinder liegt die Grenze, wenn beide arbeiten, bei 16 800 Mark und, wenn nur einer arbeitet, bei 15 600 Mark. Bei Verheirateten mit zwei Kindern sind es, wenn nur einer der Ehegatten arbeitet, 18 480 Mark brutto im Jahr. Damit dürfte die Zusatzprämie — sie beträgt 40 Prozent der Sparprämie — für einen großen Teil der Arbeitnehmer in Betracht kommen.

Eine andere häufig genutzte Anlagemöglichkeit für die vermögenswirksamen Leistungen ist ein Bausparvertrag, der unter anderem zum Bau oder Kauf eines Hauses oder einer Eigentumswohnung, für Umbau, Instandsetzung oder Entschuldung eines Wohnhauses verwendet werden kann. Auch in diesem Fall kommen zu der eigenen Sparleistung noch Prämien, Zinsen und unter den gleichen Einkommensvoraussetzungen wie beim Sparprämiengesetz auch Zusatzprämien hinzu. Statt der Wohnungsbauprämie kann der Arbeitnehmer auch die Steuervergünstigungen des Bausparens (in Form des Sonderausgabenabzugs) in Anspruch nehmen. Die Wohnungsbauprämie beträgt je nach Familienstand 25 bis 35 Prozent der Einzahlungen für jedes Kalenderjahr, die Zusatzprämie 30 Prozent von der Grundprämie. Ein Beispiel: Ein verheirateter Arbeitnehmer mit ein oder zwei Kindern kann bei einem monatlichen Sparbetrag von 26 Mark nach sieben Jahren einschließlich aller Prämien rund 3 360 Mark auf seinem Bausparkonto haben. Auch hier kann sich die Endsumme durch unterschiedliche Zinssätze ändern.

Der Arbeitnehmer kann nach dem Tarifvertrag nicht nur frei entscheiden, wie er die vermögenswirksamen Leistungen anlegen will, sondern er hat auch die freie Wahl des Anlageinstituts. Wichtig ist allerdings, daß er den Arbeitgeber innerhalb der im Tarifvertrag angegebenen Fristen schriftlich darüber informiert, wie und wo er die vermögenswirksamen Leistungen anlegen möchte. Wer diese Frist zur Unterrichtung des Arbeitgebers nicht einhält, verliert für den jeweiligen Fälligkeitszeitraum den Anspruch auf die vermögenswirksame Leistung.

Sicher werden sich zum neuen Tarifvertrag manche Zweifelsfragen ergeben. In diesen Fällen sind das Lohn- und Gehaltsbüro sowie Betriebsrat

ThyssenKrupp Corporate Archives

und Vertrauensleute der HOAG zur Auskunft bereit. Wer spezielle Fragen hat, wendet sich am besten an die Geldinstitute, die unverbindlich Auskunft erteilen.

Einige Fragen sollen bereits hier beantwortet werden: Wer schon früher einen Vertrag nach dem 312-Mark-Gesetz abgeschlossen hat und diese Summe bisher von seinem Lohn oder Gehalt hat überweisen lassen, kann künftig stattdessen die tarifliche Leistung von 26 Mark monatlich auf diesen Vertrag einzahlen lassen.

Ein Sparer, der zu mindestens 90 Prozent erwerbsunfähig wird, kann ohne Verlust der Prämie über das bis dahin angesparte Guthaben sofort verfügen.

Der Bund muß die Sparraten weiter bezahlen, wird ein Betriebsangehöriger, der einen bereits ein Jahr bestehenden Ratensparvertrag hat, zur Bundeswehr eingezogen.

Ein Arbeitnehmer, der heiratet und einen bereits zwei Jahre bestehenden Ratensparvertrag hat, kann sofort ohne Verlust der Prämie über das bis dahin angesparte Guthaben verfügen.

Für Rentner hat der Gesetzgeber dagegen keine derartige Regelung vorgesehen. Wer während der Laufzeit des Vertrages pensioniert wird und sich zu diesem Zeitpunkt sein Guthaben vorzeitig auszahlen lassen will, muß die bis dahin gewährten Prämien zurückerstatten und außerdem nachträglich Steuern bezahlen.

Nach den neuen Abschlüssen in der Metallindustrie und in der Eisen- und Stahlindustrie gibt es nach den Berechnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes bereits für gut ein Drittel aller Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen. Weitere Impulse in der Vermögenspolitik werden auch von dem 3. Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung erwartet, das Anfang Juni vom Bundestag verabschiedet worden ist. Danach wird noch in diesem Jahr der begünstigte Höchstbetrag für vermögenswirksame Anlagen von 312 auf 624 Mark jährlich verdoppelt. Außerdem soll die bisherige Befreiung der vermögenswirksamen Leistungen von Lohnsteuer und Sozialabgaben vom 1. Januar 1971 an durch eine Sparzulage in Höhe von 30 Prozent ersetzt werden. Diese Zulage erhöht sich auf 40 Prozent bei Arbeitnehmern mit drei und mehr Kindern.

Mit der Sparzulage sollen die sehr unterschiedlichen Steuervorteile und die Nachteile in der Sozialversicherung beseitigt werden, die das 312-Mark-Gesetz noch enthält. Bisher haben nämlich viele Arbeitnehmer wegen ihres niedrigen Einkommens überhaupt keinen Vorteil von der Steuerbefreiung. Außerdem zeigten sich in der Sozialversicherung Nachteile, weil von den vermögenswirksamen Leistungen weder Abgaben zur Rentenversicherung noch zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung einbehalten werden und sich dadurch z. B. Verminderungen bei der späteren Altersrente ergeben. Die künftige Sparzulage soll nur dann gewährt werden, wenn das zu versteuernde Jahreseinkommen bei Ledigen 24 000 Mark und bei Verheirateten 48 000 Mark nicht überschreitet.

Die Bundesregierung hat betont, daß auch das neue 624-Mark-Gesetz nur ein weiterer Schritt zu größerer sozialer Gerechtigkeit ist. Die für die Arbeitnehmer ungünstige Vermögensstruktur in der Bundesrepublik kann auch durch dieses Gesetz sicher noch nicht entscheidend verändert werden. Nach den Berechnungen von Wissenschaftlern befinden sich 70 Prozent des gesamten Produktivkapitals der Wirtschaft in der Hand von nur 1,7 Prozent der Bevölkerung. Die Bundesregierung will ihre Bemühungen um die Vermögensbildung der Arbeitnehmer deshalb verstärken und bis Mitte nächsten Jahres Vorschläge für eine grundlegende Reform der gesamten Sparförderung vorlegen.

Den Urlaub richtig planen

Wer jetzt in Kürze seinen Urlaub beginnt, sollte rechtzeitig die nötigen Vorbereitungen dazu treffen, denn vor längeren Autofahrten sind eine Menge wichtiger Dinge zu beachten.

Es ist ratsam, sich vor der Urlaubstour die Reiseroute auf der Karte vorzuzeichnen. Um dem Hauptverkehrsstrom auf den überlasteten Autobahnen auszuweichen, sollte lieber ein Umweg über streckenweise wenig benutzte Bundes- oder Landesstraßen in Kauf genommen werden.

Jeder Kraftfahrer tut gut daran, nicht länger als zehn Stunden am Tag zu fahren. Diese Fahrtzeit beansprucht ihn meistens bis an die Grenze der körperlichen und geistigen Belastbarkeit. Auch ein paar Stunden als Beifahrer machen nach langer Fahrt noch nicht für den nächsten Fahrerwechsel fit. In diesem Fall heißt es öfter einige Pausen einlegen und die Beine vertreten.

Grundsätzlich sollte vor jeder größeren Autoreise das Fahrzeug in einer Werkstatt auf Verkehrssicherheit überprüft werden. Wichtig ist dabei die Überprüfung der Bremsen, der Lenkung sowie der Bereifung und der Beleuchtung. Zu einem gut ausgerüsteten Fahrzeug gehören Verbandskasten, Warndreieck und -lampe, nicht zu vergessen ein Abschlepp-



thyssenkrupp Corporate Archives

seil. Vorsichtige Autofahrer vergessen auch nicht einen Satz Reservebirnen für die Beleuchtung, Keilriemen und das nötige Werkzeug für kleinere Reparaturen mitzunehmen.

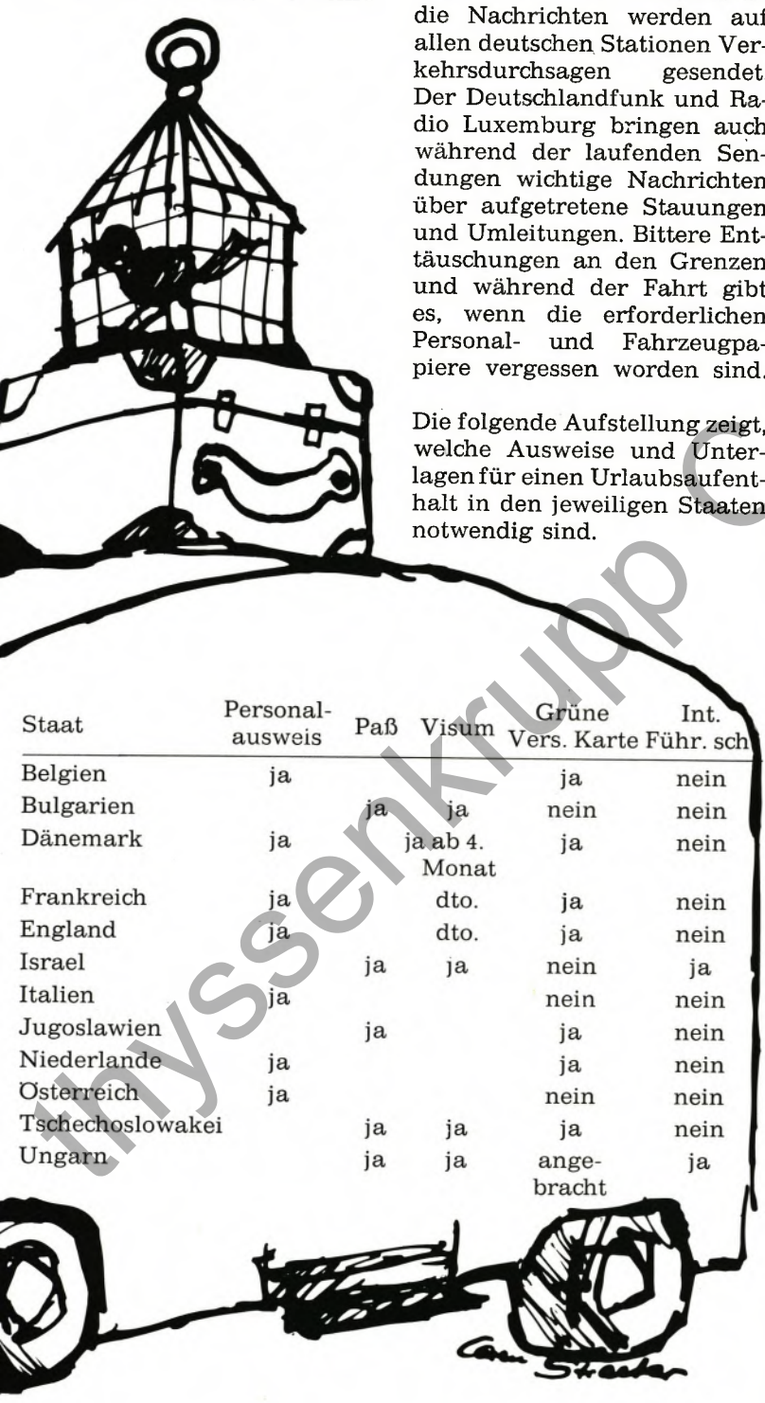
Am 16. Juli beginnen in drei Bundesländern (Hessen, Saarland und Rheinland-Pfalz) die großen Sommerferien. Am 18. Juli ziehen die Schulen in Nordrhein-Westfalen nach. Das Schwerpunkt-Programm der Verkehrswacht sagt dazu: Dies wird das „heißeste" Wochenende des Jahres.

Verkehrsexperten sagen für diese Zeit ein Chaos auf unseren Straßen voraus. Aus naheliegenden Gründen sollte sich deshalb jeder Urlauber für seinen Fahrtantritt verkehrsruhigere Zeiten aussuchen. Besonders nachts sind die Straßen bei weitem nicht so überlastet wie am Tage.

Im Bundesverkehrsministerium hat man ein übriges getan, um die Autobahnen während der Ferienreisezeit zu entlasten: Am Freitag, dem 17. Juli, in der Zeit von 15 bis 21 Uhr, und Samstag, dem 18. Juli, von 7 Uhr bis Sonntagnacht 22 Uhr besteht Fahrverbot für Lkw über 7,5 Tonnen. Wenn die Verbotszeiten für Lastwagen aufgehoben sind, muß jeder bis zum nächstfolgenden Wochenende mit sehr starkem Lkw-Andrang rechnen!

Von besonderem Vorteil während der Reise ist ein Autoradio! Jeweils im Anschluß an die Nachrichten werden auf allen deutschen Stationen Verkehrsdurchsagen gesendet. Der Deutschlandfunk und Radio Luxemburg bringen auch während der laufenden Sendungen wichtige Nachrichten über aufgetretene Stauungen und Umleitungen. Bittere Enttäuschungen an den Grenzen und während der Fahrt gibt es, wenn die erforderlichen Personal- und Fahrzeugpapiere vergessen worden sind.

Die folgende Aufstellung zeigt, welche Ausweise und Unterlagen für einen Urlaubsaufenthalt in den jeweiligen Staaten notwendig sind.



Staat	Personal-ausweis	Paß	Visum	Grüne Vers. Karte	Int. Führ. sch
Belgien	ja			ja	nein
Bulgarien		ja	ja	nein	nein
Dänemark	ja		ja ab 4. Monat	ja	nein
Frankreich	ja		dto.	ja	nein
England	ja		dto.	ja	nein
Israel		ja	ja	nein	ja
Italien	ja			nein	nein
Jugoslawien		ja		ja	nein
Niederlande	ja			ja	nein
Österreich	ja			nein	nein
Tschechoslowakei		ja	ja	ja	nein
Ungarn		ja	ja	angebracht	ja

PERSONALIEN

Im technischen Bereich sind eine Reihe von Ernennungen vorgenommen worden: Dipl.-Ing. Eberhard Jüde wurde die Berechtigung erteilt, den Titel Oberingenieur zu führen. Jüde ist Leiter der Erzeugungsplanung.

Zum Betriebschef wurden ernannt: Dipl.-Ing. Kaspar Brüninghaus, Dipl.-Ing. Friedhelm Gertzmann, Ing. Gottfried Jacob, Dr. rer. nat. Hartmut Mattner, Dipl.-Ing. Horst Pelzer, Dipl.-Ing. Walter Schmidt-Kuhl sowie Hans-Bardo Schuwirth.

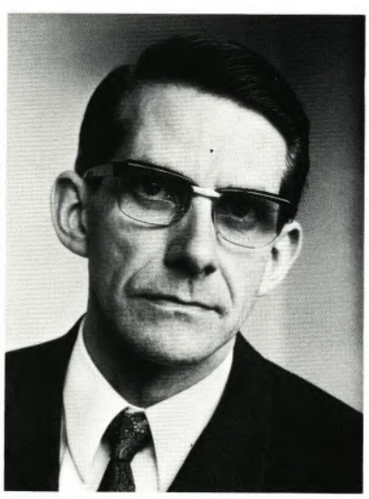
Innerhalb der Blechwalzwerke unterstehen Dipl.-Ing. Brüninghaus die Grobblechwalzwerke, die Zurichtung und Verladung sowie die Vergüterei, Glüherei und Abnahmevorbereitung. Im Bereich der Maschinen- und Elektrobetriebe leitet Dipl.-Ing. Gertzmann die Fernmelde- und Wiegetechnik. Ing. Jacob ist verantwortlich für Uberwachung und Sicherheitstechnik, Untersuchungen und Versuche innerhalb der Energiewirtschaft und Wärmetechnik. Dr. Mattner leitet den Bereich Werkstoffuntersuchungen innerhalb der Qualitätswirtschaft. Dipl.-Ing. Pelzer ist Leiter der Stoffwirtschaft innerhalb der Betriebswirtschaftsstelle. Die Allgemeine Technische Betriebswirtschaft im Bereich der Betriebswirtschaftsstelle untersteht Dipl.-Ing. Schmidt-Kuhl. Betriebschef Schuwirth ist Leiter der Abnahme im Bereich der Qualitätswirtschaft.

Ing. Willi Körner wurde zum Betriebsleiter ernannt. Er leitet die Fernmeldetechnik im Bereich der Fernmelde- und Wiegetechnik.

Zu Abteilungsleitern wurden ernannt: Fritz Buchholz, Ing. Franz Klaus, Physik-Ing. Gerhard Meller und Ing. Klaus Wolf. Buchholz leitet die Elektro-Neubauabteilung innerhalb der Elektr. Neubauabteilung und Versorgungsbetriebe. Ing. Klaus ist Leiter der Energiewirtschaft innerhalb der Energiewirtschaft und Wärmetechnik. Physik-Ing. Meller leitet das spektralanalytische Labor des Bereichs Werkstoffuntersuchungen unserer Qualitätswirtschaft. Ing. Wolf ist für die Abteilung Erfahrungssammlung in der Qualitätswirtschaft verantwortlich.

*

Wolfgang Peters, geboren am 24. November 1930 in Bockwitz, Kreis Bad Liebenwerda, hat als Nachfolger von Ingenieur Alfons Lieutenant seine Tätigkeit als Leiter der Elektrischen Hauptwerkstatt aufgenommen. Nach dem Besuch der Realschule und einer Lehre als Elektromaschinenbauer besuchte er von 1953 bis 1956 die Abendschule an der Staatlichen Ingenieurschule in Essen (Abschluß: Elektrotechniker). Nach mehreren beruflichen Stationen trat er im Januar 1969 als



Ingenieur für Vertrieb und technische Kundenberatung in das Technische Büro Dortmund der Continental Elektro-Industrie AG ein. Seit Mai dieses Jahres ist Peters bei der HOAG tätig.

thyssenkrupp Corporate Archives

Befehle per Lochband



thyssenkrupp Corporate Archives

Wie arbeitet die neue NC-Maschine?

Fertigung von Maschinenteilen durch Lochband gesteuert — gibt es das? Diese Frage ist heute nicht mehr aktuell, denn vor mehr als zehn Jahren wurde bereits damit begonnen, manuelle Arbeiten an der Drehmaschine vollautomatisch durch vorprogrammierte Daten zu steuern. Die Entwicklung der numerisch gesteuerten Maschine, kurz NC-Maschine genannt, brachte wesentliche Vorteile in der Einzel- und Kleinserienfertigung von Maschinenteilen. Was zwei bis drei konventionelle Drehmaschinen schaffen, das bewältigt in der gleichen Zeit eine NC-Maschine. In den Mechanischen Werkstätten der HOAG ist seit dem vergangenen Jahr eine NC-Maschine eingesetzt. Sie soll helfen, den seit längerer Zeit in diesem Bereich bestehenden Personal-Engpaß zu beseitigen, denn nach Einarbeitung ist es auch ungelernten Mitarbeitern möglich, die numerisch gesteuerte Maschine zu bedienen. Doch welche Möglichkeiten bietet diese Maschine in der laufenden Fertigung?



Der Vorteil der NC-Drehmaschine liegt in erster Linie in der wesentlich höheren Arbeitsleistung. Alle Arbeitsgänge werden hier ohne Rücksicht auf die menschliche Reaktionsfähigkeit mit optimaler Geschwindigkeit durchgeführt. Außerdem werden manuelles Einstellen und Messen im Gegensatz zu der konventionellen Drehmaschine wesentlich reduziert. Diese Arbeitsgänge ersetzt hier der Lochstreifen als Informationsträger.

Die NC-Maschine ist mit einer Bahnsteuerung sowie mit Reitstock und Kronenmagazin ausgerüstet, ein weiterer Vorteil gegenüber der herkömmlichen Drehmaschine. Die Bahnsteuerung bewirkt, daß in dem Arbeitsraum der NC-Maschine gerade Strecken unter einem beliebigen Winkel sowie Radien bis 300 mm abgefahren werden können. Bei der herkömmlichen Drehmaschine werden diese Arbeitsgänge erst durch umständliches, zeitraubendes Einstellen von Hand und unter Verwendung von Schablonen und Formstählen erreicht. Ferner ist es möglich, mit einer Zusatzeinrichtung Gewinde zu schneiden, also auch Plan-, Innen- und Kegelgewinde.

Mit Hilfe eines optischen Einstellgerätes lassen sich die Werkzeuge nach vorher festgelegten Maßen unabhängig von der Maschine einstellen. Über eine Grobskala mit Mikrometerschrauben ist es möglich, die Werkzeuge auf 1/100 Millimeter genau in die programmierte Position zu justieren. Durch die vorprogrammierten Daten werden Fehlleistungen nahezu völlig beseitigt. Die hohe Präzision der NC-Maschine wird dadurch bewirkt, daß die Antriebe über Vorschubmotoren und Kugelrollspindeln erfolgen. Die Kugelrollspindeln haben im Vergleich zu herkömmlichen Spindeln ein verschwindend kleines Reibmoment und sind fast spielfrei.

Mit Befehlen und Daten kann die numerisch gesteuerte Werkzeugmaschine vollautomatisch produzieren. Unabhängig von diesem vollautomatischen Arbeitsablauf können die Daten jedoch auch manuell vom Bedienungsmann über Dekadenschalter eingegeben werden.

Die Fertigung über NC-Maschinen ist um so vorteilhafter, je komplizierter ein Werkstück ist. Sie lohnt sich in vielen Fällen auch bei kleineren Stückzahlen oder Wiederholteilen. Im Programmierbüro wird das Programm- sowie das Einrichte- und Werkzeugblatt erarbeitet, auf dem die Daten für das später zu fertigende Werkstück ermittelt sind. Als Grundlage dafür dient die programmierfähige Werkstückzeichnung aus dem technischen Büro.

Das Einrichte- und Werkzeugblatt legt genau fest, welche Spannmittel und Werkzeuge für die einzelnen Arbeitsgänge benötigt werden. Anhand von Werkzeugkatalogen kann der Programmierer die Auswahl der Werkzeuge und Spannmittel bestimmen, die für den Arbeitsablauf an der Maschine erforderlich sind. Das Programmblatt dient einmal der Beschreibung des Werkstücks und zum anderen der Eintragung der Befehle für die Steuerung. Mit Hilfe dieser codierten Angaben wird dann schließlich der Lochstreifen erstellt. Nun kann die numerisch gesteuerte Fertigung von Werkstücken beginnen.

Vor mehr als zehn Jahren wurde mit der industriellen Anwendung numerisch gesteuerter Werkzeugmaschinen begonnen. Bedingt durch die erheblichen Investitionskosten werden die Numerikmaschinen zur Zeit noch überwiegend in größeren Betrieben eingesetzt. Doch Fachleute zweifeln nicht daran, daß sich diese Maschinen immer mehr durchsetzen werden. Das gilt besonders im Hinblick auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes, der die für diese Fertigung erforderlichen hochqualifizierten Fachkräfte nicht mehr in dem nötigen Umfang zur Verfügung stellen kann.

thyssenkrupp Corporate Archives

Atomstrom für die Waterkant



HOAG-Sonderbaustahl Welmonil im Kernkraftwerk Stade

Die Fahrgäste der Schiffe, die von Hamburg in See gehen, können ihren Eindrücken von der abwechslungsreichen Szenerie des linken Elbufers unweit der Hansestadt einen neuen hinzufügen. Nach Raffinerietanks, Werftanlagen, Leucht- und Radartürmen erhebt sich auf der Höhe der niedersächsischen Kreisstadt Stade 45 Meter über dem Deich eine mächtige halbrunde Kuppel als Wahrzeichen des Atomzeitalters, der Sicherheitsbehälter des Reaktors für ein neues Kernkraftwerk.

Daneben sind schon das Maschinenhaus, das Reaktorhilfsanlagengebäude, das Schaltanlagengebäude und das Betriebsgebäude entstanden, und mit dem Einbringen des im fertigen Zustand etwa 200 Tonnen schweren Druckbehälters hat die Arbeit am Reaktor begonnen. Im Frühjahr 1972 soll die Anlage nach 48-monatiger Bauzeit in Betrieb gehen. Sein Strom wird auch in eine Leitung fließen, die in der Nähe des Kraftwerks zwischen zwei 195 Meter hohen rot-weißen Masten das Elbefahrwasser auf einer Länge von 1 140 Meter überkreuzt. Tief scheinen die Drähte auf das Wasser durchzuhängen, aber ihr niedrigster Punkt liegt immer noch 74 Meter über den Schiffen.

An dieser wichtigen Ader des europäischen elektrischen Verbundnetzes zwischen Skandinavien, dem Ruhrgebiet und Sizilien, so entschieden die Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK) und die Hamburgischen Electricitäts-Werke AG (HEW) vor drei Jahren, soll ein neues Energiezentrum aufgebaut werden, das Strom aus der Atomspaltung gewinnt. Der Energiehunger macht sich auch — oder gerade — in der Landschaft der Marschen bis zur Küste hin breit. Mancherlei Industrien haben sich hier schon angesiedelt, Nachfolger kündigen sich an. Längst schon sind zu den Bauern, Fischern und Seefahrern hinter den Deichen die Arbeiter moderner Fertigungsbetriebe gekommen. Viele von ihnen, die jetzt noch ihre Arbeitsstätte im Hamburger Raum haben, werden später auf den unbeliebten Pendelverkehr verzichten können, weil sie ihren Broterwerb in der Nähe finden.

Mit einer Bruttoleistung von 662000 Kilowatt — das Doppelte braucht die Stadt Hamburg in Spitzenzeiten — wird das Kernkraftwerk Stade zusammen mit dem Kernkraftwerk Würgassen, das etwa zur gleichen Zeit fertiggestellt sein wird, das größte seiner Bauart auf dem Kontinent sein. Es wird gleichzeitig zu den ersten Anlagen gehören, die Atom-

thyssenkrupp Corporate Archives



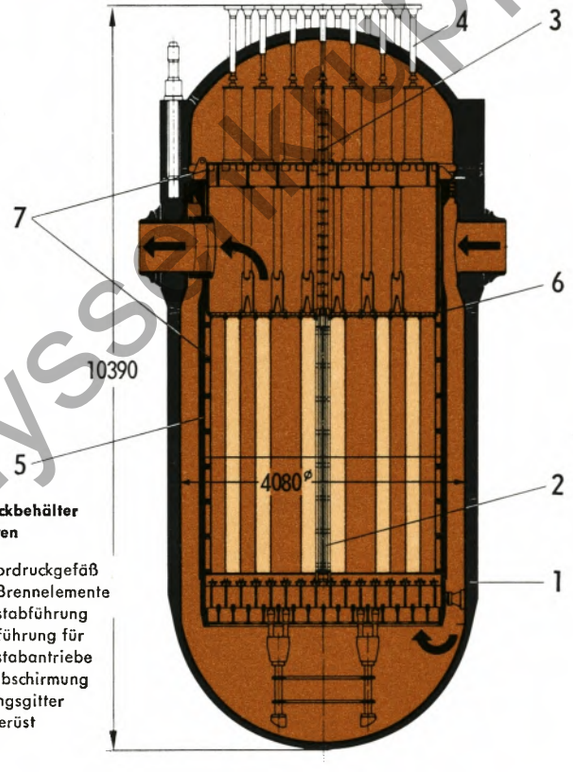


Abb. 2
Reaktordruckbehälter mit Einbauten

1 Reaktordruckgefäß
2 Uran-Brennelemente
3 Regelstabführung
4 Durchführung für Regelstabantriebe
5 Stahlabschirmung
6 Führungsgitter
7 Kerngerüst

strom in der Bundesrepublik auf rein privatwirtschaftlicher Grundlage erzeugen. Das Gemeinschaftsprojekt der NWK (zwei Drittel) und der HEW (ein Drittel) wird auf einem Gelände unmittelbar neben dem ölgefeuerten Kraftwerk Schilling realisiert, dessen 220 Meter hoher Schornstein nicht nur für die Reinerhaltung der Luft in den umliegenden Obstbaugebieten sorgt: Von hoher Warte konnten hier schon viele interessierte Besucher den Gang der Bauarbeiten am Atomkraftwerk verfolgen.

1967 wurden die beiden ersten Aufträge für rein kommerzielle Großkernkraftwerke vergeben: Für das Kernkraftwerk Würgassen mit Siedewasserreaktor und das Kernkraftwerk Stade mit Druckwasserreaktor. Beide sind für eine elektrische Leistung von mehr als 600 MW ausgelegt. Sie erzeugen ihre Leistung wie auch alle vorhergehenden deutschen Kernkraftwerke jeweils mit einem Reaktor und einem Turbogeneratorsatz. Damit steht die deutsche Reaktorbauindustrie auch im Hinblick der Größe der Anlagen international mit an führender Stelle.

Herz des Stader Kraftwerks ist ein Siemens-Druckwasserreaktor. In ihm werden 157 Brennelemente mit angereichertem Uran die Spaltwärme zum Betrieb des Kraftwerkes erzeugen. Mit 288 Grad Celsius und einem Druck von 158 ata eintretendes Wasser durchfließt den Reaktorkern von unten nach oben und erwärmt sich dabei auf 316 Grad. Infolge des hohen Druckes kommt es nicht zum Sieden. Das erhitzte Wasser strömt dann zu vier Dampferzeugern, und der gewonnene Dampf geht an den Turbosatz, der mit einer Drehzahl von 1 500 Touren pro Minute den elektrischen Strom produziert.

Zu diesen Anlagen im Sicherheitsbehälter gehört auch ein Druckhalter, mit dem Druck- und Volumenschwankungen aufgefangen werden, die bei Störfällen sowie bei Laständerungen während des normalen Betriebes auftreten. Dieser Behälter hat eine Länge von 12,5 Meter und einen Durchmesser von 2,5 Meter. Die Betriebstemperatur ist auf 365 Grad Celsius ausgelegt, der Betriebsdruck auf 158 atü. Nur ein Stahl mit optimalen mechanischen Eigenschaften kam für diese extremen Betriebsbedingungen in Frage. Welmonil, der warmfeste schweißbare Feinkornbaustahl aus Oberhausen erfüllte diese Bedingungen. Es ist ein Sonderbaustahl, der sich durch hervorragende Festigkeitseigenschaften im erhöhten Temperaturbereich bei etwa 400 Grad Celsius auszeichnet. Durch Verwendung von Welmonil war es möglich, die Wanddecke des Druckbehälters auf maximal 90 Millimeter zu beschränken. Im Vergleich dazu hätte man beim Bau mit dem besten warmfesten Normstahl, dem 13 CrMo 44, eine Wanddicke von 180 Millimeter benötigt. HOAG lieferte für dieses Projekt Bleche, Halbkugelböden und Vormaterial für Schmiedeteile.

Daß Sicherheit für das Betriebspersonal und die Bevölkerung an der Niederelbe großgeschrieben wird, versteht

thyssenkrupp Corporate Archives

Atomstrom für die Waterkant

sich von selbst, nicht zuletzt auf Grund der strengen behördlichen Vorschriften. So ist der Reaktor in eine doppelte Sicherheitshülle eingebettet, die auch noch dem höchsten, beim Bruch einer Hauptkühl-Mittelleitung vorkommenden Druck von 3,6 atü standhalten kann, und einer äußeren Hülle aus Stahlbeton. Sie dient zum Abschirmen einer eventuell bei einem solchen Defekt auftretenden direkten Strahlung. Im Raum zwischen der kugelförmigen Stahlhülle, die einen Durchmesser von 48 Meter aufweist, und der äußeren Stahlbetonhülle wird außerdem Unterdruck hergestellt.

Damit ist gewährleistet, daß radioaktive Stoffe nicht durch kleine Undichtigkeiten der Stahlhülle unkontrolliert nach außen entweichen können. Auch bei einem Deichbruch und einem Ansteigen des Wassers auf dem Gelände auf eine Höhe von plus acht Meter über dem durchschnittlichen Wasserstand besteht nach den getroffenen Schutzvorkehrungen noch keine Gefahr, daß radioaktive Stoffe verschleppt werden.

Die enge Nachbarschaft des Stader Kernkraftwerks zur Nord-Süd-Stromleitung hat den Vorteil, daß Lieferungen an den Verbraucher bei einem Stillstand des Werks, z. B. während eines Brennelement-Wechsels oder für Wartungsarbeiten, nicht beeinträchtigt werden. Ohne größere Schwierigkeiten kann aus dem Netz die geforderte Reserveleistung herausgeholt werden. Wie wichtig eine solche Flexibilität im Elektrizitätsgeschäft ist, bewies im vergangenen Jahr die Versorgung von Privat-Haushalten während der ersten Mondlandung.

Als der amerikanische Astronaut Neil Amstrong seinen Fuß auf den Boden des Erdtrabanten setzte, war es in Deutschland Nacht. Aber Millionen von Menschen saßen, wie es die NWK heute rückblickend sieht, hellwach an den Rundfunk- und Fernsehgeräten, sie kochten Kaffee und es brannte Licht. An der Stromverbrauchskurve ließ sich das Interesse ablesen. Mit der Elektrizität, die in diesen Nachtstunden zusätzlich in ungezählte Häuser floß, hätten 40 Güterzüge von Hamburg nach München fahren können.

Elektrizität aus Kernenergie — davon erwartet der Verbraucher nach allen vorangegangenen Prognosen rückläufige Zahlen für seine monatliche Stromrechnung. Das mag generell zutreffen, aber erst, wenn die installierte Kernkraftwerks-Kapazität einen größeren Anteil an der Stromversorgung hat, als es jetzt noch der Fall ist. Grundsätzlich gilt weiterhin die Überlegung, daß die höheren Anlagekosten für ein kommerzielles Kernkraftwerk im Vergleich mit herkömmlichen Stromerzeugern — für Stade werden einschließlich der Brennstoff-Erstausstattung etwa 330 Millionen Mark genannt — durch die niedrigeren Atombrennstoff-Kosten mehr als wettgemacht werden. So entspricht die im Reaktor des Kernkraftwerks Stade eingesetzte Spaltstoffmenge von 56,2 Tonnen (Uran) für vier Jahre einem Vorrat von etwa 3,5 Millionen Tonnen Steinkohle bei einem kohlegefeuerten Wärmekraftwerk. Sie würde einen Kohlenzug füllen, der von Hamburg bis Neapel reicht.

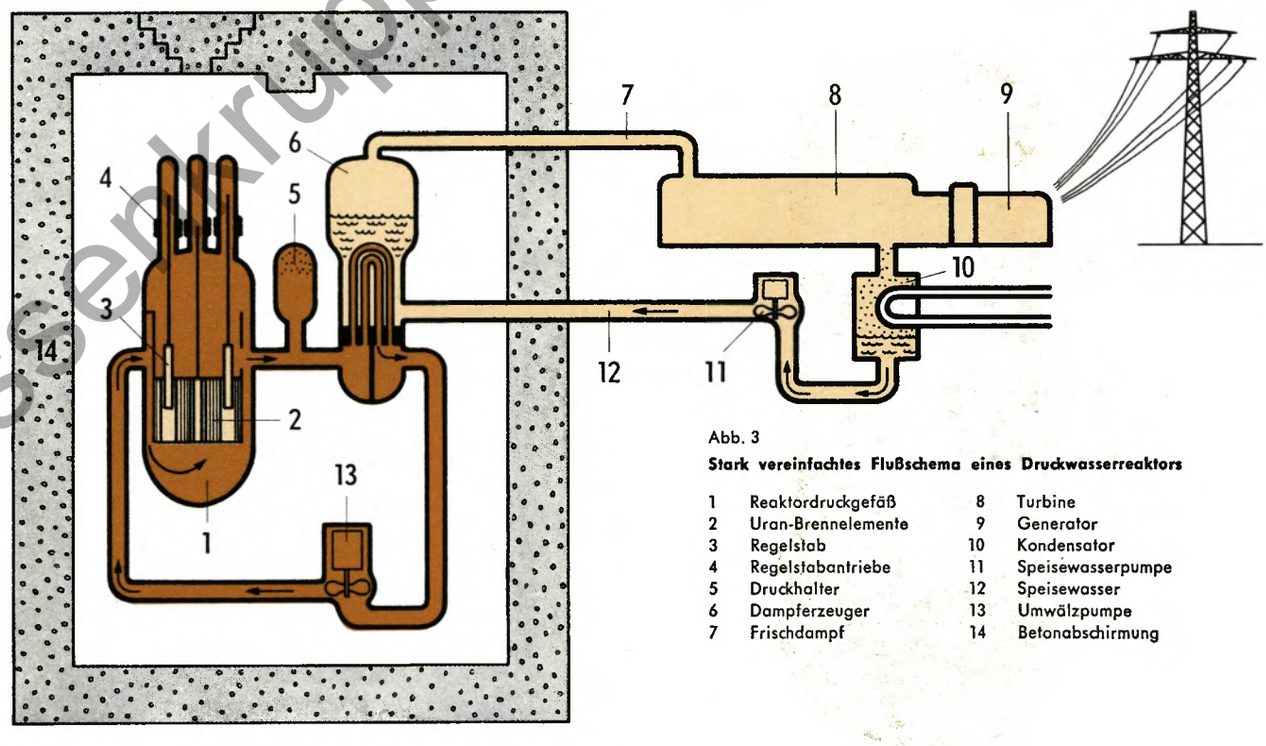


Abb. 3
Stark vereinfachtes Flußschema eines Druckwasserreaktors

1	Reaktordruckgefäß	8	Turbine
2	Uran-Brennelemente	9	Generator
3	Regelstab	10	Kondensator
4	Regelstabantriebe	11	Speisewasserpumpe
5	Druckhalter	12	Speisewasser
6	Dampferzeuger	13	Umwälzpumpe
7	Frischdampf	14	Betonabschirmung

thyssenkrupp Corporate Archive



Kokillen aus Stahlroheisen haben sich bewährt

Nach Abschluß einer langjährigen Versuchsreihe sind die Stahlwerker in der Kokillengießerei der HOAG zufrieden: Die Produktion von Kokillen aus Stahlroheisen hat sich bewährt. Seit 1966 stellt die HOAG in einer Gießerei auf dem Gelände des Siemens-Martin-Werks I Kokillen für die eigene Stahlerzeugung her.

Der Entschluß, Kokillen für den eigenen Bedarf im Werk selbst herzustellen, war das Ergebnis einer Reihe von Untersuchungen, die sich über einen längeren Zeitraum erstreckten. 1958 wurde die Kokillen-Gußunterlagsplatte, die bei dem sogenannten Gespanngußverfahren in der Kokillenherstellung erforderlich ist, aus Hämatit hergestellt. Danach wurde erstmals versucht, die Gußunterlagsplatten aus dem billigeren Stahlroheisen zu fertigen. Es zeigte sich, daß die Gespannplatten aus Stahlroheisen für die Block- und Brammenkokillen genauso geeignet waren wie die aus Hämatit.

Aufgrund dieser guten Erfahrungen wurde schließlich erwogen, bei der Herstellung von Kokillen statt Hämatit künftig nur noch Stahlroheisen zu verwenden. Beschleunigt wurde diese Entwicklung durch die Stillegung des Siemens-Martin-Werks I. Unter Ausnutzung der bereits vorhandenen Hallen und einiger Betriebsanlagen konnte die Produktion von Kokillen anlaufen. Die Gießerei wurde zunächst provisorisch eingerichtet. Erst als sich das neuartige Verfahren des Kokillengusses durchsetzte, ging man dazu über, die technische Einrichtung, im Hinblick auf die rationelle Fertigung, schrittweise zu verbessern.

Bei dem von der HOAG entwickelten Verfahren wird das Stahlroheisen direkt vom Hochofen in flüssigem Zustand in die Gießerei befördert und dort zu Block- und Brammenkokillen in die Form gegossen. Dieses Verfahren ist billiger und rationeller als die übliche Kokillenherstellung in den Gießereien, die das angelieferte kalte Hämatiteisen erst in einem Kupolofen einschmelzen müssen, bevor Kokillen gegossen werden können.

thyssenkrupp Corporate Archives

CHRONIK

1 Einen seltenen Fund machten Bauarbeiter bei Ausschachtungsarbeiten im Blockwalzwerk. Bei einer Tiefe von 3,50 Meter legten sie ein Stützenfundament frei, das für die damalige Kranbahn der Tiefofenhalle im Bereich des heutigen Blockwalzwerks bestimmt war. Für Fachleute war es besonders interessant, an diesem „Modell" die damalige Bauweise kennenzulernen, denn das Fundament — es ist etwa 60 Jahre alt — mußte im Grundwasser erstellt werden.

2 Reges Interesse zeigten die Werkredakteure des Arbeitskreises Niederrhein beim Besuch unseres Berufsbildungszentrums. Im BBZ-Lernstudio konnten sich die Redakteure von der Unterrichtsmethodik der programmierten Unterweisung überzeugen, die bei der HOAG mit Erfolg angewendet wird. Im Anschluß an die Besichtigung fand eine Diskussion mit Personaldirektor Dr. Alfred Heese, dem kaufmännischen Ausbildungsleiter Karl-Heinz Pennig sowie dem Betriebsratsvorsitzenden Bernhard Böhmer und dem Mitglied der Jugendvertretung Gerlach statt. In dieser Diskussion wurden insbesondere Fragen über die Ausbildung im Berufsbildungszentrum erörtert.

3 Unter Leitung seines Vizepräsidenten Taccone stattete der Beratende Ausschuß bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaft dem Hüttenwerk Oberhausen einen Besuch ab. Der Ausschuß hat die Funktion, die Kommission in allen Fragen von Forschung und Entwicklung bei Kohle und Stahl zu beraten. Die Ausschußmitglieder informierten sich bei der HOAG über den gegenwärtigen Stand der Entwicklung des Purofer-Verfahrens. Vor über vier Jahren wurde die von der HOAG beantragte Forschungsbeihilfe für das Purofer-Verfahren bei der heutigen Kommission der Europäischen Gemeinschaften beantragt und bewilligt. Jetzt konnten sich die Ausschußmitglieder an Ort und Stelle über den Stand der derzeitigen Entwicklung persönlich überzeugen. Prof. von Bogdandy erläuterte die Bedeutung des Purofer-Verfahrens für die Eisen- und Stahlindustrie, da dieses Verfahren durch seine Verwendung von Erdgas neue Möglichkeiten bietet, den Energiemarkt auszunutzen. Dr. Heinz-Dieter Pantke, Leiter der Forschungsabteilung, berichtete über den Aufbau des Purofer-Verfahrens, das keine Konkurrenz zum sondern eine Neuentwicklung neben dem Hochofen sein soll.

4 Zu einer Sitzung des Montan-Ausschusses, die gleichzeitig mit einem Informationsbesuch bei der HOAG verbunden war, kamen 60 Vertreter europäischer Gewerkschaften nach Oberhausen. Arbeitsdirektor Kübel, der die Gäste begrüßte, hielt einen einführenden Vortrag. Neben einem Rundgang durch das Berufsbildungszentrum wurde auch das Forschungsinstitut besichtigt. In einem Referat erläuterte Prof. von Bogdandy den gegenwärtigen Stand der Forschungn in der Eisen- und Stahlindustrie.

5 Einen Abstecher zur HOAG machte eine Gruppe junger Israelis, um hier das Berufsbildungszentrum zu besichtigen. Es war die erste Delegation aus Israel, die offiziell vom DGB zu einem Deutschlandbesuch eingeladen wurde. Oberhausen war deshalb auch nur eine Besichtigungsstation von vielen anderen Städten in der Bundesrepublik. Die Gäste, die von Personaldirektor Dr. Alfred Heese begrüßt wurden, zeigten in einer anschließenden Diskussion großes Interesse vor allem an der Berufsausbildung in der Bundesrepublik.



1



2

thyssenkrupp Corporate Archives

DES MONATS

Rückblick in Bildern und Berichten



3



4





5

ThyssenKrupp Corporate Archives

„Soziale Sicherheit“ lautet die Parole



Blick zu unserem Nachbar Finnland



th-Bundesarchiv Historische Archives



Finnland ist zwar rund ein Drittel größer als die Bundesrepublik Deutschland, hat aber nur 4,5 Millionen Einwohner. Die Wirtschaft dieses Landes, das in friedlicher Koexistenz mit der Sowjetunion lebt, hat in den letzten Jahren erheblich aufgeholt. Sprichwörtlich ist die moderne finnische Architektur, die sich harmonisch mit der Schönheit des Landes verbindet.
Bild unten: Vor der großen Kirche in Helsinki steht das Denkmal des russischen Zaren Alexander II., der Finnland 1865 die Autonomie gab.

Die größte innenpolitische Aufgabe der neuen finnischen Regierung wird es sein, das sogenannte Stabilisierungswerk des jetzigen Koalitionskabinetts fortzusetzen." Der junge Rechtsanwalt aus Helsinki blickt recht hoffnungsfroh in die Zukunft, denn das 1968 in Kraft getretene Kontrollgesetz für Preis- und Lohnerhöhungen hat seiner Meinung nach nicht nur die Wirtschaft des Landes gesunden lassen, sondern vor allem sozial schwach gestellte Schichten vor einer Preislawine bewahrt. „Soziale Sicherheit" war denn auch in den vergangenen Wochen in Finnland eine der am häufigsten auf den Wahlkampf-Plakaten wiederkehrenden Parolen, mit denen die Parteien um die Gunst des Wählervolks für die Reichstagswahlen warben.

Der 12. Oktober 1967 ist vielen Finnen als „denkwürdig" in Erinnerung geblieben: An diesem Tage erlebte die Finnmark (heutiger Kurs 100 Finnmark gleich rund 114 Mark) ihre größte Abwertung um 23,8 Prozent. Die Folge davon war ein striktes wirtschaftliches Stabilisierungsprogramm. Im darauffolgenden Jahre billigte der Reichstag ein ursprünglich bis zum 31. Dezember 1968 befristetes Gesetz, nach dem Preise, Löhne und Mieten auf dem Niveau vom 1. März 1968 bleiben müssen. Im Herbst 1969 wurde es bis zum 31. Dezember dieses Jahres verlängert. Im Rahmen dieses Gesetzes bedürfen beispielsweise Preiserhöhungen für Konsumgüter einer besonderen Genehmigung des dem Sozialministerium unterstellten Amtes für Preise. Lohnerhöhungen sind nur entsprechend dem Produktionszuwachs der Industrie möglich.



Die finnischen Gewerkschaften sahen die Notwendigkeit dieser Maßnahmen ein und gaben ihr „Placet". Protest gab es dagegen auf Seiten der Geschäftsleute und der Hauseigentümer. Da das Stabilisierungsprogramm der Regierung gute Früchte getragen hat, glaubt man in Helsinki nicht, daß das Gesetz ein zweites Mal verlängert wird. Für den Verbraucher kann das jedoch von Januar 1971 an höhere Preise bedeuten. Eine Preislawine wie in Schweden wird aber nicht erwartet.

Der Produktionszuwachs der finnischen Industrie betrug in den vergangenen drei Jahren je rund 7 Prozent. Um den gleichen Prozentsatz wuchs auch der Konsum in dem verglichen mit der Bundesrepublik flächenmäßig zwar größeren, aber nur 4,7 Millionen Einwohner zäh-

Thyssenkrupp Corporate Archives

lenden Lande. Von 1968 bis 1969 sind die Löhne in Finnland um nur 6,4 Prozent gestiegen. (1966/67 — 9,5 Prozent; 1967/68 — 11 Prozent). Die Preise stiegen von 1968 bis 1969 jedoch nur um 2,4 Prozent. (1966/67 — 5,4 Prozent; 1967/68 — 8,7 Prozent).

Nach den jüngsten im finnischen Wahlkampf veröffentlichten statistischen Unterlagen beträgt das monatliche Durchschnittseinkommen eines ungelernten Industriearbeiters rund 800 Finnmark (Fmk). Die Ausgaben einer Arbeiterfamilie (Eltern, zwei Kinder) die damit auskommen muß, sind laut Statistik: Steuer und Sozialversicherung 138 Fmk, Ernährung 280 Fmk, Miete für eine Zweieinhalbzimmerwohnung in der Stadt 300 Fmk. Zusätzlich zum Lohne erhält die Familie für das erste Kind 18 Fmk, für das zweite 21 Fmk und für ein drittes 25 Fmk. Die Lebenshaltungskosten auf dem Lande sind niedriger.

In städtischen Arbeiterhaushaltungen der unteren Einkommensgrenze gehen rund zwei Drittel aller Ehefrauen mit Kindern unter 16 Jahren zumindest einer Teilzeitbeschäftigung nach. Die Monatseinkommen von Facharbeitern liegen im Durchschnitt zwischen 1 000 und 1 200 Fmk.

Ein junger Akademiker beginnt mit etwa 1 500 Fmk. Das Gehalt eines in einem Krankenhaus tätigen Arztes beträgt 2 300 — 2 500 Fmk. In den zehn größten Städten des Landes wurden am 1. Januar 1969 1,29 Millionen Einwohner (Helsinki: 532 000) gezählt. Noch vor wenigen Jahren bereitete die starke Landflucht den Behörden Kopfzerbrechen. Doch die Mietpreise in den Städten und die hohen Lebenshaltungskosten ließen inzwischen diese Welle wieder etwas abebben.

Der finnische Staat, der sozial schwach gestellten Schichten je nach Höhe ihres Einkommens Mietzuschüsse gewährt, will in diesem Jahre 430 Millionen Finnmark für den sozialen Wohnungsbau aufwenden. 1969 wurden mit staatlicher Hilfe (360 Millionen Fmk) 35 781 Wohnungseinheiten gebaut (1962: 100 Millionen Fmk — 37 449 Wohnungen; 1966: 190 Millionen Fmk — 36 457; 1967: 215 Millionen Fmk — 36 780; 1968: 250 Millionen Fmk — 35 781). In besser verdienenden Schichten steht seit Jahren der Wunsch nach einer Eigentumswohnung im Vordergrund. Der Staat kommt dem entgegen und erschließt landschaftlich schöne Gebiete vor den Toren der Städte für den Wohnungsbau.

Trostlose „Wohnkasernen" oder schmucklose Hochhäuser sind in Finnland selten anzutreffen. Die Alternative der experimentierfreudigen finnischen Architekten sind Gartenstädte nach dem Vorbild des wenige Kilometer außerhalb Helsinkis mitten im Wald liegenden und nur wenige Minuten vom Meer entfernt entstandenen Vororts Tapiola. Diese über die Grenzen Finnlands hinaus bekannte Trabantenstadt besitzt neben dem obligatorischen Einkaufszentrum eine eigene Konzerthalle, Schwimmbad, Kino, Versammlungsräume und andere gesellschaftliche Einrichtungen. Während der Hauptverkehrszeiten verbinden im Abstand von wenigen Minuten verkehrende Busse die Bewohner mit der Hauptstadt. Eine kleine Dreizimmerwohnung in einem der zwei- bis sechsstökkigen Wohnhäuser, von denen jedes eine Sauna besitzt, kommt auf etwa 90 000 Fmk.

Ende der sechziger Jahre lag Finnland — was den Lebensstandard betrifft — hinter Schweden, Dänemark und Norwegen auf dem 4. Platz. 1967 betrug das Brutto-Sozialprodukt pro Kopf umgerechnet 6 120 DM (Schweden 11 680 DM). In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre besaßen von 100 Finnen rund 11 einen Personenwagen (Schweden 24), 18 ein Fernsehgerät (Schweden 28) und 19 einen eigenen Telefonanschluß (Schweden 46).

Auch in Finnland gibt es für Rentner keine „Rosa Zeiten". Jeder, der das 65. Lebensjahr vollendet, erhält zwar ohne Rücksicht auf seine soziale Stellung eine staatliche Grundrente von 70 Finnmark. Die höchste vom Staat gezahlte Rente beträgt nur 255 Finnmark, jedoch wird diese Summe um weitere 50 Finnmark erhöht, wenn der Empfänger das 80. Lebensjahr vollendet.



Tapiola, die Trabantenstadt vor den Toren Helsinkis, ist die Visitenkarte der finnischen Architekten. Die Stadt liegt mitten im Wald und hat ein eigenes Schwimmbad sowie Kino, Konzerthalle und Versammlungsräume.

thyssenkrupp Corporate Archives

Mit 60 in Pension?

Bundesregierung strebt flexible Altersruhegrenze an

Die Bundesregierung hält an der Absicht fest, eine flexible Altersruhegrenze einzuführen. Das bekräftigte Bundesarbeitsminister Walter Arendt auf der ersten öffentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger. Der Minister erklärte, es sei vorgesehen, entweder allen Arbeitnehmern zwischen dem 63. und 67. Lebensjahr die Wahlmöglichkeit zwischen Arbeit und Rente zu geben oder bestimmten Arbeitnehmern — so berufsunfähigen und schwerbeschädigten — vom 60. bis 68. Lebensjahr eine Entscheidung über eine weitere Berufstätigkeit einzuräumen. Schließlich sei auch daran gedacht, das vorgezogene Altersruhegeld auf weitere Gruppen von Arbeitnehmern auszudehnen.

„Viele der über 60jährigen sind der Hektik der Arbeitswelt nicht mehr gewachsen, viele der über 65 Jahre alten Berufstätigen verfügen andererseits noch über genügend Leistungskapazität", sagte Arendt. In seinem Hause werde eine Analyse der rechtlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen einer solchen flexiblen Arbeitsgrenze erarbeitet, die bis zum Jahresende vorgelegt werden solle.

Die gesetzliche Rentenversicherung nannte Arendt das Kernstück der sozialen Ordnung der Bundesrepublik. Eine Konsolidierung der Rentenversicherung dürfe nicht gefährdet werden. Der Minister räumte einer „dynamischen Rente" im Rahmen der neuen Vorhaben der Bundesregierung besondere Bedeutung ein. Mit dem Justizministerium werde geprüft, ob die Rentenansprüche nichtberufstätiger Frauen vor und nach der Ehe aus eigenem Recht zu sichern seien.

Zuvor hatte der Vorstandsvorsitzende des Verbandes, Gerd Muhr, betont, die finanzielle Grundlage für die Rentenversicherung für Arbeiter und Angestellte sei bis 1985 gesichert, wenn die vorausberechneten Lohnsteigerungen von 5,8 Prozent jährlich erreicht würden. Die Arbeiter-Rentenversicherung schließe zwar nach wie vor mit Defiziten ab, diesen roten Zahlen stünden jedoch die Überschuß-Bilanzen aus dem Angestellten-Sektor gegenüber, die der Rentenversicherung insgesamt in einigen Jahren aus der Negativ-Bilanz heraushelfen würden.

Im Gegensatz zu Arbeitsminister Arendt lehnt der Verband der Rentenversicherungsträger eine Einbeziehung von Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung ab. Werde der Kreis der Versicherten erweitert, müßten diese neuen Risiken zwangsläufig zu Lasten der bisherigen Beitragszahler gehen, gab Muhr zu bedenken. Die Selbständigen könnten nur mit Hilfe des Gesetzgebers in eine ausreichende Alters- und Invaliditätssicherung einbezogen werden.

Bis zum Jahre 1980 wird jeder Dritte der gegenwärtigen Arbeitnehmer nicht mehr im Erwerbsleben stehen. Das ergab eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit über den Ersatzbedarf an Arbeitskräften. Wie die Bundesanstalt in Nürnberg mitteilte, werden von den 18,6 Millionen, die im Jahre 1968 als abhängig Beschäftigte tätig waren (ohne Beamte und Ausländer), aus Alters- und ähnlichen Gründen bis zum Jahre 1973 knapp 16 Prozent oder rund 2,9 Millionen und bis zum Jahre 1980 rund 31 Prozent oder rund 5,8 Millionen aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Die Aufteilung der Gesamtzahl auf die einzelnen Wirtschaftsabteilungen und Wirtschaftszweige verdeutlicht die unterschiedliche Situation in den einzelnen Bereichen.

Am niedrigsten sind die zu erwartenden Abgänge im Baugewerbe (bis 1973 minus 11 Prozent, bis 1980 minus 22 Prozent), am höchsten beim Staat (bis 1973 minus 21 Prozent, bis 1980 minus 42 Prozent).

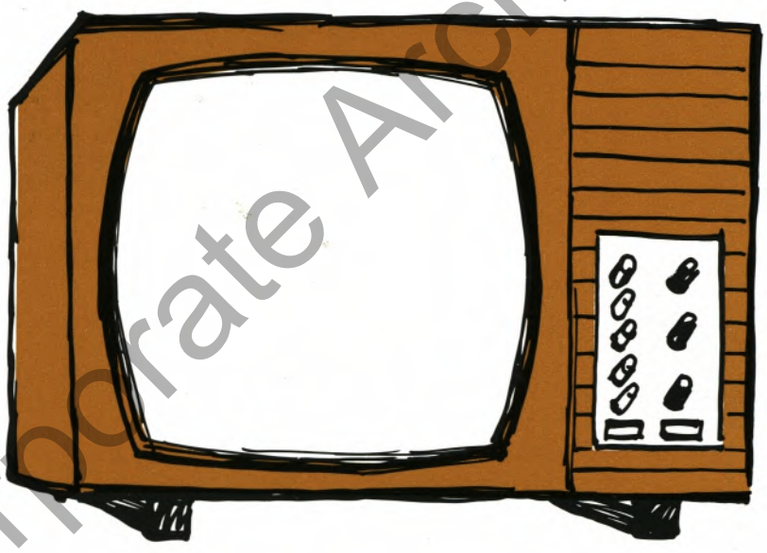
thyssenkrupp Corporate Archives

Falsche Ernährung fördert den »Fernseh-Schlaf«

Man braucht die alte Regel „Abends essen wie ein Bettelmann" durchaus nicht so wörtlich zu nehmen, daß man den Feierabend nur noch mit knurrendem Magen verbringt. Das würde sicher auch nicht das richtige Rezept für häuslichen Frieden sein. Wer sich für die letzten Stunden des Tages einen aufgeschlossenen und unternehmungslustigen Ehemann wünscht, hat bessere Möglichkeiten in der Hand: ausreichende, bekömmliche Kost in appetitanregender Aufmachung. „Nur noch Säuglinge werden heute richtig ernährt. Schon bei ihrem eigenen Magen vergißt die Mutter wichtige Regeln und erst recht bei ihrem Mann. Müdigkeit, Herz- und Kreislauferkrankungen sowie frühes Altern sind die Folgen!" Diese bewegte Klage aus wissenschaftlichem Mund war auf einem Ernährungskongreß zu hören. Millionen übersehen einfach, daß eine neue Lebensweise auch andere Ernährungsgewohnheiten erfordert. Wem Maschinen die Schwerarbeit abnehmen, wer nur hinter dem Steuer oder am Schreibtisch sitzt — für den sind Holzfäller-Portionen auf die Dauer gefährlich. Heute kommt es mehr auf Bekömmlichkeit und leichte Verdaulichkeit unserer Nahrung an als auf Kaloriengebirge.

Es ist eine Ernährungssünde, wenn die Hausfrau ihren Ehemann abends mit einer schweren Mahlzeit von Bratkartoffeln, Speck und Spiegeleiern bewirtet. Das gilt ganz besonders für den Schreibtisch-Arbeiter, der mittags eine reichhaltige Kantinen-Mahlzeit zu sich genommen hat.

Besser ist es, vor dem Abendessen eine kleine Verschnaufpause einzulegen, um (vielleicht bei einem erfrischenden Drink) Abstand von Hetze und Ärger des Alltags zu gewinnen. Dann sollte man sich an einen



Sozialer Wohnungsbau wird intensiviert

40 Milliarden Mark an öffentlichen Darlehen vergeben

In der Bundesrepublik werden nach Angaben von Bundeswohnungsbauminister Dr. Lauritz Lauritzen in den nächsten zehn Jahren noch 2 bis 2 1/2 Millionen mit öffentlichen Mitteln geförderte Wohnungen benötigt. Bei der Eröffnung der 7. Internationalen Fachmesse für Öl- und Gasfeuerung „Intherm 70" kündigte der Minister in Stuttgart an, die Bundesregierung werde den Sozialen Wohnungsbau nicht nur fortsetzen, sondern auch seine Förderung weiter ausbauen. In Bonn werde zur Zeit an einem langfristigen Bauprogramm für den Bereich der öffentlich geförderten Wohnungen gearbeitet.

Im öffentlich geförderten Wohnungsbau sind nach den Worten des Ministers zur Zeit rund 40 Milliarden Mark an öffentlichen Darlehen vergeben. Wenn es gelinge, einen Teil dieser Darlehen vorzeitig zu mobilisieren, dann könnte mit diesen Mitteln der Wohnungsbau zusätzlich finanziert werden. Dabei dürfe aber die Ablösung und die frühere Rückzahlung von Darlehen nicht zu einer erneuten Mieterhöhung führen.

Die Wohnungsbaufinanzierung und die Mietpreisgestaltung will der Minister für den Mieter durchsichtiger machen.

Lauritzen begründet seine Absicht mit dem Hinweis, der Wohnungsmieter solle kontrollieren können, ob Mieterhöhungen seines Hauseigentümers gerechtfertigt seien. Der Minister beruft sich auf die ihm zugegangenen „zahllosen Briefe", denen zu entnehmen sei, daß viele Wohnungsvermieter die vorübergehende Diskonterhöhung zum Anlaß für höhere Wohnungsmieten genommen haben. Von diesen Vermietern werde dabei aber „nur zu gern" verschwiegen, daß eine künftige Senkung des Diskontsatzes auch eine Mietpreissenkung nach sich ziehen müßte.

thyssenkrupp Corporate Archives

Tisch setzen, auf dem Eiweiß und Vitamine den Ton angeben: Quark, magere Fleisch- und Wurstsorten, Salate und Obst lassen sich bei einiger Phantasie ohne viel Mühe so variieren, daß auch Augen und Geschmacksnerven zu ihrem Recht kommen. Wenn Bekömmlichkeit Trumpf sein soll, ist auch die Wahl des richtigen Nahrungsfettes von Bedeutung. Der Volksmund spricht von „schweren" und „leichten" Fetten — einfach aus der Erfahrung, daß manche fettreiche Mahlzeit wie ein Stein im Magen liegt, während gut bestrichenes und belegtes Brot ein angenehmes Gefühl der Sättigung gibt.

Die Ernährungswissenschaftler wissen diese Feststellung zu erklären: unsere Streichfette Margarine und Butter sind Emulsionsfette. Einfach ausgedrückt: ihre Fettbestandteile sind von winzigen Wassertröpfchen aufgelockert. So wird dem Organismus ein Teil der Verdauungsarbeit abgenommen. Margarine bietet sogar noch einen weiteren Vorteil, denn sie enthält einen erheblichen Anteil lebenswichtiger Pflanzenöl-Wirkstoffe, die einen Anstieg der Blutfettwerte verhindern. Das ist wichtig, denn Beschwerden nach einer zu üppigen Mahlzeit sind oft nur ein Zeichen dafür, daß unser Blut zuviel Fett transportieren muß.

Ein gewohntes Bild für Millionen Ehefrauen: der Herr des Hauses vergräbt sich nach dem Abendessen gähnend hinter der Zeitung oder streckt die Beine im bequemsten Sessel zum „Fernseh-Nickerchen" von sich. Nahezu 60 Prozent aller Frauen in der Bundesrepublik klagen über müde Ehemänner.

Doch sie ahnen gar nicht, daß sie vielleicht selbst ein gut Teil Schuld daran tragen durch einen überholten Speiseplan.

Ein Sozialprogramm besonderer Art wird zur Zeit von der gewerkschaftseigenen Unternehmensgruppe „Neue Heimat" geplant: Sie entwickelt ein Sparprogramm für Altenwohnungen. Interessenten können sich schon frühzeitig während ihrer Berufstätigkeit mit Einzahlungen an diesem Sparprogramm beteiligen. Sie erhalten dann später eine von der „Neuen Heimat" errichtete Altenwohnung zu besonders günstigen Bedingungen.

Fast Dreiviertel aller 938 000 neuen Bausparverträge des vergangenen Jahres bei den privaten Bausparkassen sind nach Angaben des Städtebauinstituts in Bonn von Arbeitnehmern abgeschlossen worden. Damit sei das Gewicht der Arbeitnehmer bei den Neuabschlüssen zum ersten Male deutlich gestiegen, berichtet das Institut. In den zehn vorausgegangenen Jahren habe der Arbeitnehmeranteil an neuen Bausparverträgen konstant etwa 69 Prozent betragen. Den Grund für ihre jetzige stärkere Beteiligung sieht das Institut in der neuen Zusatzprämienregelung, die geringer Verdienenden unter bestimmten Voraussetzungen einen um 30 Prozent höheren Prämienanspruch einräumt.

Die privaten und öffentlichen Bausparkassen verwalteten Ende Februar einen Vertragsbestand von rund 200 Milliarden Mark. Von der Gesamtsumme entfielen 136 Milliarden Mark auf noch nicht zugeteilte Verträge und 64 Milliarden Mark auf Verträge im Tilgungsstadium. Bei 8,4 Millionen Verträgen belief sich die durchschnittliche Bausparsumme auf 23 600 Mark. Unter Berücksichtigung der im weiteren Verlauf des Jahres noch zu erwartenden Abschlüsse rechnet das Städtebauinstitut damit, daß die Bausparkassen ihren sich auf etwa 33 Prozent belaufenden Anteil an der Wohnungsbaufinanzierung 1970 mindestens halten werden.

Bei fernen Urlaubszielen:

Vor dem Urlaub impfen lassen

Die Reisezeit liegt vor uns. Aber Reisen in ferne Länder, die heute für viele von uns erschwinglich geworden sind, bergen mancherlei Gefahren in sich. Das wissen wir spätestens seit den Pockenerkrankungen im Sauerland. Solchen Gefahren kann man jedoch begegnen, und daran sollte man auch in jeder Familie lange vor Reiseantritt denken, um unangenehme Überraschungen zu vermeiden. Was also ist zu tun?

Obligatorisch für alle Reisen in außereuropäische Länder ist die Pockenschutzimpfung. Selbst dann, wenn am Urlaubsort keine Gefahr besteht, muß man doch mit der Möglichkeit einer Ansteckung im Flugzeug rechnen. Wichtig ist dabei: Ältere Personen sollten sich bereits vier bis acht Wochen vor Reiseantritt impfen lassen, damit eine stärkere Impfreaktion noch am Heimatort behandelt werden kann. Das gilt bei Reisen in wirklich pockengefährdete Länder für alle, weil dann bei ungenügender Impfreaktion noch eine Nachimpfung möglich ist. Wer sich nicht frühzeitig impfen läßt, kann während der ganzen Reise unter den Impffolgen leiden. Die Wirksamkeit der Pockenschutzimpfung beträgt drei Jahre.

Eine Impfung gegen Gelbfieber ist für bestimmte Zonen Süd-Amerikas, Afrikas und Asiens erforderlich. Ebenso verhält es sich mit Schutz-Impfungen gegen Cholera, Typhus und Paratyphus. Der Schutz gegen Cholera beträgt sechs Monate, der gegen Gelbfieber zehn Jahre. Gegen Typhus und Paratyphus kann man sich durch Einnahme von Tabletten schützen, und zwar für drei bis vier Monate. Wichtig ist daran zu denken, daß zwischen jeder Impfung ein Zeitraum von einer bis zwei Wochen liegen muß. Mit obligatorischen Impfungen ist also rechtzeitig zu beginnen.

Empfehlenswert sind ferner folgende Impfungen: Bei Aufenthalten in den Tropen gegen Tetanus (zwei Impfungen im Abstand von vier Wochen, eine Auffrischung nach einem Jahr, Schutz für fünf Jahre), gegen Kinderlähmung bei Personen bis zu 40 Jahren. Bei Reisen nach Ostafrika empfiehlt sich zusätzlich eine Schutzimpfung gegen die Schlafkrankheit.

Wer nach Afrika, Zentral- und Südamerika sowie Asien fliegt, also auch, wer seinen Urlaub auf Zypern, den Kanarischen Inseln oder an der Karibischen See verbringen möchte, sollte sich erkundigen, ob nicht vor Eintreffen und während des Aufenthalts in dem malariagefährdeten Gebiet eine Chemo-Prophylaxe in Form von Tabletten gegen Malaria angezeigt ist. Sie muß dann aber nach der Rückkehr von der Reise fortgesetzt werden.

Wer also entsprechende Reisepläne hat, sollte sich frühzeitig — das heißt mindestens vier bis sechs Wochen vor Urlaubsantritt — mit seinem Arzt oder dem zuständigen Gesundheitsamt in Verbindung setzen. Alle Impfungen müssen in das internationale gelbe Impfheft eingetragen werden.

Bundesarchiv Coblenz Archives

sozialpolitisch

Kindergeld: Rund 2,1 Millionen Familien und sonstige Berechtigte in der Bundesrepublik beziehen ein Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz. Sie erhalten das Geld für fast 5 Millionen Kinder. Die Bundesanstalt für Arbeit zahlt das Kindergeld im Auftrag und aus Mitteln des Bundes. 1969 betrugen die Aufwendungen für diese Leistungen rd. 2,7 Milliarden DM, das sind 79 Millionen mehr als 1968. Das Geld wurde für rd. 2,1 Millionen zweite, 1,7 Millionen dritte, rd. 700 000 vierte und etwas über 500 000 fünfte und weitere Kinder ausgegeben.

Kindergeld wird unter gewissen Voraussetzungen vom zweiten Kind an gewährt. Der Anspruch besteht in der Regel bis zum 18., bei Schul- und Berufsausbildung bis zum 25. Lebensjahr. Nach dem Bundeskindergeldgesetz erhalten Eltern für das zweite Kind 25 DM, für das dritte 50 DM, für das vierte 60 DM und für das fünfte und jedes weitere Kind 70 DM.



Pflegegeld: Die Bundesregierung beabsichtigt, das Pflegegeld aus der gesetzlichen Unfallversicherung zu erhöhen. Dies hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Helmut Rhode, in Beantwortung einer Anfrage des Bundestagsabgeordneten Dr. Enders mitgeteilt. Wie weiter aus der Antwort hervorgeht, sollen die gesetzlich festgelegten Rahmenbeträge denen der Kriegsopferversorgung angeglichen werden. Der Entwurf eines 13. Rentenanpassungsgesetzes, in dem die entsprechenden Vorschriften enthalten sind, wird in Kürze den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet.

Bildungsurlaub: Zur Frage des Bildungsurlaubs teilte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Helmut Rhode, in einer Fragestunde des Deutschen Bundestages folgendes mit: Die Bundesregierung hält es nicht für ausreichend, wenn ausschließlich dem Arbeitgeber die Entscheidung darüber überlassen wird, ob und in welchem Ausmaß er seinen Arbeitnehmern Bildungsurlaub gewährt. Der Bundeskanzler hat in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 ausgeführt, daß technischer Fortschritt und wirtschaftliche Entwicklung ständig neue Anforderungen an die Mobilität aller Erwerbstätigen stellen und deshalb die Einführung eines Bildungsurlaubs eine wichtige Aufgabe ist. Die Vorarbeiten für eine gesetzliche Regelung der bezahlten Freistellung der Arbeitnehmer für Bildungszwecke sind aufgenommen. Dabei sollte nach den Vorstellungen der Bundesregierung zugleich eine Freistellung für die Teilnahme an solchen Lehrgängen angestrebt werden, die der staatsbürgerlichen Bildung dienen.

Lebenshaltungskosten: Der berechnete Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet lag Mitte März mit 123,3 (1962 gleich 100) um 0,4 Prozent höher als im Vormonat. Im Vergleich zu Mitte März 1969 hat er sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes um 3,7 Prozent erhöht.

Konjunktur: Die Beschäftigungslage in der Industrie während des Jahres 1969 war durch den sich fortsetzenden konjunkturellen Aufschwung gekennzeichnet. Die Zahl der Beschäftigten stieg im Jahresdurchschnitt um 5,2 v. H. (von



7,90 Mio. auf 8,31 Mio. Personen). Im Verlauf des vergangenen Jahres erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten ziemlich kontinuierlich und erreichte mit 8,50 Mio. im November den höchsten Stand des Jahres überhaupt.

Rund drei Viertel aller in der Industrie Beschäftigten waren Arbeiter, rund ein Viertel Angestellte. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Arbeiter mit 5,4 v. H. etwas stärker an als die der Angestellten mit 4,8 v. H.

Die Zahl der im Bergbau Beschäftigten verringerte sich um 6 v. H. In den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien dagegen erhöhte sich die Beschäftigtenzahl um 4 v. H., vor allem in der chemischen Industrie (+5,9 v. H.), auf die mit rund 567 000 Beschäftigten fast ein Drittel der in der Grundstoffindustrie beschäftigten Arbeitnehmer entfiel. Am stärksten stieg die Beschäftigung in den Investitionsgüterindustrien (um fast 8 v. H.). Über zwei Fünftel aller in der Industrie Beschäftigten entfallen allein auf diesen Industriebereich. Bei den Verbrauchsgüterindustrien (+4,4 v. H. auf 1,99 Mio.) sind vor allem die Textilindustrie (+4,1 v. H. auf 0,51 Mio.) sowie die Bekleidungsindustrie (+4,5 v. H. auf 383 000) erwähnenswert. In der Nahrungs- und Genußmittelindustrie stieg die Zahl der Beschäftigten um 1 v. H. auf 0,51 Mio.

Hinterbliebene: Die Gesamtzahl der Versorgungsberechtigten (Beschädigte und Hinterbliebene) geht seit Jahren

thyssenkrupp Corporate Archives

e nachrichten



zurück. Diese Entwicklung hat sich auch 1969 fortgesetzt. Denn Ende 1968 gab es rd. 2 673 000 Anspruchsberechtigte gegenüber 2 620 000 Ende des Vorjahres. Somit verringerte sich 1969 die Zahl der Versorgungsberechtigten um knapp 53 000 (2,0 v. H.). Die Zahl der Beschädigten nahm von 1 265 500 auf 1 237 400 ab; das sind 2,2 v. H. weniger als Ende 1968. Der Anteil der Beschädigten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) um 30 v. H. und 40 v. H. betrug 53 v. H. aller Beschädigten. Die Veränderungen gegenüber 1968 nach MdE-Gruppen waren unterschiedlich. Allein die Zahl der Beschädigten mit einer MdE um 90 v. H. hat zugenommen, und zwar um fast 4 v. H.; das dürfte überwiegend auf einer Höherstufung und weniger auf echten Neuzugängen von Beschädigten beruhen. In allen übrigen MdE-Stufen ist eine Abnahme zu beobachten, die zwischen 3,1 v. H. und 0,3 v. H. lag.

Am stärksten war der Rückgang der Zahl der Beschädigten mit einer MdE um 30 v. H. und 70 v. H. (je rd. 3 v. H.). Im übrigen gibt es noch rd. 148 000 Personen (12 v. H. aller Beschädigten), die ihren Anspruch aus der Zeit vor dem 1. September 1939 herleiten.

Krankenstand: Der Krankenstand für die Pflichtversicherten mit sofortigem Anspruch auf Krankengeld (überwiegend Arbeiter) belief sich im Jahresdurchschnitt 1969 auf 5,65 v. H. Er ist damit gegenüber 1968 (5,46 v. H.) leicht gestiegen und hat etwa wieder den jahresdurchschnittlichen Stand der Jahre 1965 und 1966 erreicht. Dagegen war der Krankenstand des Jahres 1967 der seit langem niedrigste (4,90 v. H.). Diese verhältnismäßig günstige Situation war seinerzeit einmal durch die rückläufige Konjunktur und die damit verbundene kürzere Arbeitszeit, die stärkere Arbeitslosigkeit, den Rückgang der Unfälle und dergl. beeinflußt worden, zum anderen jedoch durch die milden Witterungsverhältnisse zu Beginn des Jahres 1967, die nicht zu dem sonst üblichen stärkeren Anstieg der winterlichen Krankheitshäufigkeit geführt hatten. Demgegenüber waren sowohl 1968 als auch 1969 in den Monaten Februar bis April sehr viele Arbeitnehmer infolge Erkältungen krank. Darauf ist es hauptsächlich zurückzuführen, daß die jahresdurchschnittliche Morbidität in diesen beiden Jahren wieder höher als 1967 war.

Für die zweite Jahreshälfte 1969, die eine etwas ausgeprägtere Zunahme der monatlichen Krankenstandsziffern als sonst üblich zeigt, kommt hinzu, daß die mit der starken Anspannung der Beschäftigungslage verbundene Mehrarbeit und Steigerung des Arbeitstempos zu einer erhöhten gesundheitlichen Belastung der Beschäftigten geführt hat.

Ausbildung: Nach den Vorschriften des Arbeitsförderungsgesetzes ist die Ausbildungsförderung der Bundesanstalt für Arbeit in zwei vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung genehmigten Anordnungen des Verwaltungsrates der Bundesanstalt neu geregelt worden.

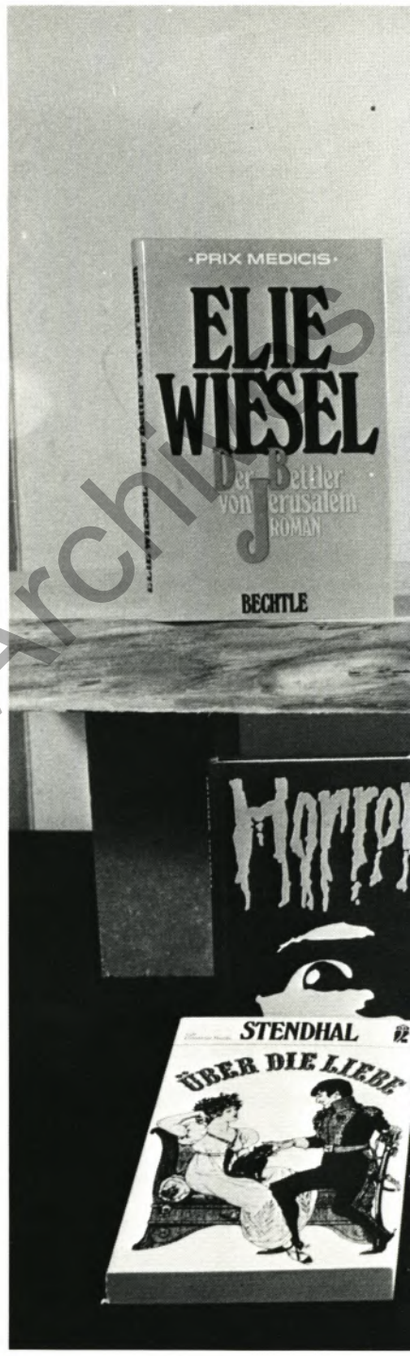
In der Anordnung über die individuelle Förderung der beruflichen Ausbildung wird bestimmt, unter welchen Voraussetzungen Berufsausbildungsbeihilfe für eine betriebliche oder überbetriebliche Ausbildung sowie für die Teilnahme an berufsvorbereitenden Maßnahmen gewährt wird. Die Gewährung der Beihilfe hängt hauptsächlich von dem Einkommen der Eltern und des Auszubildenden selbst ab. Allen für eine betriebliche Ausbildung Geeigneten, deren Unterhalt nicht bereits durch Leistungen der Betriebe und anderer Stellen sowie durch das Einkommen ihrer Eltern sichergestellt ist, sollen ausreichende Mittel für die Ausbildung gewährt werden. Die bisher geltenden Einkommensgrenzen, in denen Beihilfen gegeben werden, sowie die Beihilfen sind zum Teil erhöht worden. Volljährige und Verheiratete Auszubildende erhalten ohne Berücksichtigung des Einkommens der Eltern Beihilfe. Ihre Beihilfe ist außerdem beträchtlich höher als die Beihilfe der ledigen Minderjährigen. Diese Anordnung tritt rückwirkend ab 31. Oktober 1969 in Kraft.

Mit der anderen Anordnung über die institutionelle Förderung der beruflichen Ausbildung in sozialen Berufen übernimmt die Bundesanstalt für Arbeit für eine begrenzte Zeit die Förderung in Berufsbereichen, die demnächst vom Bund gefördert werden sollen. Soweit die Ausbildung in sozialen Berufen auf Berufsfachschulen und Fachschulen stattfindet, wird sie der Bund nach dem Ausbildungsförderungsgesetz vom 19. September 1969 teils ab 1. Juli 1970 und teils zu einem späteren noch nicht festgesetzten Zeitpunkt fördern. Die Förderung der Ausbildung in sozialen Berufen auf höheren Fachschulen durch den Bund ist ab 1. Oktober 1971 geplant. Wegen der Schwierigkeiten in der Nachwuchsgewinnung der sozialen Berufe besteht ein besonderes arbeitsmarktpolitisches Interesse an der Förderung. Rückwirkend ab 1. Juli 1969 wird deshalb die Bundesanstalt für Arbeit die Ausbildung in den sozialen Berufen fördern, bis die Förderung des Bundes einsetzt. Über die in den beiden Anordnungen geregelte Förderung erteilen die Arbeitsämter genaue Auskunft.

Mieten: Der Zentralverband der deutschen Haus- und Grundeigentümer hat auf seiner Jahrestagung in Augsburg höhere Wohnungsmieten angekündigt. Der Verbandsvorsitzende und ehemalige Bundesminister für Wohnungsbau, Viktor Emanuel Preusker, schrieb es der fehlenden Stabilitätspolitik Bonns zu, daß in nächster Zeit die Mieten für Neubauten, Sozialbauten und hypothekenbelastete Altbauten wegen gestiegener Kosten vermutlich um weitere 10 bis 15 Prozent steigen müßten. Preusker sprach sich außerdem für die Abschaffung der Sozialwohnungen aus, die es allenfalls nur für dauernd Geschädigte, etwa Querschnittsgelähmte, geben sollte. Andere Mieter, die auf Sozialwohnungen Anspruch hätten, sollten künftig über Wohngeldbeihilfen unterstützt werden. Nur so könne erreicht werden, daß Mieter, die wegen ihrer Einkommen kein Anrecht mehr auf eine Sozialwohnung hätten, die Lust an der billigen Wohnung verlören.

thyssenkrupp Corporate Archives

LEKTÜRE



Jüdisches Epos
Elie Wiesel: Der Bettler von Jerusalem, Roman. 208 S., 22,80 DM, Bechtle-Verlag, München.
Der neue, mit dem „Prix Medicis" ausgezeichnete Roman des Franzosen Elie Wiesel spielt zur Zeit des Sechs-Tage-Krieges zwischen Israelis und Arabern. Die mythischen Gestalten der früheren Werke „Gezeiten des Schweigens" und „Gesang der Toten" sind in die Jetztzeit geholt und erzählen vom unsagbaren Leid des jüdischen Volkes in Geschichte und Gegenwart. In einer Tagebuchnotiz zu diesem Buch schreibt Wiesel: „Plötzlich glaubte ich sie wiederzuerkennen: Lebende und Tote aus allen Ecken des Exils, befreit aus allen Friedhöfen und aus allen Gedächtnissen". Das Zitat deutet auf die formale Komposition des Romans. Martin Walser hält Elie Wiesels Prosa für „die einzige Literatur, die zählt." Dem ist nichts hinzuzufügen.

W. W. zum Gedenken
Walter Erich Schäfer: Wieland Wagner — Persönlichkeit und Leistung. 308 S., davon 174 teils farbige Abbildungen. Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leins, Tübingen, 75 DM.
W. W., dem Schöpfer des Neubayreuther Stils, hat der Intendant der Württembergischen Staatstheater mit diesem prachtvoll ausgestatteten Band ein Denkmal gesetzt, das Leben und Werk des großen Opernregisseurs in Wort und Bild eindrucksvoll dokumentiert. Wieland Wagner, der 1966 starb, hat in seinen umstrittenen Inszenierungen nicht nur das Werk seines Großvaters Richard Wagner auf dem grünen Hügel vom falschen Pathos und Ausstattungsstaub der Jahrhundertwende entschlackt — er darf auch als einer der bedeutendsten Neuerer des zeitgenössischen Musiktheaters gelten. Seine Inszenierungen von Glucks „Orpheus", Beethovens „Fidelio", Verdis „Othello" und Alban Bergs „Wozzek" — erarbeitet an den großen Opernhäusern der Welt zwischen Wien und New York — beweisen das. Schon der ausgezeichneten Fotos wegen ist das Buch seinen Preis Wert — nicht nur für den erklärten Opernfan.

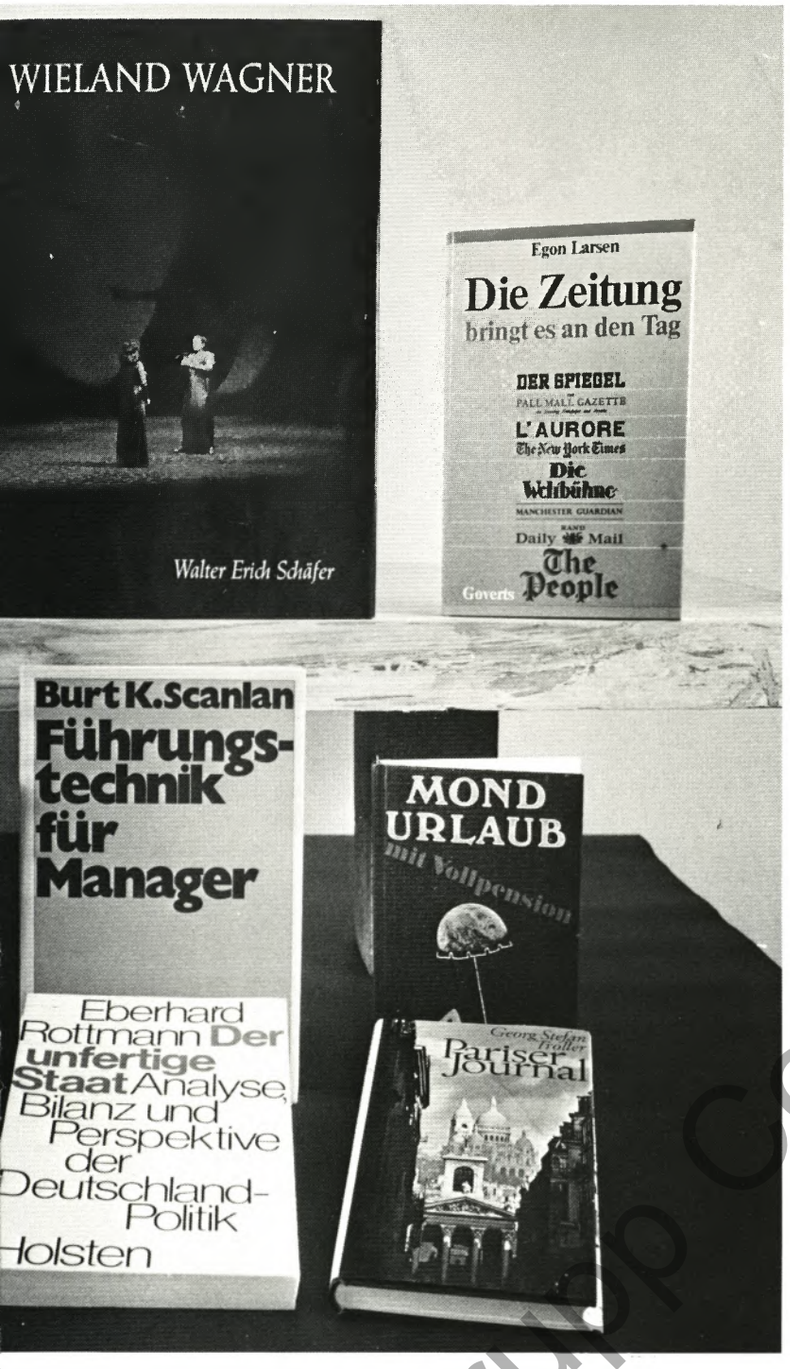
Im Spiegel der Presse
Egon Larsen: Die Zeitung bringt es an den Tag. Henry Goverts Verlag, 302 S., 20 DM.
Die Presse hat sich nicht selten in der Geschichte ihrer abwechslungsreichen Entwicklung vom Spielmannslied zum modernen Boulevardblatt zur „Hure der öffentlichen Meinung" (Karl Kraus) erniedrigt. Aber sie hat auch — und 13 solchen „Fällen" ist dieser Band gewidmet — immer wieder für die Freiheit des Einzelnen und gegen die Anmaßung der Mächtigen plädiert, von ihrem natürlichen Recht auf „Enthüllung" Gebrauch machend. Meist waren solche Enthüllungsaktionen die Tat einzelner mutiger Journalisten. Der 1904 in München geborene Autor, früher Redakteur in Berlin und Prag, seit 1954 Korrespondent in London, also ein Kenner des Metiers, berichtet so spannend wie sachlich fundiert von den großen demokratischen Leistungen der Presse: wie der unbekannte Reporter der Prager „Bohemia", Egon Erwin Kirsch, durch Zufall den Spionage-Ring des Oberst Redl aufdeckte, wie Emile Zola in der Dreyfus-Affäre das Gewissen der Welt aufrüttelte, warum Carl Ossietzky von der „Weltbühne" den Friedensnobelpreis mit dem Tod bezahlen mußte, warum „Spiegel"-Redakteure auf Betreiben von Franz Josef Strauß verhaftet wurden. Dreizehn Porträts — dreizehnmal Journalisten im Dienst des Menschenrechts.

Brevier über die Liebe
Stendhal: Über die Liebe. Ullstein-Taschenbuch, 312 S., 2,80 DM.
Dieses Standardbuch über die Liebe, 1822 erstmals erschienen, gehört zu den Meisterwerken der psychologischen Literatur. Stendhal (Henry Beyle) erweist sich auch hier wie in seinen großen Romanen „Rot und Schwarz" und „Die Kartause von Parma" als einfühlsamer Kenner der menschlichen Seelenanatomie. Sprühender Witz, romanische Klarheit und kritische Distanz zeichnen dieses Brevier aus, das die alte Spruchweisheit im Spiegel objektiver Verhaltensbeobachtung und subjektiver Reflexion bestätigt: Liebe macht blind.

Begrenzter Spielraum
Eberhard Rottmann: Der unfertige Staat. Holsten-Verlag. 220 S., 14 DM.
Nach den Treffen in Erfurt und Kassel kommt dieses Buch gerade rechtzeitig auf den deutschen Büchermarkt. Wie groß ist der Spielraum für eine deutsche Politik heute noch? Ist die Anerkennung der einzige Weg in die politische Zukunft zweier deutscher Staaten? In einer Aufzeichnung von zurückliegenden Ereignissen analysiert der Autor die „deutsche Frage". Eine kritische Studie, die dazu beitragen kann, unser politisches Bewußtsein zu schärfen.

Richtig entscheiden
Burt K. Scanlan: Führungstechnik für Manager. Verlag Moderne Industrie. 182 S., 24,80 DM.
Der einzelne Mitarbeiter ist das wichtigste Kapital jedes Unternehmens. Auf dieser Erkenntnis beruht Scanlans Leitfaden für das Management. Das Leitmotiv dieses Buches: Kennzeichen des erfolgreichen Managers ist die Fähigkeit, Dinge von anderen so erledigen zu lassen, wie er sie selbst erledigen würde. Der Autor, außerordentlicher Professor

tny-Denkmal Corporate Archives





am Management-Institut der Universität von Oklahoma, bietet der mittleren und oberen Führungslinie praxisbezogene Anregungen zur Erfüllung der Führungsaufgaben.

Mondvergnügen
Michael Schiff: Mondurlaub mit Vollpension. Axel Juncker Verlag, 120 S., 7,80 DM.
Darauf haben wir alle lange gewartet, denn Bücher über Raumfahrt und Mondflüge gibt es ja genügend. Hier wird uns der erste Reiseführer für Mondtouristen präsentiert — allerdings wird dabei der Wirklichkeit etwas vorgegriffen. Der Autor schildert, wie die Menschen sich den Mond zur Erde machen werden. Ein faszinierendes Lesevergnügen, das gerade durch jüngste Ereignisse aktualisiert wird.

Spuk und Horror
Horror, klassische und moderne Geschichten aus dem Reich der Dämonen. Wolfgang Krüger-Verlag, 246 S., 10 DM.
Das große Buch der Spukgeschichten, Bechtle-Verlag, 290 S., 16,80 DM. Beide Bände illustriert.
An die verkappten Romantiker in uns apelliert der Horror-Boom auf der Leinwand und im Buchhandel, seit vor einigen Jahren im Hanser-Verlag Bram Stokkers „Dracula", der Ahnherr der schwarzen Literatur, sein blutrünstiges Comeback feierte. Wer glaubte, auf diesem Gebiet alles zu kennen, wird hier eines besseren belehrt. Der Bechtle-Band bietet eine Auswahl schaurig-schöner Spukgeschichten — Motto: Gruseln Sie sich vergnüglich — aus den einzelnen Landstrichen Europas und Amerikas, wobei Volksmund und Sage ebenso Pate standen wie berühmte Dichter: Tschechow, Maupassant, Kipling. Klassische und moderne Gespenstergeschichten ausschließlich von angesehenen Autoren wie Isaac Asimov, dem bekannten Science-fiction-Autor, vereint der Band bei Krüger. Die Geschichten sprechen für sich. Viel Spaß beim Horror-Kitzel auf der Reise ins geheimnisvolle Reich der Hexen, Geister und Dämonen.

Tips für Kenner
Stefan Troller: Pariser Journal. Bertelsmann Sachbuchverlag. 237 S., 14,80 DM.
Kennen Sie Paris? Diese Stadt hat tausend Gesichter und paßt in keines der üblichen Klischees. Der Autor, auch bekannt als Fernsehreporter, lädt uns ein zu einem Spaziergang durch Paris, zeigt uns die Idylle und den Puls dieser Stadt, Dinge, die dem Touristen meist nicht sichtbar werden. Trollers „Pariser Journal" ist ein Taschenfahrplan für alle liebenswerten Stationen von Paris.

Blick in die Seele
A. A. Roback: Weltgeschichte der Psychologie und Psychiatrie. Walter Verlag in der Reihe „Das moderne Sachbuch", 344 S., 15 DM.
Bis in die Antike zu Aristoteles und Hippokrates zurück geht der amerikanische Wissenschaftler A. Roback in seiner Geschichte der Psychologie. Aber der Autor verfolgt nicht nur die einzelnen Entwicklungsstadien dieser Disziplin, er geht auch auf ihre wichtigsten Erkenntnisse und Heilmethoden ein. Zu Recht nimmt dabei die Lehre Sigmund Freuds einen besonderen Raum ein. Der Band ist mehr als ein Sachbuch: er rekapituliert in den oft entbehrungsreichen Biografien einzelner Forscher ein erregendes Kapitel Kulturgeschichte.

Recht für jedermann
Otto Grietschneider/Karl Rüth: Das kleine Rechtslexikon für den Kraftfahrer. Moderne Verlags GmbH München, 264 S., 19,80 DM.
Wer hätte das gedacht — das spröde Paragraphendickicht des Verkehrsrechts ist hier überschaubar in Lexikonform geordnet. Von A (Abblenden) bis Z (Zeugnisverweigerungsrecht) findet der Kraftfahrer blitzschnell an Hand von über 1000 Stichwörtern Antwort auf alle rechtlichen Fragen des Straßenverkehrs. Aus drei Gründen ein unentbehrliches Nachschlagewerk für jedermann: weil es auf den letzten Stand der Rechtsprechung gebracht ist; weil jeder Verkehrsteilnehmer jederzeit mit dem Gesetz in Konflikt geraten kann; weil es übersichtlich, schnell und exakt informiert.



thyssenkrupp Corporate Archives

Schlemmen auf Taille
„Das große Kochbuch unserer Zeit (Henry Goverts Verlag, 34 DM) gehört nicht nur in jeden neu gegründeten Haushalt. Auch die erfahrene Hausfrau kann davon profitieren. Das übersichtlich geordnete Küchenbrevier enthält 1100 Rezepte aus allen Gegenden Deutschlands und dem Ausland für die einfache, die feine und die Diätküche. Dazu Grundinformationen über verschiedene Fleischarten, Messen, Wiegen usw. — Eine Fundgrube für Magen und Gesundheit ist auch Frieda Mauls Rezeptbuch „Schlemmen auf Taille", (Verlag Gräfe und Unzer, 16,80 DM), das praktikabel und wissenschaftlich fundiert zugleich mit genauer Kalorien- und Fettangabe Gaumenfreuden bietet, die man nicht zu bereuen braucht. — Im selben Verlag erschien Ulrich Klevers „Steakbuch" (16,80 DM), das, witzig illustriert und reich bebildert, dabei hilft, Steaks richtig einzukaufen, abwechslungsreich anzurichten und stilvoll zu „zelebrieren". Dieses erste deutsche Steakbuch garantiert sozusagen ein ganz neues Fleischgefühl: höchste Genüsse, die die schlanke Linie nicht belasten. — Für alle, die's eilig haben, für die berufstätige Hausfrau also insbesondere, empfiehlt sich Sybille Schalls Buch der Blitzgerichte „Die praktische Schnellküche". Über 400 kalte und warme Gerichte, attraktiv illustriert, machen den Anforderungen Lukulls und der modernen Ernährungswissenschaft alle Ehre. Diese Blitzreise ins Schlaraffenland ist ebenfalls bei Gräfe und Unzer erschienen, wiederum zum wohlfeilen Preis von 16.80 DM.

Die grüne Hölle
David St. Clair: Amazonas — Strom der grünen Hölle. Schweizer Verlagshaus AG. Zürich, 372 S., 16.80 DM.
Immer wieder hat der Amazonas die Schriftsteller fasziniert, und unzählige Male hat die grüne Hölle in den Tropen Südamerikas den Schauplatz für einen Film hergegeben. Amazonas, der Name bedeutet auch in unserer aufgeklärten Zeit noch Geheimnis und Abenteuer. Der Engländer David St. Clair zerstört den Mythos Amazonas, indem er seine Geschichte erzählt. Und die ist spannender als alle erfundenen Abenteuer. Auf der Basis gründlicher historischer, geographischer und volkskundlicher Studien berichtet er von dem Angriff der kriegerischen Amazonen auf die Männer des Francisco de Orellana und von der Brutalität der portugiesischen Konquistadoren. Die blutigen Eroberungskämpfe im Goldland Eldorado sind ebenso aufgezeichnet wie die nicht minder grausamen Befreiungskriege des 19. Jahrhunderts. Im Schicksal einzelner Glücksritter spiegelt sich der verhängnisvolle Geldrausch der Kautschukzapfer. Information und Abenteuer sind in diesem Buch virtuos ineinander verwoben.

Billiger bauen
Franz Goossens: Wie baue und finanziere ich mein Haus? Moderne Verlags GmbH., 222 S., 19,80 DM.
Bauen ist nicht immer reines Vergnügen. Im Gegenteil, es kann sogar recht teuer werden, wenn nicht richtig kalkuliert wird. Aber mancher Bauherr könnte vor unliebsamen Überraschungen bewahrt werden, wenn er sich vorher besser über die vielen Etappen beim Bauen und Finanzieren eines Hauses informiert hätte. Was ist zum Beispiel beim Grundstückskauf, bei der Bauvorlage und beim Leistungsverzeichnis zu beachten? Auf alle diese und andere wichtige Fragen gibt das Buch eine erschöpfende Auskunft. Und, was noch wichtiger ist: Es zeigt nicht nur den richtigen, sondern den billigsten Weg zum Eigenheim. Daher ist es als Ratgeber jedem Baulustigen zu empfehlen.



In einem Griff
Hoefer-Schade: Kleines Wirtschaftslexikon. Verlag Dr. Max Gehlen. 155 S., 4,80 DM.
Was ist eine Dokumententratte? Was verstehen wir unter Infrastruktur? Wann spricht man von Inflation? Diese und viele andere Fragen beantwortet in kurzer sachlicher Prägnanz das „Kleine Wirtschaftslexikon". Nahezu 1500 Stichwörter aus dem Bereich der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre, aus Handels-, Arbeits- und Steuerrecht und verschiedenen einschlägigen Randgebieten geben Auskunft über alle wichtigen Fragen aus dem Bereich der Wirtschaft.

Informationen von A-Z
Bertelsmann Reiseführer. Kartographisches Institut Bertelsmann. 127 S., 3,80 DM.
Bertelsmann Reiseführer, auf das jeweilige Land oder auf Städte abgestimmt, sind nicht nur preiswert und handlich, sondern in erster Linie informativ und aufklärend. Das Küstengebiet der Adria oder der Bereich der dänischen Inseln wird hier genauso exakt beschrieben wie etwa der Dogenpalast in Venedig. Für jeden ist etwas dabei: Für Fotofreunde, für volkskundlich Interessierte, für Sportfreunde und sogar für Nachtschwärmer. Ein buntes Kaleidoskop der Wünsche, das dem Urlauber wertvolle Hinweise geben kann. Für den Reisenden ein unentbehrlicher Führer, wenn er noch individuell reisen will.

thyssenkrupp Corporate Archives

Die Stempeluhr ist bald passé

Schrittweiser Abbau der Stempelpflicht vorgesehen

Stempeluhren soll es bei der HOAG künftig nicht mehr geben. Diesen Beschluß faßte der Vorstand nach eingehender Beratung mit dem Betriebsrat. Zunächst werden davon die Sozialbetriebe, die Auszubildenden sowie der Werkschutz erfaßt. Die Arbeiter dieser Bereiche können ab 1. Juli ohne ihre Kontrollkarte zu stempeln die Pförtnerhäuser passieren. Die Verwaltung wird zusammen mit der Personalkommission des Betriebsrates den Stufenplan für die übrigen Bereiche festlegen.

Zur Durchführung der geplanten Maßnahmen ist es jedoch wichtig, daß jedes Belegschaftsmitglied einen Lichtbildausweis erhält, der es beim Pförtner als Mitglied unseres Unternehmens ausweist.

Mit dem stufenweisen Abbau der Stempelpflicht bei der HOAG zeigt unser Unternehmen das Bestreben, das bisher noch nicht voll gelöste Problem in der Personalpolitik zu bereinigen. Die Abschaffung der Stempelkarte ist zugleich ein weiterer Schritt in der Gleichstellung mit dem Angestellten, die mit der Rentenreform 1957 und mit dem Lohnfortzahlungsgesetz im Krankheitsfall 1970 bereits eingeleitet wurde.

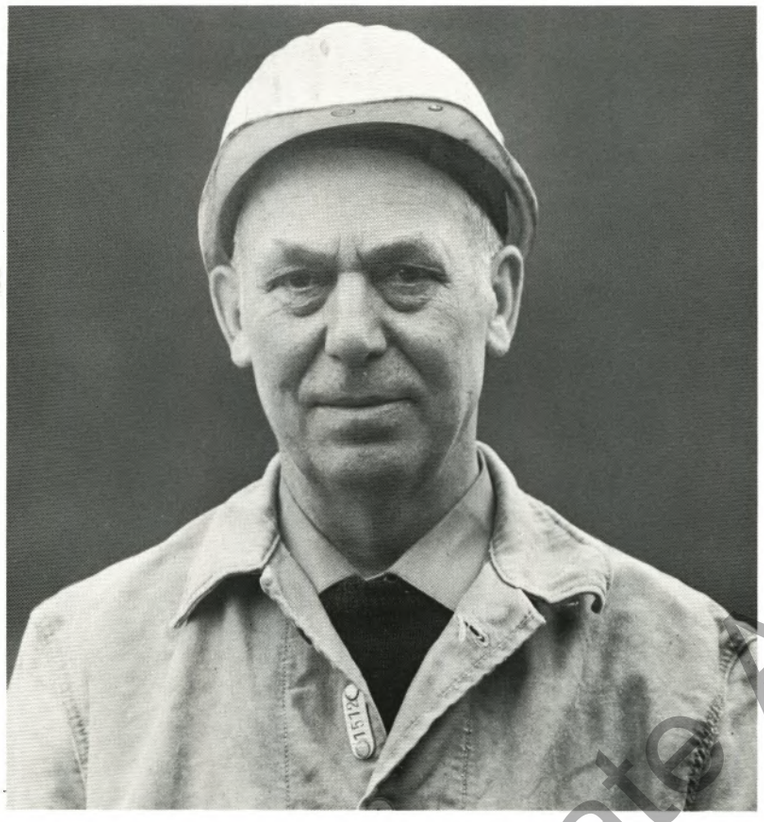
Die Stempeluhr war seit Generationen ein symbolhaftes Zeichen für die Orientierung des Standorts zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Mit Beginn der industriellen Revolution Mitte des vorigen Jahrhunderts entstand ein neuer Typ des Arbeiters: Die fortschreitende Industrialisierung schaffte ein Heer von Industriearbeitern, deren einzige „soziale Sicherheit" in ihrer Arbeitskraft bestand. Mit Hilfe von Kontrollapparaten, die Vorläufer unserer heutigen Stechuhr, sollte die Arbeitszeit einer kaum noch zu überschauenden Anzahl von Arbeitnehmern erfaßt werden.

Heute ist die gesellschaftspolitische Entwicklung unserer Zeit soweit gediehen, daß eine einseitige Differenzierung in der Belegschaft durch Arbeitszeitkontrollen nicht mehr einzusehen ist. Der Arbeiter hat bewiesen, daß er längst zu einem mündigen Mitarbeiter geworden ist, der auch gewohnt ist, Entscheidungen selbständig und verantwortungsbewußt zu treffen.



ThyssenKrupp Corporate Archives

Der Vorschlag von Johann Holtkamp, Gruppenführer im Maschinenbetrieb der Hochöfen, beweist, daß auch einfache Vorschläge hoch prämiiert werden können. In den Bereichen der Hochöfen I und II befinden sich drei Toilettenanlagen, die jeweils mit einer Reihenspülung ausgerüstet waren. Diese Anlagen sind mit einem Wassersammelbehälter ausgerüstet, der sich in kurzen Zeitabständen für den Spülvorgang der angeschlossenen Toiletten entleert. Da die Spülung unabhängig davon erfolgte, ob die Toiletten benutzt wurden oder nicht, war der Wasserverbrauch entsprechend hoch. Um den Wasserverbrauch herabzusetzen, schlug Holtkamp vor, die Reihenspülanlagen durch allgemein übliche Druckspülvorrichtungen zu ersetzen. Nach dem Umbau der Anlagen ist der Wasserverbrauch um die Hälfte zurückgegangen. Aufgrund der erheblichen Kosteneinsparung wurde Holtkamps Vorschlag mit 1 140 DM prämiiert.



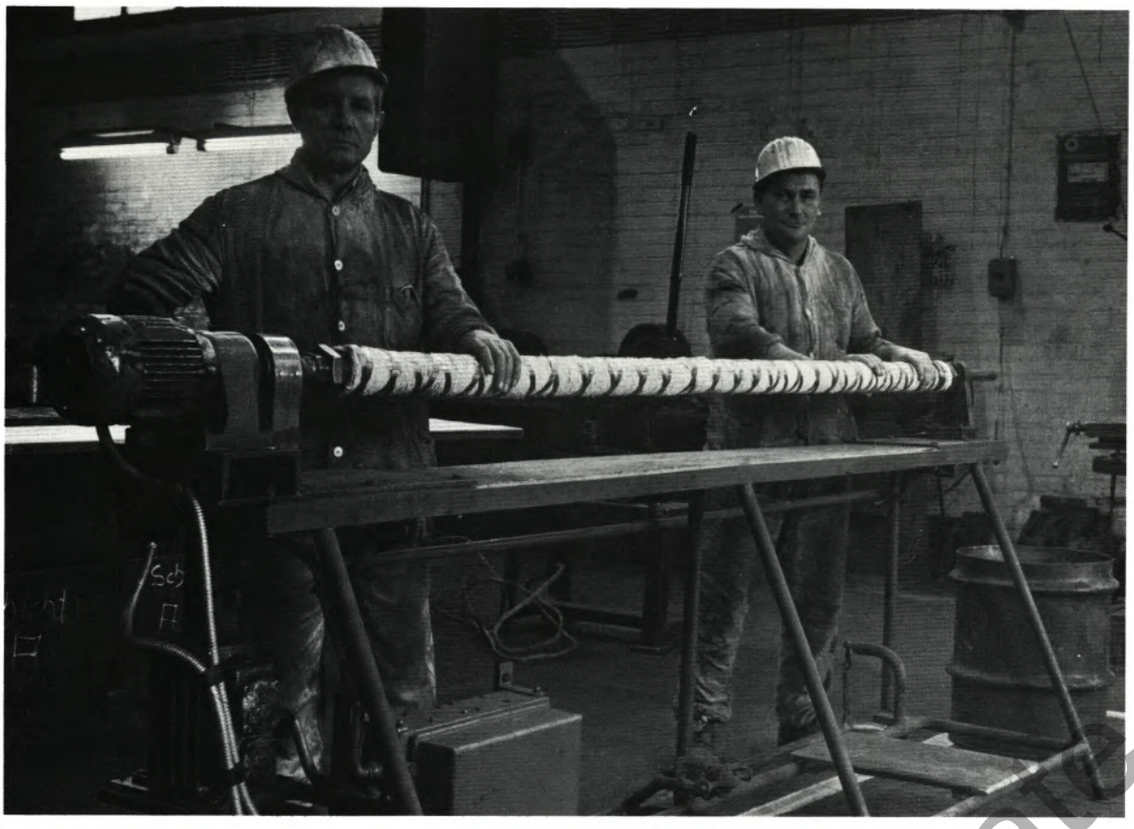
Vier „ganz dicke Fische" konnte der Bewertungsausschuß des Vorschlagwesens bei der HOAG prämiieren. Insgesamt wurde diesmal ein Betrag von 11 790 DM vergeben — eine Summe, die sicher wieder ein erhöhter Anreiz für die Belegschaft sein wird, Verbesserungsvorschläge einzureichen.

NACHGEDACHT –



1 600 DM Prämie brachte ein gemeinsam entwickelter Verbesserungsvorschlag den beiden im Maschinenbetrieb des Siemens-Martin-Werks beschäftigten Schlossern Manfred Kunkel und Heinrich Mann. Kunkel und Mann schlugen vor, für das Ausbrechen der Pfannensteine der Gießpfannen im Siemens-Martin-Werk ein Ausbruchgerät einzusetzen. Mit diesem Gerät wurden vor Jahren die Konverter im Stahlwerk ausgebrochen. Bisher waren Pfannenmaurer damit beschäftigt, vor jeder Neuzustellung der Gießpfannen im Siemens-Martin-Werk IIa und b das Verschleißfutter auszubrechen. Dazu mußten die Arbeiter in die pfannen im Siemens-Martin-Steine mit Preßlufthämmern von Hand lösen. Diese Arbeit war zeitraubend und zugleich gefährlich, da die Maurer von herabfallenden Steinen verletzt werden konnten. Das Ausbruchgerät verringert die Ausbruchzeit und beseitigt die Unfallgefahr. Bei dem neuen Verfahren wird die Gießpfanne auf die Seite gelegt und das selbstfahrende Ausbruchgerät löst mit seinem etwa vier Meter langen Preßluftmeißel in kürzester Zeit die gesamte Pfannenausmauerung.

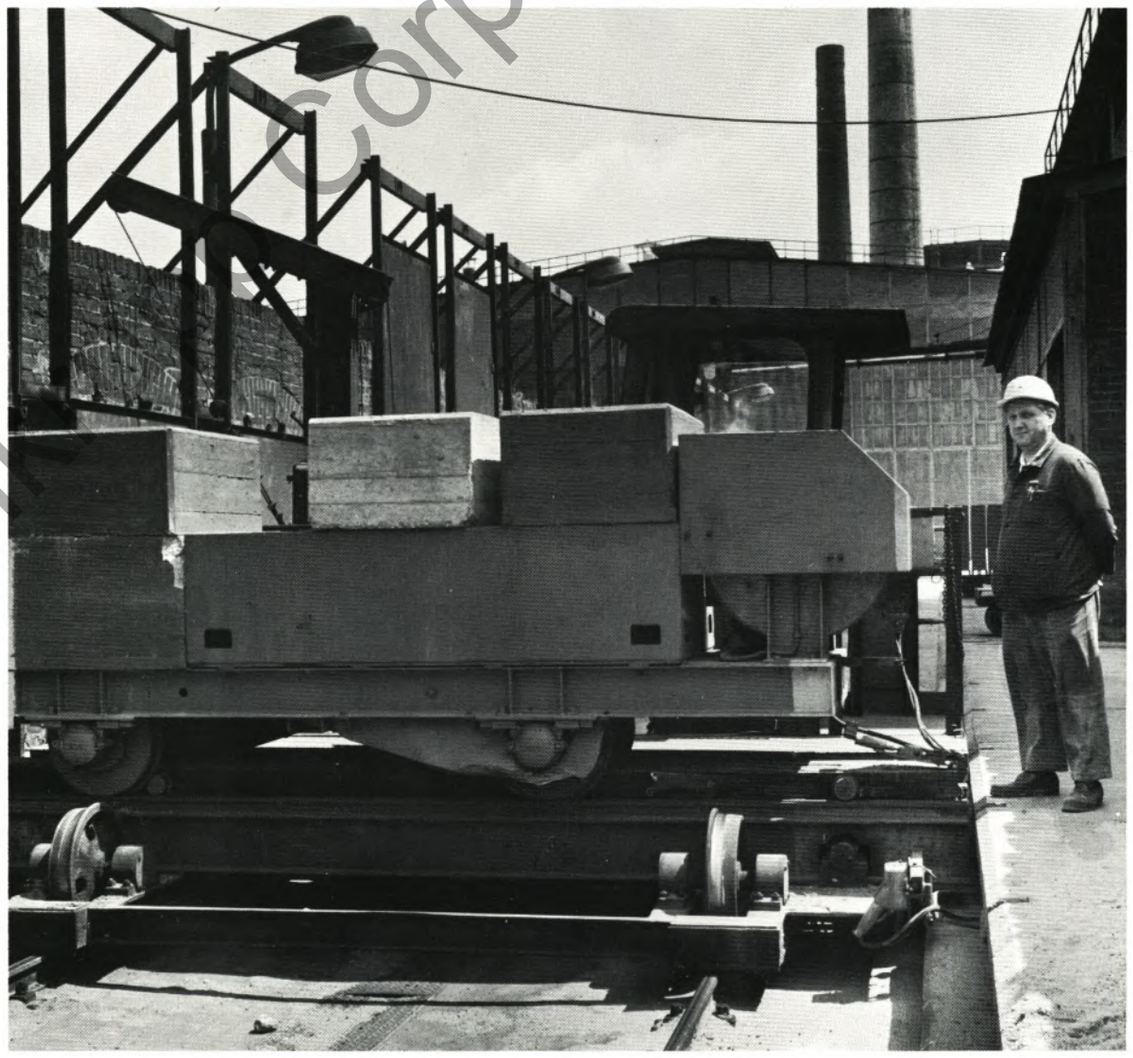
thyssenkrupp Corporate Archives



Der gemeinsam entwickelte Vorschlag von Herbert Stange und Heinrich Schmidt, beide Schlosser im Maschinenbetrieb der Stahl- und Walzwerke, wurde mit einer Prämie von insgesamt 3 650 DM belohnt. Mit Hilfe einer von Stange und Schmidt konstruierten Schlauchumwickelmaschine können jetzt 2,5 Meter lange Schläuche für die Kühlwasserversorgung der Ofentüren im Siemens-Martin-Werk IIb bewickelt werden. Um die Schläuche gegen die Ofenhitze zu schützen, werden sie mit Asbestschnur und Stahlband umwickelt. Mit dieser Arbeit waren bislang täglich zwei Schlosser beschäftigt. Jetzt wird hier nur noch ein Schlosser benötigt, der für die Bedienung der Maschine erforderlich ist. Wie sich herausgestellt hat, konnten die Fertigungskosten pro Schlauch wesentlich gesenkt werden. Außerdem wird durch den Einsatz der Wickelvorrichtung die Arbeitszeit pro Schlauch um 30 Minuten verkürzt.

BESSER GEMACHT!

Friedrich Zippel, Maschinenmeister in der Steinfabrik des Zementwerks, erhielt für seinen Verbesserungsvorschlag eine Prämie von 5 400 DM. Zippel schlug vor, in der Steinhärteanlage der Steinfabrik einen elektrisch angetriebenen Schubwagen einzusetzen, der die mit Steinen beladenen Transportwagen aus den Härtekammern herausschieben sollte. Die Steinhärteanlage besteht aus 42 einzelnen Kammern, in die jeweils 22 steinbeladene Transportwagen abgestellt werden. Nach einem Härteprozeß von etwa zwölf Stunden mußten zwei Arbeiter je Schicht die steinbeladenen Wagen aus der Kammer herausziehen. Diese Arbeit war beschwerlich und ungesund, da in den Kammern hohe Temperaturen herrschen. Zippels Vorschlag, die Transportwagen mit dem elektrisch angetriebenen Schubwagen aus den Härtekammern zu drücken, ermöglichte es, die in diesem Betriebsbereich beschäftigten Kräfte einzusparen. Die aus der Steinverladung abgezogenen Arbeiter wurden an anderer Stelle des Zementwerks eingesetzt, so daß dadurch Fehlbestände in der Belegschaft des Zementwerks ausgeglichen werden konnten.



ThyssenKrupp Corporate Archives



Bei Kassenwechsel zahlt die erste Krankenkasse

Eine Versicherte, die während eines Krankenversicherungsverhältnisses mit Krankengeldanspruch erkrankt, aber erst arbeitsunfähig wird, nachdem sie ohne Anspruch auf Krankengeld bei einer anderen Krankenkasse weiterversichert ist, kann Kranken- oder Hausgeld von der ersten Krankenkasse fordern. Diese Entscheidung traf der 3. Senat des Bundessozialgerichts. Damit gewann eine Hausgehilfin, die bis zum 31. Oktober 1964 bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Köln pflichtversichert und seit dem 1. November 1964 freiwilliges Mitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse Kleve war, letztinstanzlich einen Sozialrechtsstreit gegen die AOK Köln um die Gewährung von Krankengeld. Der 3. Senat entschied, die Klägerin habe Ansprüche auf Barleistungen aus dem alten Versicherungsverhältnis, weil der Versicherungsfall während eines Barleistungen einschließenden Versicherungsverhältnisses eingetreten sei.

Nach Paragraph 212 der Reichsversicherungsordnung (RVO) hat zwar die neue Kasse für die Leistungen auch aus Versicherungsfällen einzutreten, die sich noch während der Mitgliedschaft bei der alten Kasse ereignet haben. Diese Regelung ist nach diesem Urteil jedoch im Zusammenhang mit Paragraph 206 der RVO zu sehen, nach dem ein Versicherter Ansprüche auf Leistungen gegen die neue Kasse von Beginn seiner Mitgliedschaft an hat, allerdings nur auf die in der Satzung vorgesehenen Leistungen. Bei der Klägerin konnten nach Ansicht des Gerichts aus der neuen Mitgliedschaft jedoch keine Ansprüche auf Barleistungen entstehen, weil diese satzungsgemäß ausgeschlossen waren. Daher mußte die erste Krankenkasse eintreten, weil sie aus dem alten Versicherungsverhältnis zur Leistung verpflichtet war. (Aktz: 3 Rk 36/69)

Waisenrente nur bei Berufsausbildung

Waisenrente wird höchstens bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres für ein unverheiratetes Kind gewährt, das sich in Schul- oder echter Berufsausbildung befindet. Eine Berufsausbildung — so entschied jetzt letztinstanzlich der 12. Senat des Bundessozialgerichts — liegt nicht vor, wenn sich eine Ausbildung im Rahmen einer Berufstätigkeit vollzieht, die den vollen Unterhalt der Waise sichert.

Kläger war ein 1943 geborener Mann, der bis zum März 1966 ein Technikum in Isny (Allgäu) besucht hatte, um sich als Ingenieur ausbilden zu lassen. Für diesen Zeitabschnitt erhielt er Waisenrente. Sein Antrag auf Weitergewährung der Waisenrente wurde vom Rentenversicherungsträger abgelehnt, weil er sich nicht für die anschließende Zeit in Ausbildung befunden habe, sondern in mehreren Betrieben als Montagehelfer und als Aushilfe gegen reguläre Entlohnung zwischen 500 und 760 Mark monatlich beschäftigt gewesen sei. (Aktz: 12 RJ 328/69)

Freie Wahl der Ausbildungstätte vorrangig vor Führungszeugnis

Das Bundesverwaltungsgericht hat es in einem Urteil als unzulässig bezeichnet, durch Versagen eines polizeilichen Führungszeugnisses „die freie Wahl der Ausbildungsstätte einzuschränken". In dem Musterstreit spielte die bestehende Regelung eine Rolle, daß mehrere deutsche Universitäten zur Aufnahme des Studiums auch die Vorlage eines polizeilichen Führungszeugnisses verlangen. Die im vorliegenden Fall zuständige nordrhein-westfälische Polizeibehörde lehnte die Ausstellung mit der Begründung ab, der Antragsteller sei durch ein noch nicht rechtskräftiges Urteil einer Jugendkammer zu einer Jugendstrafe verurteilt worden. Nach den geltenden Bestimmungen enthalte das Führungszeugnis zwar keine Angaben über schwebende Verfahren, es dürfe aber versagt werden, wenn der Antragsteller in einem schwebenden Verfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens verurteilt werden könne. Die Erteilung des Führungszeugnisses an den Kläger könne, so meinte die Behörde, zur Folge haben, daß die Universität annehme, der ausstellenden Behörde sei von einem schwebenden Verfahren gegen den Kläger nichts bekannt gewesen.

Der Antragsteller, der inzwischen sein Studium an einer ohne Führungszeugnis zulassenden Universität aufgenommen hat und im Strafverfahren mittlerweile rechtskräftig freigesprochen worden ist, hatte mit seiner Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht vollen Erfolg. Das höchstrichterliche Urteil stellt fest, daß die den Kläger abweisenden Behörden-Verfügungen „rechtswidrig" gewesen sind. In der ausführlichen Urteilsbegründung des Bundesverwaltungsgerichts heißt es unter anderem, die Versagung eines Führungszeugnisses wegen eines schwebenden Verfahrens verstoße jedenfalls dann gegen Bundesrecht, wenn das Zeugnis beantragt werden soll, weil nach den Bestimmungen der Ausbildungsstätte, die der Antragsteller zur Vorbereitung auf einen Beruf besuchen wolle, bei der Anmeldung ein polizeiliches Führungszeugnis vorzulegen sei. Dabei wird auf das Grundrecht der freien Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte verwiesen. (Aktz: E C 13.69)

thyssenkrupp Corporate Archives

und rechtsprechung

Ruhegeldempfänger darf keine Konkurrenz machen

Es sei mit Treu und Glauben nicht vereinbar, den Arbeitgeber auf Ruhegeld in Anspruch zu nehmen und ihm gleichzeitig durch eine hauptberufliche Erwerbstätigkeit Schaden zuzufügen. Diese Ansicht vertrat der 3. Senat des Bundesarbeitsgerichts in einer Entscheidung über den Prozeß eines Arbeitnehmers gegen einen Münchner Verlag. Das gelte nicht nur, wenn in der Ruhegeldzusage eine sogenannte Treuepflichtklausel enthalten sei, sondern auch dann, wenn eine solche Klausel fehle. Der Senat betonte, ein Ruhegeldanspruch könne nicht dadurch beeinflußt oder beeinträchtigt werden, daß bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses eine Abfindung gezahlt worden sei. Trotz dieser Grundsätze wies der Senat die Revision des Münchner Verlages gegen ein Urteil des Landesarbeitsgerichts Bayern als unbegründet zurück, weil der klageführende Arbeitnehmer, der das Ruhegeld begehrte, nach seiner Ansicht eine treuewidrige Konkurrenztätigkeit nicht ausgeübt hat.

Der 1909 geborene Kläger arbeitete vom 1. Dezember 1948 bis 30. September 1966 in dem beklagten Verlag als stellvertretender Vertriebsleiter für ein Monatsgehalt von 4 000 Mark. Das Arbeitsverhältnis wurde aus betrieblichen Gründen aufgelöst. In einem Kündigungsschutzprozeß verpflichtete sich der Verlag, dem Ausgeschiedenen eine Abfindung von 48 000 Mark zu zahlen. Aufgrund eines Ruhegeldversprechens forderte der Kläger vom Verlag vom 1. Oktober 1966 an eine monatliche Rente von 750 Mark. Der Arbeitgeber verweigerte die Zahlung, weil der Arbeitnehmer inzwischen 6 Wochen bei einem Konkurrenzverlag tätig geworden war. Das Arbeitsgericht München wies die Klage auf Ruhegeldzahlung ab. Dagegen verurteilte das bayerische Landesarbeitsgericht den Verlag zur Zahlung des Ruhegeldes, aber mit der Maßgabe, daß das gesamte Einkommen des Klägers aus einem eventuellen Arbeitsverhältnis oder einem Gewerbebetrieb sowie aus Renten das beim beklagten Verlag bezogene Gehalt nicht überschreiten dürfe.

Der Senat begründete die Zurückweisung des Revisionsbegehrens des Verlages damit, daß der Kläger auf eine weitere Erwerbstätigkeit angewiesen war, da er bei seinem Ausscheiden aus dem Verlag weder die Altersgrenze erreicht hatte noch erwerbsunfähig war. Wenn er unter diesen Umständen vorübergehend in einem Konkurrenzunternehmen tätig gewesen sei, lasse sich daraus nicht der Vorwurf ableiten, daß er treuewidrig gehandelt habe. Der beklagte Verlag habe auch nicht geltend gemacht, daß ihm durch die Tätigkeit des ehemaligen Arbeitnehmers ein Schaden entstanden sei.
(Aktz: 3 AZR 53/69)

Beitragsentrichtung

Ersatzkrankenkasse, Arbeitgeber und Arbeitnehmer können nach einem Urteil des 3. Senats des Bundessozialgerichts vereinbaren, daß sowohl der Arbeitgeber- als auch der Arbeitnehmeranteil zur Krankenversicherung vom Arbeitgeber unmittelbar an die Ersatzkasse abgeführt wird. Der Senat wies letztinstanzlich die Klage von Rechtsanwälten aus dem Raum Hildesheim gegen die Barmer Ersatzkasse (BEK) wegen Heranziehung zur Zahlung einer Nachforderung ab.

In diesem Falle war umstritten, ob die Kläger infolge jahrelang vorgenommener Beitragsabführung im sogenannten Firmenlistenverfahren selbst Schuldner der gesamten Sozialversicherungsbeiträge für ihre Angestellten geworden sind und sie daher von der Ersatzkasse für eine Nachforderung in Anspruch genommen werden können. Die Kläger meinten, daß sie, ohne selbst verpflichtet zu sein, nur für ihre Angestellten hätten leisten wollen. Das Bundessozialgericht stellte fest, daß der erst im Widerspruchsverfahren geäußerte Wille der Kläger ihre Verpflichtung zur Beitragsentrichtung nicht rückwirkend beseitigen kann.
(Aktz: 3 Rk 48/66)

Krankengeld auch bei Auslandsaufenthalt

Der Anspruch eines Krankenversicherten auf Krankengeld während eines Auslandsaufenthaltes ist gesetzlich nicht ausgeschlossen. Das entschied der 5. Senat des Bundessozialgerichts letztinstanzlich in einem Prozeß, den ein Versicherter gegen die Bundesknappschaft um die Gewährung von Krankengeld für die Zeit eines Auslandsaufenthaltes führte. Das Gericht urteilte, daß dem Versicherten, der bei einem Aufenthalt während seines Tarifurlaubs in Polen arbeitsunfähig erkrankt war, für diese Zeit der Arbeitsunfähigkeit das Krankengeld zustehe.

Von einem polnischen Arzt war dem Versicherten am 12. August 1963 wegen Krankheit eine Arbeitsunfähigkeit für 12 Tage bescheinigt worden. Nach Rückkehr in das Bundesgebiet besuchte er seinen Knappschaftsbezirksarzt, der Arbeitsunfähigkeit bis zum 29. September 1963 bescheinigte. Außerdem meldete er seine Arbeitsunfähigkeit der Zechenverwaltung. Die Bundesknappschaft gewährte Krankengeld vom 29. August 1963 an, lehnte es aber ab, Krankengeld für die Zeit seines Aufenthaltes in Polen zu zahlen. Sie vertrat die Ansicht, der Schutz der gesetzlichen Krankenversicherung beschränke sich nach dem Territorialitätsprinzip grundsätzlich auf das Bundesgebiet.

Die Klage des Versicherten gegen die Nichtgewährung des Krankengeldes für die Zeit des Polen-Aufenthaltes hatte bereits vor dem Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen Erfolg. Die dagegen gerichtete Revision der Bundesknappschaft vor dem Bundessozialgericht wurde abgewiesen. Das Revisionsgericht vertrat die Rechtsauffassung, daß der Anspruch auf Krankengeld während eines Auslandsaufenthaltes gesetzlich nicht ausgeschlossen ist. Der Leistungsgewährung stehe auch nicht entgegen, daß der Kläger die Arbeitsunfähigkeit nicht der Knappschaft, sondern der Zechenverwaltung mitgeteilt hat. Nach der Krankenordnung und der Verwaltungspraxis der Ruhrknappschaft kann die Krankmeldung auch an die Zeche gerichtet werden. (Aktz: 5 Rkn 47/67)

thyssenkrupp Corporate Archives

Staubpegel ist erheblich gesunken

Bessere Luft im Revier

Der Himmel über Oberhausen weckt zwar keine „strahlendblauen Hoffnungen", aber die Luft ist im Gegensatz zu früheren Jahren bemerkenswert reiner geworden. Das geht aus einem Bericht der Energiewirtschaft und Wärmetechnik hervor, in dem zusammenfassend der Verlauf der Staubimmission (Staubniederschlag am Erdboden) von 1956 bis 1969 aufgezeigt wird. Dieser Untersuchung zufolge, die erstmalig zusammenhängend Ergebnisse der Luftreinhaltungsmaßnahmen in einem Zeitraum von 13 Jahren berücksichtigt, ist der Staubpegel im Werksbereich Oberhausen ganz erheblich gesunken. Gehen wir davon aus, daß der Staubgrundpegel im Jahre 1956 einem Wert von hundert Prozent entsprach, so beträgt er heute nur noch zehn Prozent.

Das Problem der Luftverunreinigung, einst zur politischen Forderung erhoben, ist mit diesem erfreulichen Ergebnis sicher noch nicht endgültig gelöst. Es zeigt aber deutlich, wie wirksam die Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft im Bereich der HOAG waren.

Wie kam es zu dieser Entwicklung, die sich schrittweise über Jahre vollzog? Mit entscheidend war dabei die Entstaubung des Hüttenkraftwerks an der Essener Straße. Durch den Einbau von Elektrofilter-Entstaubungsanlagen, die an den 115 Meter hohen Kamin angeschlossen wurden, konnten wesentliche Erfolge in der Luftreinhaltung erzielt werden.



thyssenkrupp Corporate Archives

Diese Maßnahmen, die hohe Investitionen erforderten, trugen wesentlich dazu bei, den Staubpegel im Hüttenwerksgelände und in der Umgebung des Werks zu senken.

Der hohe Kamin hat seit seiner Fertigstellung im Oktober 1967 aber nicht nur zur Verringerung der Staubbelästigung beigetragen, sondern auch den Niederschlag des Schwefeldioxydgehaltes in der atmosphärischen Luft sehr günstig beeinflußt. Da der Schwefeldioxydgehalt der Luft als ein Gradmesser der Luftverschmutzung gewertet wird, ist diese Feststellung besonders interessant.

Bei der HOAG wird der SO_2-Gehalt der Luft von einer fest eingebauten Meßstation ununterbrochen überwacht. Dabei wurde festgestellt, daß die niedrigsten Schwefeldioxydwerte stets in der wärmeren Jahreszeit auftreten, während die höheren Werte nur in der kalten Jahreszeit unter etwa plus zehn Grad gemessen werden. Die Zunahme des Schwefeldioxydgehalts der Luft muß in diesem Fall höchstwahrscheinlich mit der einsetzenden Heizperiode in Verbindung gebracht werden. Die Messungen ergaben in den Spitzenzeiten sogar das dreifache der Grundimmission.

Der Industriestaub ist zwar in erster Linie für das Entstehen der Dunstglocke — die heute schon viel weniger dicht ist — über dem Ruhrgebiet verantwortlich, doch die Forderung nach Reinhaltung der Luft sollte heute die Verringerung der Gasimmission in den Vordergrund stellen, da diese zu direkten Schäden führen können. Der Anteil unserer Industrie an der Emission gesundheitsschädlicher Gase ist nachweislich wesentlich geringer als der des Kraftfahrzeugverkehrs.

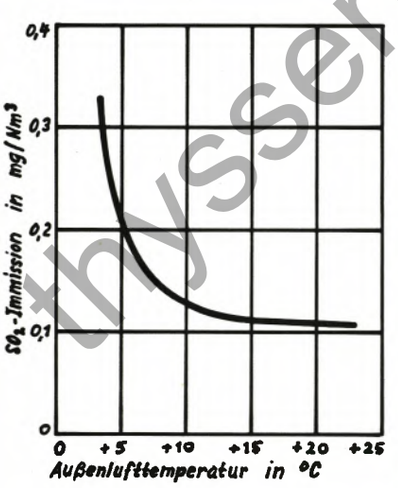
In Großstädten und dichtbesiedelten Gebieten ist der Kraftverkehr heute in erheblichem Maße an der Verunreinigung der Luft beteiligt. Die unerwünschten Substanzen, die von den Verbrennungsmotoren der Kraftfahrzeuge emittiert werden, sind im wesentlichen das Kohlenmonoxyd und unverbrannte oder teilweise verbrannte Kohlenwasserstoffe. Schon vor Jahren wurde deshalb gefordert, entsprechende Maßnahmen für die Abgasentgiftung bei Automobilen zu treffen. Diese Maßnahmen bestehen einmal aus einer besonderen Ausbildung und sorgfältigen Abstimmung des Vergasers und der Zündeinstellung, zum anderen aus der Zufuhr zusätzlicher Luft unmittelbar am Auslaßventil, so daß an dieser Stelle die Oxydation von Kohlenmonoxyd und Kohlenwasserstoffen erfolgt. In den USA wird die Automobilindustrie bereits gesetzlich dazu gezwungen, eine entsprechende Abgasvorrichtung in die Fahrzeuge einzubauen. Es muß sich jedoch erst zeigen, ob die in den USA entwickelten Lösungen auch für Motoren mit kleinem Hubraum anwendbar sind.

Die Stadt Oberhausen ist auf dem Index der staubreichsten Städte in der Bundesrepublik nicht mehr zu finden. Hier haben sich die erheblichen finanziellen Aufwendungen zur Reinhaltung der Luft positiv ausgewirkt.

Die Verbesserung der Luftverhältnisse muß heute jedoch unter einem anderen Gesichtspunkt gesehen werden, als es noch vor über zwei Jahrzehnten der Fall war. Damals, während der wirtschaftlichen Aufbauphase nach dem zweiten Weltkrieg, wurden bei der HOAG sowie im gesamten Eisenhüttenbereich große Anstrengungen gemacht, um die Produktion zu steigern. Damit verbunden waren grundsätzliche Veränderungen in der Metallurgie der Stahlerzeu-

Bild links: Diese Wetterstation, die sich auf dem Dach des Werkstattgebäudes der Energiewirtschaft und Wärmetechnik befindet, besteht aus einem Windmesser, der die Windgeschwindigkeit und Windrichtung mißt sowie einer Thermometerhütte (rechts im Bild) mit Meßgeräten zur Messung der Außentemperatur und der Luftfeuchtigkeit.

Bild rechts: Blick in das für Emissions- und Immissionsmessungen eingerichtete Labor.



Abhängigkeit der Schwefeldioxydimmission von der Außentemperatur



thyssenkrupp Corporate Archives



gung. Nach der Aufbauphase hatte der Grundsatz „produzieren um jeden Preis" jedoch nicht mehr die Berechtigung von einst. „Blauer Himmel über der Ruhr" wurde zu einer nachhaltigen politischen Forderung, die sich bis zum heutigen Tage nicht voll erfüllen ließ. Doch die verschärften Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft führten zwangsläufig zu entscheidenden Konsequenzen für die Industrie.

Auf dem Werksgelände und in der Umgebung der HOAG wurde im Jahre 1956 ein enges Netz von insgesamt 17 Meßstellen eingerichtet, um die Staubniederschläge genauer erfassen zu können. Außerdem sollte dadurch die Möglichkeit geschaffen werden, in den darauffolgenden Jahren die Wirksamkeit der Maßnahmen zur Staubbekämpfung zu überprüfen.

Für diese Messungen wird das Bergerhoffgerät benutzt, das im wesentlichen aus einem 1,5 Liter fassenden Auffanggefäß und einem etwa 1,50 Meter hohen Ständer mit Schutzkorb besteht. Diese Auffanggläser werden monatlich ausgewechselt und der Inhalt im Labor ausgewertet. Die Einzelergebnisse sind abhängig von dem jeweiligen Standort des Meßgerätes im Werk. Dabei zeigt sich, daß bereits auf dem Werksgelände der Staubniederschlag mit zunehmender Entfernung von den Betriebspunkten, an denen am meisten Staub entsteht, erheblich geringer wird. Dabei spielt auch die vorherrschende Windrichtung während eines Meßzeitraumes eine wichtige Rolle. Daneben sind die Meßergebnisse abhängig von der Wetterlage. So wird in regnerischen Jahreszeiten stets ein höherer Staubanteil ermittelt,

Bild oben: Mit dem sogenannten Bergerhoffgerät wird der monatliche Staubniederschlag im Werksbereich der HOAG ermittelt. Dieses Gerät ist eines von 17 Meßgeräten und befindet sich auf dem Dach des Kraftwerks.

Bild rechts: Mit Hilfe dieser Meßapparatur im Staublabor wird der Schwefeldioxydgehalt in der Außenluft kontinuierlich bestimmt.



thyssenkrupp Corporate Archives

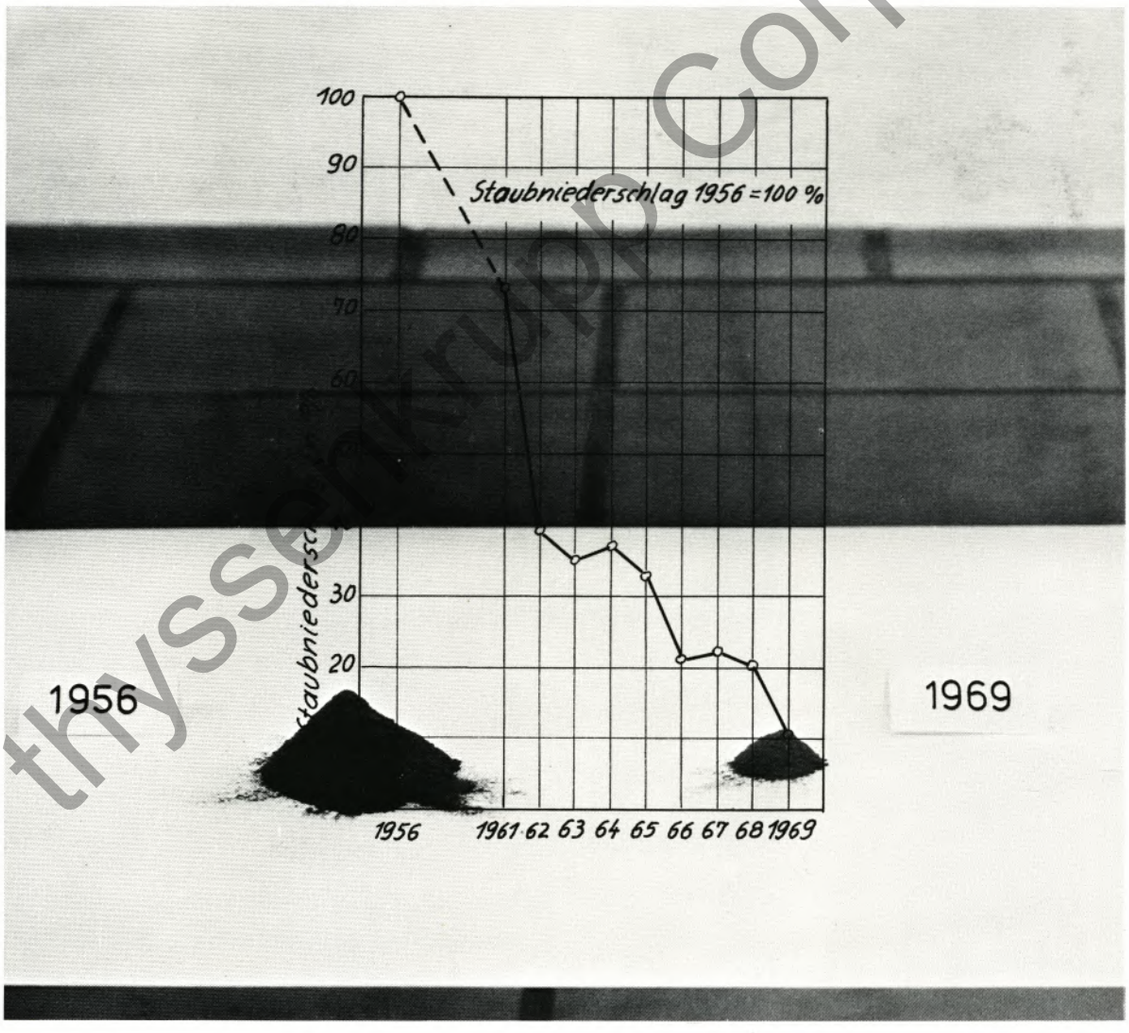
da Regen offensichtlich mehr Schmutz auf die Erde zurückbringt, der sich bei trockenem Wetter über ein größeres Gebiet verteilt hätte. Vergleiche und Prognosen sind daher immer nur aufgrund der Beobachtungen und Messungen eines längeren Zeitraumes möglich.

Der Staubgrundpegel lag 1956 als Mittelwert aller 17 Meßstellen bei 8,91 Gramm pro Quadratmeter und Tag. Setzt man für diesen Wert hundert Prozent, so war fünf Jahre später der mittlere Staubniederschlag im Werksbereich der HOAG bereits bis auf rund 74 Prozent gesunken. Der geringere Staubniederschlag war auf Entstaubungsmaßnahmen an der Vorfrischanlage, im Rotorstahlwerk und Zementwerk sowie auf die Stillegung der Drehofenanlage zurückzuführen.

1962 sank der Staubpegel gleich bis auf 39 Prozent, was auf die neue Elektro-Filter-Raumentstaubung der Pfannensinteranlage zurückzuführen war. In den nächsten zwei Jahren änderte sich der Staubniederschlag nur geringfügig. Erst der weitere Einbau von Elektrofiltern im Kraftwerk konnte die Staubimmission wieder günstig beeinflussen. Das waren echte Entstaubungsmaßnahmen, die den Staubpegel 1968 auf 20 Prozent des Wertes herabsetzten, der noch 1956 gemessen wurde. Der letzte Schritt zur Staubverringerung war die Stillegung mehrerer älterer Betriebsbereiche innerhalb der HOAG, so die Hochofenbetriebe EO I, das Thomas-Werk und vor allem die Pfannensinteranlage. Diese Maßnahmen kamen im vergangenen Jahr voll zur Geltung. Gegenüber 1956, wo der Emissionswert im Bereich der HOAG mit hundert Prozent angegeben wurde, konnte 1969 ein Wert von zehn Prozent erreicht werden. Mit diesem Ergebnis ist der sogenannte Immissionsgrenzwert für nichttoxische Stäube fast erreicht.

Künftig kann also im Werksbereich der HOAG mit einem jährlich ermittelten Staubniederschlag von etwa ein Zehntel der Menge gerechnet werden, die 1956 auf die HOAG und den Raum Oberhausen niederfiel. Es ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß sich der Staubpegel noch wesentlich unter diesen Wert begibt. Weiteren Verbesserungen zur Luftreinhaltung sind auch von der technischen Seite her gewisse Grenzen gesetzt. Andererseits muß dabei berücksichtigt werden, daß auf das Hüttenwerk auch fremder Staub fällt. Das stellt sich jedenfalls immer wieder bei der chemischen Untersuchung der im Hüttenwerk gemessenen Niederschläge heraus, da ja bekannt ist, welche Stoffe aufgrund der eigenen Betriebsanlagen und ihrer Produktion anfallen können.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der Hinweis im Bericht zum Kongreß Reinhaltung der Luft, der im vorigen Jahr in Düsseldorf stattfand. Aus diesem Bericht geht hervor, daß sich in Zukunft das Staubproblem infolge der industriellen Entwicklung bei der Luftverschmutzung aus einer ganz anderen Perspektive als bisher zeigen wird. Man erwartet nicht mehr Belästigungen durch Grobstaub, sondern es geht jetzt um die durch Feinststäube hervorgerufenen Gesundheitsgefahren. Die Folge dieser neuen Erkenntnisse werden nach Auswertung geeigneterer Meßverfahren wahrscheinlich verstärkte Maßnahmen zur Bekämpfung der gesundheitsgefährdenden Feinststäube sein.



Dieses Diagramm veranschaulicht das Ergebnis der Staubniederschlagsmessung seit 1956. Hier ist deutlich erkennbar, wie stark der Staubniederschlag im Laufe der Jahre zurückgegangen ist. Der 1956 ermittelte Wert wurde bei dieser Messung gleich hundert Prozent gesetzt.

thyssenkrupp Corporate Archives

Betriebskrankenkasse sieht Krebstest als Pflichtleistung

Waffen gegen den Krebs: Vorsorgeuntersuchung



Nach diesem Vertrag werden für alle weiblichen Versicherten und die mitversicherten weiblichen Familienangehörigen von Versicherten Krebsvorsorgemaßnahmen durchgeführt. Alle Frauen, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, werden persönlich angeschrieben und auf die Vorsorgeuntersuchung aufmerksam gemacht. Zunächst jedoch werden Frauen im Alter von 30 bis 45 Jahren zu der Vorsorgeuntersuchung geladen. Sie erhalten ein Schreiben mit einem Namensverzeichnis der Ärzte, die diese Untersuchung durchführen und eine Doppelkarte, die an den betreffenden Arzt zu senden ist. Um längere Wartezeiten zu vermeiden, gibt der Arzt den Termin der Untersuchung bekannt. Durch die Vorsorgeuntersuchung geht der Anspruch auf die Krankenscheinprämie von 10 DM nicht verloren. Wie lebenswichtig die Maßnahmen zur Krebsvorsorge sind, soll unser Artikel zu diesem Thema darstellen.

Der Weltgesundheitstag stand in diesem Jahr unter dem Leitwort „Kampf dem Krebs — Früherkennung rettet Leben".

Die Weltgesundheitsorganisation, die Träger dieses Gedenktages ist, erklärte den Krebs zum „Weltgesundheitsproblem Nr. 1". Die Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung hat dem Krebs eine Broschüre gewidmet, in der alles über Vorbeugung und Vorsorgeuntersuchung aufgeführt wird.

Der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation, Dr. M. G. Candau, weist in dieser Broschüre darauf hin, daß in vielen Ländern der Krebs nach den Herz-Kreislauferkrankungen an zweiter Stelle in der Statistik der Todesursachen steht. Viele Menschen versuchten, meint Candau, den Gedanken an Krebs zu verdrängen, wenn sie an unbestimmten

thyssenkrupp Corporate Archives

Mitglieder der Betriebskrankenkasse der HOAG und deren Familienangehörige können jetzt an Untersuchungen zur Krebsvorsorge teilnehmen. Zwischen dem Landesverband der Betriebskrankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein wurde kürzlich ein Rahmenvertrag abgeschlossen, der sich mit der Vorsorgeuntersuchung bei Frauen zur Früherkennung von Brust- und Unterleibskrebs befaßt.

Beschwerden litten. Immer noch werde in weiten Kreisen der Krebs als unheilbar angesehen. Beides sei gleich verkehrt und führe dazu, daß viele Menschen unnötig an Krebs sterben oder litten.

Wie das Problem der rapiden Bevölkerungszunahme so sei auch das Problem der ständig steigenden Krebszunahme auf mehrfache Weise mit den Auswirkungen naturwissenschaftlich-technischer Fortschritte gekoppelt, stellt Prof. Dr. K. H. Bauer vom deutschen Krebsforschungszentrum in Heidelberg in seinem Beitrag zur Broschüre fest. Die lange Lebensdauer der Menschen heute bedeute zwar einen Triumph der modernen Naturwissenschaft und Medizin, spiele aber auch im Krebsgeschehen eine Rolle. Das Altern erzeuge zwar nicht den Krebs, aber mit steigender Lebensdauer ermögliche es ihn in zunehmendem Maße.

Aber auch die Anreicherung unserer natürlichen Umwelt mit krebserzeugenden chemischen Stoffen und physikalischen Strahlungen spielen nach den Beobachtungen der Experten bei der Krebsentstehung eine entscheidende Rolle. Allen Fortschritten der Forschung und Bekämpfung zum Trotz sterben immer mehr Menschen an Krebs. Wenn es auch die Krebstherapie bei allen lokalisierten Krebsformen im Durchschnitt auf 55 Prozent Fünfjahresheilungen bringt, so beträgt die Fünfjahresheilquote aller Formen und aller Stadien zusammengenommen nur 35 Prozent. Überträgt man den heutigen Stand von 20,9 Prozent Krebsanteil an der Gesamtsterblichkeit auf die Zahl der Einwohner der Bundesrepublik, so bedeutet das: Von den 61 Millionen Deutschen werden mindestens 18 Millionen an Krebs erkranken. Davon werden wohl über 6 Millionen geheilt werden, aber wenigstens 12 Millionen dem Krebs erliegen. Die konventionelle Krebsbekämpfung reicht also nicht aus.

Die Krebsverhütung wird als das zentrale Problem künftiger Gesundheitspolitik angesehen. Der Krebs wird immer mehr als großer Warner und Ankläger gegen die fortschreitende Denaturierung vornehmlich der menschlichen Lebenselemente Luft, Wasser und Nahrung gewertet. Prof. Bauer ist der Ansicht, daß eine Antikrebskampagne im großen Umfange Bundeszuständigkeit auf dem Gesundheitssektor und neue, harte Gesetze verlange. Bundesgesundheitsminister Käte Strobel vertritt die Auffassung, daß der Krebs seinen Schrecken verliere, sobald jeder einzelne die Scheu vor einer regelmäßigen Vorsorgeuntersuchung verloren hat; denn Krebs ist grundsätzlich heilbar, Voraussetzung jedoch sei die Frühdiagnose und die konsequente Frühbehandlung. Schon seit mehreren Jahren gibt es für Frauen einen Test, der den Gebärmutterkrebs mit einer Treffsicherheit von über 90 Prozent aufdecken kann.

Der Test ist denkbar einfach: Der Arzt macht einen Zellabstrich von der Gebärmutter und kann aus dem mikroskopischen Aufbau der Zellen erkennen, ob Anzeichen für ein bösartiges Wachstum vorhanden sind oder kein Grund zur Besorgnis besteht. Immerhin rechnen Fachärzte mit 15 Krebsbefunden bei 1000 Abstrichtests. Mit anderen Worten: Unter allen Krebserkrankungen stehen die Geschwülste an erster Stelle. Wird das Anfangsstadium des bösartigen Wachstums übersehen, sind die Folgen für die Patienten meist sehr fatal.

„Trotz des kostspieligen Einsatzes von Operation, Bestrahlung und Nachbehandlung bleibt die Fünf-Jahres-Heilungsquote unter 50 Prozent", schreibt das Fachblatt „Der Facharzt". Mit der Fünf-Jahres-Heilungsquote ist gemeint, daß nur die Hälfte der behandelten Frauen länger als fünf Jahre lebt. Die entstehenden Kosten mögen für die Krankenkassen der Hauptgrund für ihren Entschluß sein, die Kosten für den Krebstest zu übernehmen: Der Preis für die Therapie eines fortgeschrittenen Gebärmutterkarzinoms wird auf durchschnittlich 30 000 DM geschätzt. Die Vorsorgeuntersuchung dagegen belastet die Kassen nur mit je 30 DM.

Erste Erfahrungen mit solchen Massenuntersuchungen, die natürlich auf freiwilliger Basis vorgenommen werden, wurden bereits in Bayern gesammelt. Dort haben sich alle Pflichtversicherungen schon vor etwa einem Jahr bereit erklärt, die Kosten für diese Krebsvorsorge zu übernehmen. Alle Frauen über 35 Jahre haben damit einen Anspruch auf eine gynäkologische Untersuchung im Jahr, wobei sie nicht nur auf Gebärmutterkrebs, sondern auch auf einen Brustkrebs kontrolliert werden. Die ersten Statistiken sind nicht gerade erfreulich:

Einmal bestätigte sich die „Spitzenstellung" des Gebärmutterkrebses unter allen weiblichen Tumorerkrankungen, zum anderen zeigte sich auch, daß nur relativ wenige Frauen ihre Chance nützen.

Noch in diesem Jahr soll in Bayern in punkto Krebsvorsorge die Gleichberechtigung eingeführt werden. Arbeits- und Sozialminister Dr. Fritz Pirkl hat mit den Kassen Verhandlungen aufgenommen, um auch die Untersuchung auf den Krebs der Vorsteherdrüse (Prostata) und des Mastdarms beim Mann als Pflichtleistung der Kassen durchzusetzen. Er folgt damit einer Empfehlung der Bundesärztekammer, die auf dem 72. Deutschen Ärztetag ausgearbeitet wurde.

Der Leiter der urologischen Universitätsklinik in Homberg/Saar, Professor Alken lieferte dazu überzeugendes Zahlenmaterial:

„Erkrankungen der Vorsteherdrüse sind nach Herz-Kreislaufschäden die häufigsten Erkrankungen des älteren Mannes;
jeder fünfte Mann im Alter von 50 bis 70 Jahren muß mit einer Prostata-Vergrößerung rechnen, die medikamentös oder operativ behandelt werden muß;
jeder zehnte Mann zwischen 50 und 70 Jahren ist Träger eines ruhenden Prostata-Krebses, der in einem hohen Prozentsatz aus der Ruhepause in ein bösartiges Wachstum übergehen kann; nach dem Lungenkrebs steht der Prostatakrebs an 2. Stelle der Krebssterblichkeit des Mannes."

Auch der bayerische Arbeitsminister argumentierte mit der Statistik: „Die Dringlichkeit dieser gesundheitspolitischen Maßnahme geht daraus hervor, daß allein in Bayern jährlich über 900 Männer an einem Krebs der Vorsteherdrüse und über 650 an Mastdarmkrebs sterben. Viele dieser Männer könnten vor diesem Schicksal bewahrt werden, wenn die Erkrankung frühzeitig erkannt und damit ein Weg zu einer optimalen Behandlung geebnet würde. Schon beim Auftreten der ersten Beschwerden kommt in den meisten Fällen eine erfolgversprechende Therapie zu spät."

In dieser Frage ist jedoch in absehbarer Zeit keine Regelung zu erwarten.

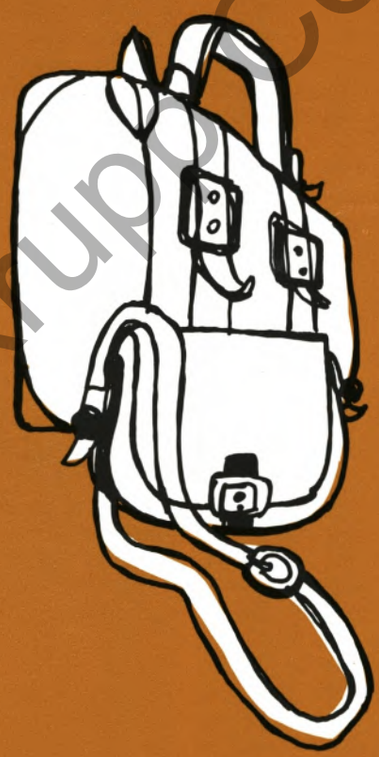
Klasenkampf Corporate Archives

Der Teutonen-Grill zieht nicht mehr

Mehr Freizeit und Urlaub, Wohlstandsimage und eine Politik offener Grenzen haben in den vergangenen zehn Jahren den Tourismus zu einer Industrie werden lassen, in der im laufenden Jahr rund 240 Milliarden Mark auf der ganzen Welt von Reisenden ausgegeben werden. Nach den USA ist die Bundesrepublik Deutschland rein zahlenmäßig der größte Kundenmarkt für Reiseunternehmer, die in zunehmendem Maße die Wünsche der Reisenden berücksichtigen und ihr Programm darauf zuschneiden müssen.

Hanns-Albrecht Seiffert, Vorstandsmitglied der Touristik Union International (Hannover), erklärte auf der 4. Internationalen Tourismus-Börse Berlin, daß speziell das deutsche Reisepublikum bei der Auswahl seiner Reise immer mehr nach Qualität und Service verlange. Seiffert unterstrich damit einen Trend, der von allen Reiseveranstaltern beobachtet wird.

Der westdeutsche Urlaubsreisende verzichtet heute weitgehend auf die sogenannten Billigpreise. Rolf Pagnia, Geschäftsführer des Neckermann-Reiseunternehmens N-U-R, sagte, daß rund 60 Prozent der Nachfragen für die gehobene Mittelklasse einlaufen. Die Nachfrage bei Billigangeboten sei bei rückläufiger Tendenz nur gering. Auch der Urlauber sei im Hinblick auf seine Urlaubsfreizeit anspruchsvoll geworden. Er suche nach Möglichkeiten einer sportlichen, gesellschaftlichen und allgemeinen Betätigung. Pagnia nannte als Beispiele die Kurzreisen nach Mallorca und Algier und Sportreisen mit Segelschulen, Reitprogramm und Skikursen.



Ein Sprecher der westdeutschen Touristik Union International (TUI), des größten Reisekonzerns der Welt, berichtete, daß nach den Erfahrungen der in der TUI zusammengeschlossenen Gesellschaften in den verschiedenen Angebotsgruppen (Bahn, Flug, Ferienwohnungen) der Trend zur Qualität der gehobenen Mittelklasse zu beobachten sei und nicht nur auf teuren Exklusivreisen. Mit der TUI sind im vergangenen Jahr 1 028 000 Personen gereist, davon 512 000 mit der Bahn, 377 000 mit dem Flugzeug, 79 000 im Ferienwohnungsangebot, 21 000 per Schiff und 39 000 in sonstigen Angeboten. Für das laufende Jahr erwarten die vier Unternehmen des Konzerns 1 165 000 Urlauber, wobei die größte Steigerung (auf 471 000 Reisende) in der Flugtouristik zu verzeichnen sein wird.

TUI-Direktor Dr. Jürgen Fischer betonte, daß die klassische Aufteilung nach Verkehrsträgern auf Grund der heutigen Entwicklung auch im Zusammenhang mit Kombinationen wie beispielsweise Flug-Aufenthalt-Bus-Rundreise betrachtet werden muß. Die Unternehmen bemühen sich ferner, den Anforderungen durch gezielte Programme wie Jugendreisen, Reisen für ältere Menschen, Familienferien und Bade- und Kuraufenthalte Rechnung zu tragen. Individualismus setzt sich nach Auffassung von Reiseveranstaltern beim deutschen Urlauber immer mehr durch. Der bewußte Tourist, der im Durchschnitt für eine zweiwöchige Flugreise zwischen 700 und 800 Mark und für eine ebenso lange Bahnreise zwischen 400 und 500 Mark für Transport und Verpflegung bezahlt, sucht Qualität und Abwechslung. „Der Teutonen-Grill allein zieht heute nicht mehr", meinte ein Reiseexperte.

Der enorme Zuwachs im Tourismus wird von Fachleuten auf den tiefgreifenden Wandel in der Arbeitswelt zurückgeführt. Ende des 19. Jahrhunderts arbeiteten in den Industriestaaten die Menschen noch im Durchschnitt 3 900 Stunden im Jahr. Gegenwärtig sind es 2 250 bis 2 350 Jahresstunden. Für die 80er und 90er Jahre wird mit einem Rückgang auf rund 1 200 Stunden jährlich gerechnet. Reiseexperten verfolgen nicht nur die Entwicklung der Arbeitszeitverkür-

thyssenkrupp Corporate Archives

Deutsche Urlauber verstehen sich als Individualisten



zung beim Erstellen ihrer langfristigen Angebotsuntersuchungen, sie verfolgen auch die konjunkturelle Seite. Das Steigen der Löhne und Gehälter in der Bundesrepublik wird ihrer Meinung nach wesentlich zum neuen Boom im Touristikjahr 1970 beitragen. Man rechnet mit 25,2 Millionen Urlaubsreisen in diesem Jahr.

Ein Gesamtkatalog über Urlaubsorte in Deutschland wird vom Deutschen Fremdenverkehrsverband (DFV) in diesem Jahr erstmals angeboten. Der Katalog unter dem Titel „DFV-Tips für Ihren Urlaub in Deutschland 1970 — 250 Pauschalangebote — Alles inklusiv" wurde auf der Börse in Berlin vorgelegt. Aus dem vielfältigen Angebot wurden 250 Programme ausgewählt, die jene Urlaubsreisenden ansprechen sollen, die ihre Anreise selbst wählen, am Ziel der Reise aber dennoch ein ausgearbeitetes Urlaubsprogramm vorfinden wollen.

Nach wie vor konkurrenzlos ist das überaus preisgünstige Urlaubsangebot der HOAG. Die beiden Zielorte, Unterkirnach im Schwarzwald und Walkenried im Harz, sind für diese Urlaubssaison nahezu ausgebucht. Wie die Sozialabteilung dazu mitteilte, brachte das Urlaubsjahr 1970 gegenüber den Vorjahren bisher die meisten Buchungen. Wer eventuell noch einen späteren Termin wahrnehmen will, der kann sich bei der Sozialberatung, Rufnummer 4347, die nötigen Auskünfte holen. In der Zeit vom 28. Juli bis 22. September sind Reisetermine vorgesehen, die wöchentlich gebucht werden können. Die An- und Abreise erfolgt jeweils dienstags.

ThyssenKrupp Corporate Archives

Muskeltraining

Isometrische Kraftübungen als Beispiel

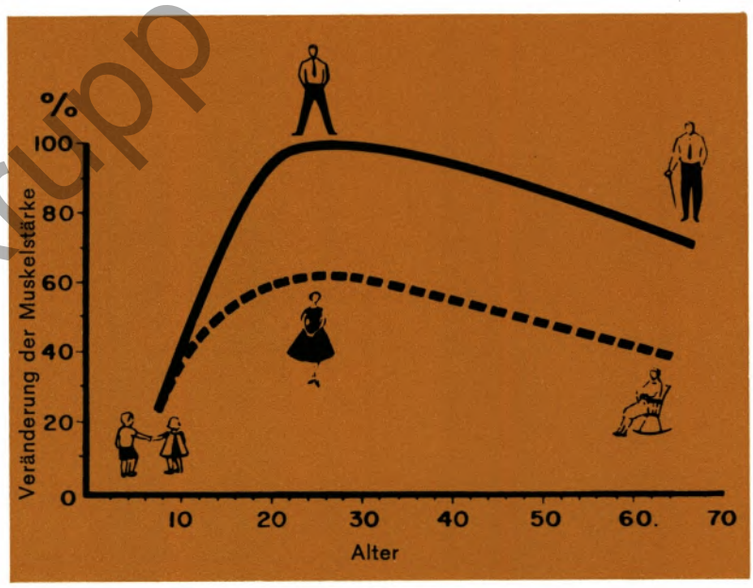
Wenn auch in vielen Sparten des täglichen Berufslebens nicht mehr die maximale Muskelkraft vom Arbeitnehmer verlangt wird, so ist auch bei Berufen mit geringerer Kraftanforderung eine gute Muskelkraft eine wichtige Größe zur Erhaltung einer guten Kondition. Je mehr Muskelkraft nämlich bei einem Menschen vorhanden ist, umso geringer ist sein relativer Krafteinsatz bei einer bestimmten Kraftleistung und umso weniger ermüdet er.

Ob ein Muskel nun kräftig ist und viel Kraft entwickeln kann oder wenig, wird maßgeblich von der Zahl der Muskelzellen, der Muskelfasern bestimmt. Je mehr Fasern sich in einem Muskelquerschnitt befinden, umso mehr Kraft kann er entwickeln. Deshalb erzeugen auch dicke Muskeln wie der Bizeps mehr Kraft als dünne Muskeln.

Wie entwickelt sich bei beiden Geschlechtern die Kraft? Setzt man die Muskelkraft eines 25jährigen Mannes mit 100 Prozent an und drückt die in allen anderen Lebensabschnitten sowie die beim weiblichen Geschlecht vorhandene Muskelkraft in Prozenten davon aus, so ergeben sich die im Diagramm wiedergegebenen Kurven.

Zunächst fällt auf, daß die Frau zu keiner Zeit ihres Lebens die Kraft des gleichaltrigen Mannes erreicht. Das Maximum an Kraft hat die 25jährige Frau, erreicht jedoch dabei nur 60 Prozent der Kraft des Mannes gleichen Alters. So gesehen, also vom Standpunkt der Muskelkraft, gibt es keine Gleichberechtigung. Man muß hieraus auch die Folgerung ziehen, daß Frauen bei Tätigkeiten, die einen hohen Kraftaufwand erfordern, nicht eingesetzt werden sollten.

Das Diagramm zeigt aber noch einen weiteren Befund: Beide Kraftverlaufskurven beginnen von einem gemeinsamen Punkt. Jungen und Mädchen haben folglich bis zum 6. Lebensjahr in etwa die gleiche Muskelkraft und sie beträgt etwa 20-25 Prozent der Kraft des Mannes mit 25 Jahren. Mit zunehmendem Alter weichen aber dann die Kraftkurven immer mehr voneinander ab, bis mit 25 Jahren bei beiden Geschlechtern die jeweiligen Spitzenkräfte erreicht werden. Von da an sinkt die Kraft stetig ab, tritt ein altersbedingter Kraftabbau ein.



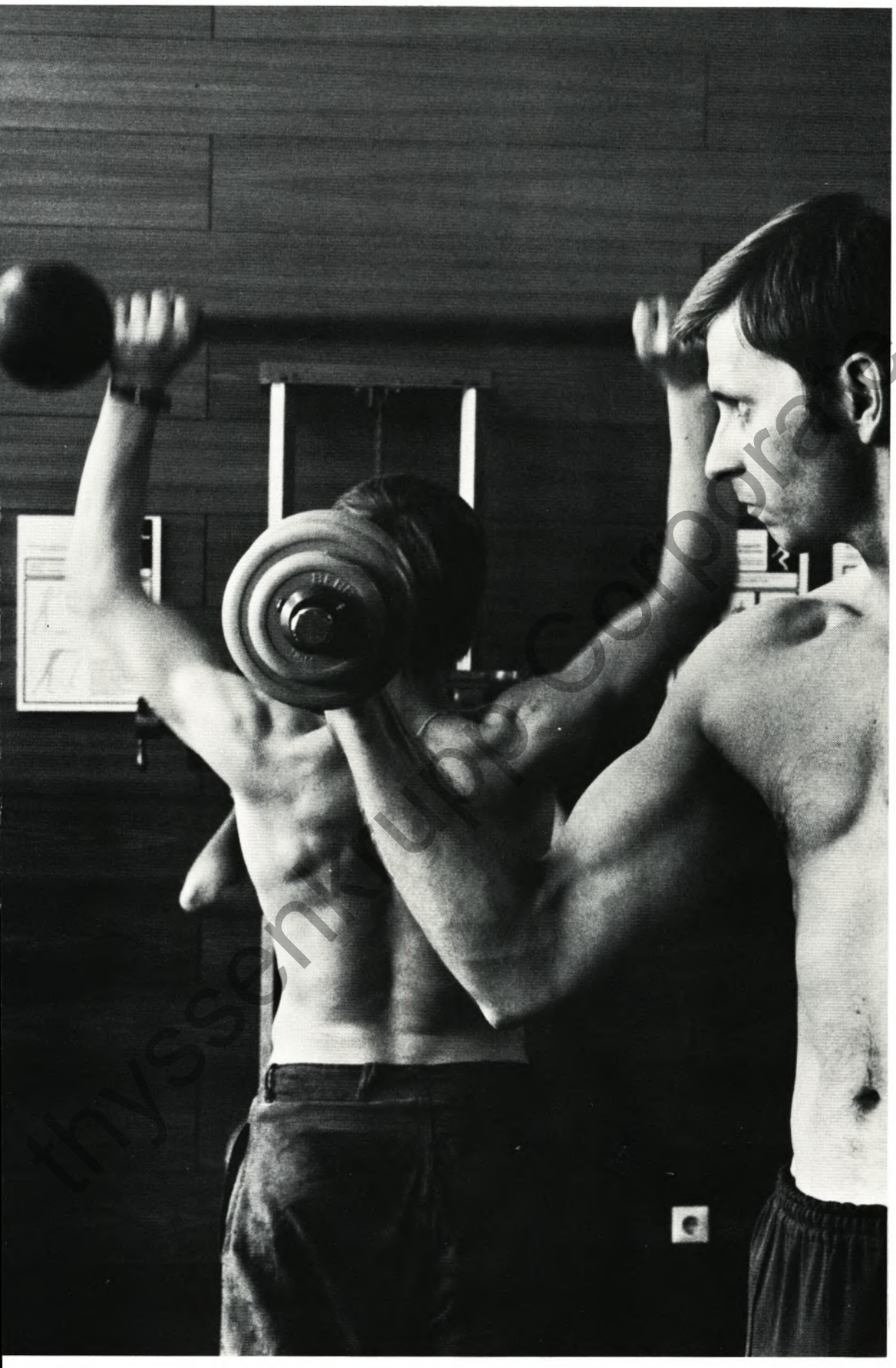
Das Verhalten der Muskelkraft im Verlaufe des Lebens bei beiden Geschlechtern. Die Kraft des 25jährigen Mannes wurde dabei gleich hundert Prozent gesetzt und alle übrigen Werte darauf bezogen.

Man muß aus diesen wissenschaftlichen Beobachtungen auch den Schluß ziehen, daß im Kleinkindersport bis zum sechsten Lebensjahr Jungen und Mädchen bezüglich ihres Krafteinsatzes gleich intensiv eingesetzt werden können. Aber schon im Schulsport gilt das nicht mehr. Hier müssen — wie das auch in der Sportpraxis geschieht — die geschlechtlichen Unterschiede berücksichtigt werden.

Auch die Trainierbarkeit der Muskelkraft ist alters- und geschlechtsabhängig. Setzt man sie wiederum mit 100 Prozent beim 25jährigen Mann an, so zeigt sich, daß sechsjährige Jungen schon 50 Prozent der Trainierbarkeit des erwachsenen Mannes aufweisen. Aber die gleichaltrigen Mädchen besitzen diese Trainierbarkeit nicht. Sie ist niedriger. Doch nimmt bei beiden Geschlechtern diese Trainierbarkeit bis zum 25. Lebensjahr zu, und zwar beim männlichen Geschlecht erheblich steiler als beim weiblichen. Das hängt zweifellos mit der Wirkung der männlichen Sexualhormone auf die Muskelkraft zusammen. Jenseits des 25. Lebensjahres nimmt die Trainierbarkeit ab und zwar ebenfalls beim Mann deutlicher als bei der Frau. So kommt es, daß sich die Kurven der Trainierbarkeit von Muskelkraft bei Mann und Frau aufeinander zubewegen. Infolgedessen können im Seniorensport ältere Männer und Frauen wieder die gleichen Kraftübungen ausführen, wie das beim Sport beispielsweise in Sanatorien auch geschieht. Für junge Sportler zeigt die Alterskurve der Krafttrainierbarkeit, daß

thyssenkrupp Corporate Archives

gegen Müdigkeit



man ein Krafttraining möglichst bis zum 25. Lebensjahr aufgebaut haben sollte. Man kann darum einen Kraftsport wie Ringen, Gewichtheben oder Boxen nicht mit 25 Jahren beginnen, wenn man nicht zuvor einen Kraftaufbau im Training oder durch berufliche Schwerarbeit betrieben hat.

Wie muß ein Krafttraining aussehen? Wir können unsere Muskeln in dreierlei Weise betätigen:

1. Muskeln können sich zusammenziehen und so Gelenke unbelastet bewegen. Das ist beispielsweise der Fall, wenn beide Arme in den Schultergelenken frei nach vorne und hinten schwingen. Man spricht in diesen Fällen in der Arbeitsphysiologie von dynamischer Arbeit durch isotonische Kontraktionen. Das Wort „isotonisch" soll besagen, daß bei derartigen Tätigkeiten die aktiven Muskeln nicht sonderlich Spannung entwickeln, also sich unter ihrer Tätigkeit nicht wesentlich versteifen. Hinzu kommt, daß bei einer derartigen dynamischen Arbeit die Muskelaktivierungen nicht ständig erfolgen, sondern immer wieder von Kurzpausen unterbrochen werden. Das zeigt das typische Beispiel für eine dynamische Arbeit, das Laufen. Beim Lauf werden eben abwechselnd Muskelgruppen betätigt und entspannt.

2. Muskeln können aber auch aktiviert werden, ohne daß sie sich verkürzen und dabei Gelenke bewegen. Sie entwickeln dann bei ihrer Tätigkeit lediglich Spannung, erzeugen Kraft. Als charakteristisches Beispiel wäre hier das „Auf die Zähne beißen" zu nennen. Sobald die Zähne des Ober- und Unterkiefers aufeinanderstehen, spürt man die Aktivität der Kaumuskeln nur daran, daß sie sich hart und steif anfühlen, wenn die tastenden Finger auf die Wange gelegt werden. Bei derartigen Tätigkeiten spricht man von statischer

thyssen Krupp Corporate Archives



Arbeit oder auch Haltearbeit. Dabei behalten die Muskeln ihre Länge bei, verkürzen sich nicht. Darum spricht man in diesen Fällen auch von isometrischen Kontraktionen. (Isometrie = Muskellänge bleibt gleich!). Natürlich bewirkt eine so erzeugte „Verhärtung" des Muskels, daß die Blutgefäße, die in ihn hineinziehen, abgeklemmt werden. Das ist immer dann der Fall, wenn im Muskel der Binnendruck größer wird als der Blutdruck. Weil die Muskulatur in solchen Situationen also kein Blut bekommt, muß die Energieversorgung für den Muskel aus Stoffwechselprozessen erfolgen, die keinen Sauerstoff benötigen. Derartige, sogenannte anaerobe Vorgänge können zwar für eine begrenzte Zeit die zu solcher Muskeltätigkeit erforderliche Energie bereitstellen. Jedoch entstehen dabei im Muskel saure Produkte, wie etwa Milchsäure. Diese sind zwar die Ursache für Muskelschmerzen, die beim „Muskelkater" auftreten, stellen aber zugleich auch einen Reiz zur Ausbildung von mehr Muskelfasern dar. Weil aber die Zahl der Fasern im Muskelquerschnitt für Muskelkraft verantwortlich ist, müssen derartige statische Arbeiten zum Training der Muskelkraft wesentlich beitragen, obgleich sie stark ermüdende Tätigkeiten darstellen. Daraus kann nur gefolgert werden, daß statische Arbeit jedweder Art bei der Berufsarbeit so weit wie eben möglich reduziert werden sollte, um vorzeitige Ermüdungen zu vermeiden. Es ist ferner nicht vertretbar, Lehrlingen z. B. vermeidbare Haltearbeiten zu übertragen. Andererseits ist es aber gerade die isometrische Muskeltätigkeit, die die Muskelkraft zu erhöhen vermag.

3. Nun gibt es noch eine Mischform aus den beiden erstgenannten Tätigkeitsformen. Das wären Bewegungen, die gegen einen Widerstand ausgeführt werden. Man spricht von auxotonischen Kontraktionen. Als typisches Beispiel für solche Tätigkeiten sei das „Teigrühren" angeführt. Taucht man den Rührlöffel in den Teig, so muß man erst mit der Armmuskulatur den Widerstand durch Spannungsentwicklung überwinden, der durch die Zähigkeit des Teigs dem Löffel entgegengesetzt wird. Erst wenn dieser Widerstand überwunden ist, kann der Löffel bei ständiger Spannungsentwicklung durch den Teig bewegt werden. Natürlich führt auch eine solche Betätigungsart zur Anhäufung saurer Stoffwechselprodukte, die — wie gesagt — die Muskelkraft steigern können.

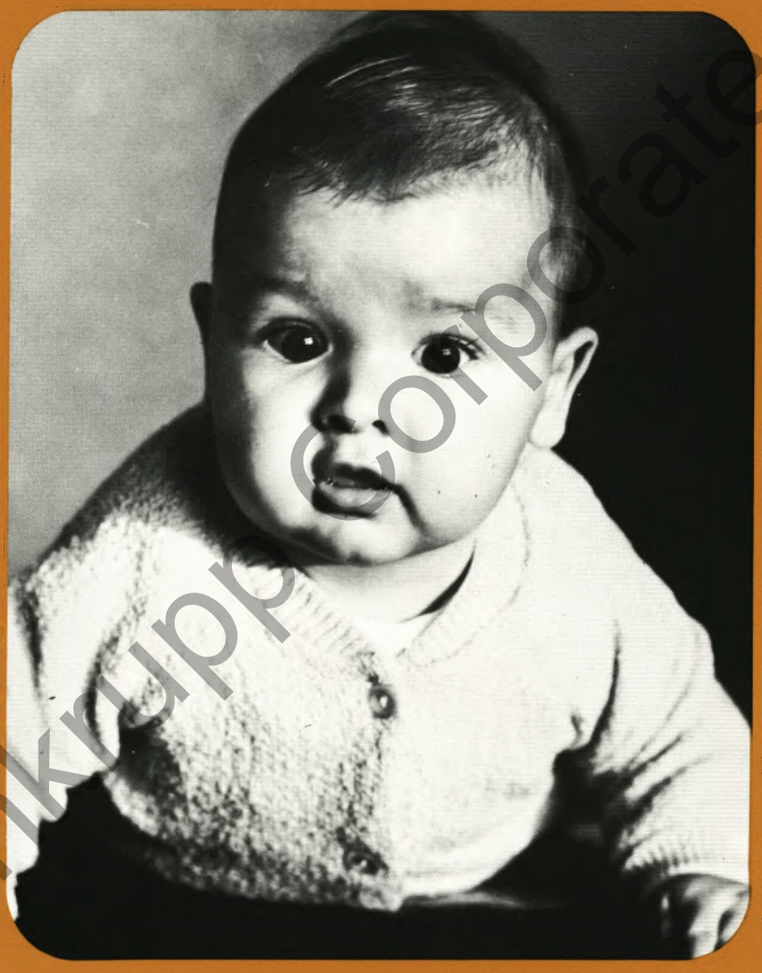
Der Vergleich der verschiedenen Betätigungsmöglichkeiten zeigt, daß die zweite und dritte Aktivierungsart geeignet sind, die Muskelkraft zu trainieren. Man muß folglich beim Krafttraining entweder isometrische Kontraktionen oder Bewegungen gegen Widerstand ausführen. Bei reinen isometrischen Übungen — also bei Fehlen jeglicher Muskelverkürzung — wie beim Stemmen der Arme oder Beine gegen eine Wand muß man jedoch zur Erzielung eines maximalen Kraftgewinns nicht bis zur totalen Ermüdung und Erschöpfung anspannen. Vielmehr genügt es, wenn die Muskeln im Trainingsprogramm für die halbe Zeit angespannt werden, die an sich für eine totale Ermüdung notwendig wäre. Auch bezüglich des Anstrengungsgrades bedarf es nicht der maximalen Kraftanstrengung. Man kommt gleichsam mit der halben Maximalkraft aus, um trotzdem den besten Trainingsgewinn zu erreichen. Ferner müssen derartige Kraftübungen täglich ausgeführt werden, wenn das Training einen Sinn haben und ein Kraftzuwachs meßbar erreicht werden soll. Ist aber das Krafttraining abgeschlossen, so muß zum Erhalten dieser Kraft weiter trainiert werden. Dabei kommt es binnen 30 Wochen wieder zu einem völligen Verlust des im Krafttraining erworbenen Kraftzuwachses, wenn man am Ende des Trainings vollkommen mit den Übungen aufhört. Auch wenn man alle sechs Wochen nach dem Trainingsaufbau ein kurzes Krafttraining einfügt, geht im Laufe der Zeit der Kraftgewinn wieder verloren. Um den Kraftgewinn voll zu erhalten, muß schon alle zwei Wochen wenigstens, besser einmal wöchentlich, weiter trainiert werden.

Schließlich ist ein Krafttraining nicht zu allen Jahreszeiten gleich gut durchführbar. Der größte Kraftgewinn ist in den Monaten September und Oktober zu erreichen. Das hängt mit der stärkeren Sonnenlichteinstrahlung auf den menschlichen Körper in den vergangenen Sommermonaten zusammen. Das ultraviolette Licht hat nämlich die Fähigkeit, durch Bildung bestimmter Stoffe in den Zellen den Stoffwechsel und damit die Energiebereitstellung zu verbessern. Wenn infolgedessen natürliches Sonnenlicht zu anderen Jahreszeiten beispielsweise nicht zur Verfügung steht, kann man durch eine Höhensonnenbestrahlung im Krafttraining den Trainingserfolg steigern.

Isometrische Kraftübungen und auch Bewegungen gegen Widerstand — wie sie eben empfohlen wurden — lassen sich auch ohne Sportgerät in jeder Wohnung ausführen. So kann man beispielsweise in einer Türfüllung sitzend eine ganze Reihe von Kraftübungen für die Beine und aber auch für die Arme ausführen. Ferner gibt es die bekannten Liegestützbewegungen gegen Widerstand, die deutlich kraftsteigernde Wirkungen entfalten können. Hinzu kommen eine Reihe von Übungen, die jedem Menschen aus seiner früheren turnerischen Tätigkeit aus den verschiedenen Freiübungsprogrammen bekannt sind. Damit hat jeder Mensch die Möglichkeit, bezüglich der Erhaltung seiner Kraft all das zu tun, was ihn „bei Kräften hält". Er muß nur wollen (Wird fortgesetzt).

thyssenkrupp Corporate Archives

Hat es die berufstätige Mutter schwerer?



„Die armen Kinder! Ihre Mutter hat ja kaum Zeit für sie, und um ihre Erziehung wird sie sich auch nicht viel kümmern", sagen heute viele Menschen, wenn sie über berufstätige Mütter sprechen. Die Meinung, daß Frauen, die einen Beruf ausüben, notgedrungen schlechte Mütter sein müssen, ist so selbstverständlich und weitverbreitet, daß sogar viele solcher Mütter davon überzeugt sind und sich darum oft Vorwürfe machen. Auf den Gedanken aber, daß ihre Berufsarbeit den Kindern nicht nur Nachteile, sondern — abgesehen von den finanziellen Dingen — auch Vorteile bringen könnte, kommen sie selten. Welche Vorzüge sollten sie auch gegenüber den Frauen haben, die sich ganz und unbeschränkt ihrem Haushalt und ihrer Familie widmen können und die immer für ihre Kinder da sind?

Nun, wie alles im Leben, haben auch diese Dinge ihre zwei Seiten. Hat die berufstätige Frau weniger Zeit für ihre Kinder, so steht sie dafür mitten im Leben. Durch ihre Arbeit und den Umgang mit vielen Menschen wird nicht nur ihr Gesichtskreis erweitert, sondern sie sammelt auch unschätzbare Erfahrungen, sie kennt die Regeln des Existenzkampfes, die Kunst, sich zu behaupten und das Geheimnis des Erfolges. Sie kann von vielen Dingen berichten, von denen die Nur-Hausfrau gar nichts wissen kann, und vermag auf manche Fragen Auskunft zu geben, für die eine „richtige" Mutter keine Antwort weiß. Und all das sollte kein Vorteil bei der Erziehung der Kinder sein, der manchen Nachteil aufwiegt? Alle ihre Erfahrungen, ihre Kenntnisse und ihr Wissen gibt die berufstätige Frau ja — unbewußt oder bewußt — an ihre Kinder weiter.

Ebenso schließt der Nachteil, daß die Mutter ihnen nicht immer zur Verfügung steht, einen Vorteil ein. Die Kinder müssen dann mit manchen Problemen selbst fertig werden: Sie werden selbständiger und merken außerdem, daß sich im Leben nicht alles und jedes um sie dreht. Lernen sie nicht weiterhin, Rücksicht zu nehmen und zu helfen, wenn die Mutter müde von der Arbeit heimkommt?

So scheint die Auffassung, daß berufstätige Frauen schlechtere Mütter und ihre Kinder zu bedauern seien, ziemlich oberflächlich. Eines aber steht außer Zweifel: Ob sie nun aus materiellen Gründen gezwungen ist, einem Broterwerb nachzugehen, oder ob sie ihren Beuf nicht missen möchte: Die Liebe, die die berufstätige Mutter für ihre Kinder empfindet, hat damit nichts zu tun. Sie unterscheidet sich in nichts von der großen Liebe und Zärtlichkeit anderer Mütter. Und das ist schließlich das entscheidende.

Krupp Corporate Archives



kurz berichtet

Ladenschluß: Als einen sozialen Rückschritt hat der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand der CDU-Bundestagsfraktion, Heinrich Gewandt, eine Ausdehnung der Ladenschlußzeiten bezeichnet. Sie würde seiner Auffassung nach zu erheblichen Verteuerungen der Lebenshaltungskosten führen und die ohnehin schwierigen Personalprobleme im Einzelhandel noch verschärfen.

„Arbeiter-Kollegs": „Arbeiter-Kollegs", in denen junge Facharbeiter bei vollem Lohnausgleich bis zur Hochschulreife ausgebildet werden können, hat die Landesjugendkonferenz Nordrhein-Westfalen der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten gefordert. Nach Ansicht der Konferenz sollte der Anteil von Arbeiterkindern an den Universitäten bis 1974 von gegenwärtig 7 auf 25 Prozent gesteigert werden.

PKW-Aufwand: Ein vierköpfiger Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen wendet im Monatsdurchschnitt 114 Mark oder knapp 11 Prozent des Netto-Einkommens für das Auto auf. Bei Haushaltungen mit höheren Einkommen sinkt der Anteil der Autokosten im Verhältnis zum Netto-Einkommen auf rund 8 Prozent. In diesen Zahlen, die vom Bundeswirtschaftsministerium veröffentlicht wurden, sind alle Kraftfahrzeugkosten einschließlich Steuer und Versicherung, jedoch ohne Abschreibung, enthalten.

Gastarbeiter: Die Bundesregierung will eine unzulässige Ausnutzung ausländischer Arbeitskräfte nicht dulden und wird notfalls durch Gesetz oder Maßnahmen der Verwaltung noch schärfer dagegen vorgehen. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Helmut Rohde, teilte in einer Fragestunde des Bundestages mit, daß Gespräche mit den Ländern darüber geführt werden, Mietwucher nach den Bestimmungen des Wirtschaftsstrafgesetzes schärfer als bisher zu verfolgen. Die Bundesanstalt für Arbeit bereite Anordnungen vor, nach denen ausländische Arbeitskräfte nur dann an Arbeitgeber vermittelt werden, wenn diese sich verpflichten, mindestens ortsüblichen Tariflohn zu zahlen. Gegen Arbeitgeber, die mit Nachteilen bei gewerkschaftlicher Organisation drohten, solle gegebenenfalls die zuständige Staatsanwaltschaft wegen Verstoßes gegen das Grundrecht der Koalitionsfreiheit vorgehen.

„Hilfswerk Berlin": Die Stiftung „Hilfswerk Berlin" bittet auch in diesem Jahre wieder um Spenden. In einem Aufruf, der von Bundespräsident Dr. Gustav Heinemann und dem früheren Präsidenten der Stiftung, dem verstorbenen Frankfurter Oberbürgermeister Prof. Dr. Willi Brundert unterzeichnet ist, wird darauf hingewiesen, daß die Menschen in Westberlin wegen der politischen und geographischen Lage der Stadt noch immer schwere Nachteile in Kauf nehmen müßten. Die Stiftung plant in diesem Jahr, mehr als 50 000 Westberliner Kindern einen Ferienaufenthalt zu vermitteln. Außerdem soll etwa 5 000 Familien die Möglichkeit geboten werden, in die Feriendörfer der Stiftung zu reisen. Besonders will sich die Stiftung um ältere und bedürftige Menschen kümmern.

Studienplätze: Durch ein Schnellbauprogramm, für das Bund und Länder in diesem Jahr insgesamt 436 Millionen Mark zur Verfügung stellen, sollen in 12 Monaten rund 21 000 neue Studienplätze an Hochschulen in der Bundesrepublik geschaffen werden. Der Bund-Länder-Ausschuß für Hochschulausbau erörterte unter dem Vorsitz von Bundeswissenschaftsminister Hans Leussink in Bonn die bisherigen Planungen für dieses Schnellbauprogramm, in das nach Angaben eines Sprechers des Bundeswissenschaftsministeriums 69 Projekte aufgenommen wurden.

Sparverträge: Bei den Sparkassen sind 1969 fast 2,2 Millionen neue prämienbegünstigte Sparverträge abgeschlossen worden. Wie der Deutsche Sparkassen- und Giroverband berichtet, wurde damit das Ergebnis des Vorjahres um 58 Prozent übertroffen. Überdurchschnittlich wuchs die Zahl der Ratensparverträge (1,2 Millionen Stück). Die prämienbegünstigten Einzahlungen (einschließlich Prämiengutschriften) betrugen im vergangenen Jahr 4,1 Milliarden DM (plus 13 Prozent). Wie bei der Vertragszahl nahmen auch hier die Einzahlungen auf Ratensparverträge überdurchschnittlich zu.

Emanzipation: Nur wenige Frauen dringen in Bonn in Spitzenstellungen vor. Vom Bundespräsidialamt über das Kanzleramt, von den Ministerien bis zum Bundespresseamt sind im Höheren Dienst rund 28 mal soviel Männer wie Frauen beschäftigt. Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher mußte auf eine Kleine Anfrage von Vorkämpferinnen für die Gleichberechtigung der Frau aus den Koalitionsparteien zugeben, daß es im Höheren Dienst in Bonn zu Beginn dieses Jahres 3 389 Männer, aber nur 122 Frauen gab. In der „Creme" der Beamtenpositionen ist die Weiblichkeit besonders schwach vertreten. Der Innenminister registriert lediglich 18 Ministerialrätinnen, muß bei Ministerialdirigentinnen und Ministerialdirektorinnen Fehlanzeige verzeichnen und kann nur eine Staatssekretärin (Hildegard Hamm-Brücher) melden.

Ferien: Nach Ansicht der Bundesärztekammer wäre es vom ärztlich-medizinischen Standpunkt aus wünschenswert, die Zahl der Ferientage zu vergrößern. In ihrer Antwort auf Fragen der Kultusministerkonferenz der Länder erklärte die Bundesärztekammer, sie sei sich allerdings im klaren darüber, daß eine solche Verlängerung der Gesamtferiendauer, die gegenwärtig 75 Tage im Jahr beträgt, auf Schwierigkeiten stoßen werde. So würde es an Lehrern mangeln, um während der verkürzten Schulzeit einen intensiveren Unterricht erteilen zu können. Da Kinder im Gegensatz zu Erwachsenen häufiger Erholungsphasen benötigen, sollte die zusammenhängende Unterrichtszeit jeweils 10 Wochen nicht überschreiten.

Die Bundesärztekammer sprach sich in ihrer Stellungnahme für eine breite Staffelung der Ferienzeiten in den Ländern aus, um überfüllte Ferienquartiere zu vermeiden und auch zur Auflockerung des Reiseverkehrs beizutragen. Die Sommerferien sollten sechs Wochen nicht überschreiten, damit genügend Ferientage für die übrigen Jahreszeiten verbleiben. Außerdem würde eine Verlängerung der Sommerferien über sechs Wochen hinaus den Erholungseffekt „im allgemeinen" nicht steigern.

Postzustellung: Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) hält an seiner ablehnenden Haltung gegen die Forderung der Postgewerkschaften fest, die Postzustellung an Samstagen einzustellen. Der DIHT ist der Auffassung, daß trotz der Arbeitsruhe in zahlreichen Verwaltungsstellen und Betrieben eine mindestens einmalige Postzustellung je Arbeitstag unbedingt erforderlich sei, um den Wirtschaftsablauf in seiner Gesamtheit nicht zu behindern.

Thyssen Krupp Corporate Archives



Apropos Vermögensbildung! Ich hab' jetzt auch schon einen schönen Batzen auf der Bank.



Mensch, das ist 'ne klasse Partie, die fängt jetzt schon mit der Vermögensbildung an.

Vermögensbildung



Stell' Dir vor, Männe, diese herrlichen Sachen habe ich schon im voraus auf die Vermögensbildung mitgebracht.



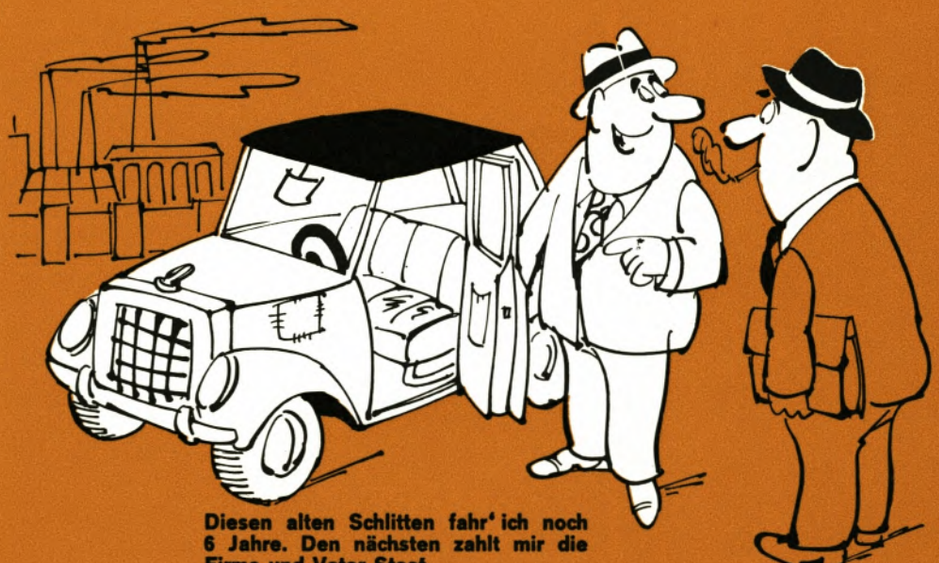
Ich möchte unser gesamtes Vermögen in bar sehen!



Nun können Sie es wieder wegpacken. Ich habe mich davon überzeugt, daß es stimmt.



Tag! Wat hat denn der Staat für unsereins getan in punkto Vermögensbildung?



Diesen alten Schlitten fahr' ich noch 6 Jahre. Den nächsten zahlt mir die Firma und Vater Staat.

thyssenkrupp Corporate Archives

